



Seniorenpolitische Werkstattgespräche

 Dokumentation



Kompass Seniorenpolitik
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung in Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidatinnen und Kandidaten oder Helferinnen und Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Impressum**Herausgegeben vom**

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg
Referat Grundsatzfragen, Seniorenpolitik
Schellingstraße 15
70174 Stuttgart

Webseite: www.sozialministerium-bw.de

Redaktion

Führungsakademie Baden-Württemberg
Dr. Siegfried Mauch

Graphik und Layout

Führungsakademie Baden-Württemberg
Dr. Siegfried Mauch

Lektorat

Führungsakademie Baden-Württemberg
Jutta Waldeck

Fotos

Sozialministerium, mit Einverständnis der beteiligten Personen.

Druck

Februar 2015

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Zahl der Menschen ab 65 Jahren wuchs zwischen 1970 und 2012 von 1,06 Mio. auf 2,06 Mio. Heute beträgt der Anteil dieser Altersgruppe in Baden-Württemberg knapp 20 Prozent und wird bis zum Jahr 2060 voraussichtlich schon bei über 30 Prozent

liegen. Die Landesregierung stellt sich der Aufgabe, diese demografische Veränderung auch in der Politik für ältere Menschen aktiv und vorausschauend zu begleiten. Ein „Kompass Seniorenpolitik“ soll die Basis hierfür bilden.



Dazu wurde im Vorfeld zwischen dem 9. April 2014 und dem 4. Juni 2014 in vier seniorenpolitischen Werkstattgesprächen mit Menschen gesprochen, die durch ihren Beruf oder ihr ehrenamtliches Engagement über ein vielfältiges Wissen und Erfahrungen in der Arbeit mit und für ältere Menschen verfügen. Diese Gespräche fanden in Stuttgart, Freiburg, Bruchsal und Biberach an der Riß unter Beteiligung von Seniorenrätinnen, Seniorenräten, Beschäftigten der Kreise und Gemeinden, der Wirtschaft und Forschung, Menschen aller Altersgruppen mit und ohne Migrationshintergrund und vielen anderen statt. Dieser Dialog mit seiner Vielfalt an Themen und die Auswertung der Ideen und Anregungen sind in dieser Broschüre dokumentiert. Sie vermittelt die Auffassung der Beteiligten über die Lebensbedingungen älterer Menschen für ein „gutes Altern“ in unserem Land. Dieses Wissen und die Erfahrungen sind eine wichtige Quelle für das seniorenpolitische Konzept der Landesregierung.

Den im seniorenpolitischen Beratungskreis mitwirkenden Verbänden und allen anderen, die uns bei den Werkstattgesprächen unterstützt haben, sowie dem Moderatorenteam der Führungsakademie Baden-Württemberg danke ich ganz herzlich. Leider mussten wir aus organisatorischen Gründen die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrenzen. Dennoch haben wir allen Interessierten die Möglichkeit geboten, uns unabhängig von diesen Veranstaltungen Anregungen und Ideen zuzusenden.

Mein ganz besonderer Dank gilt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die mit ihrer Kompetenz, ihren Ideen und ihrer Begeisterung die Werkstattgespräche erst lebendig gemacht haben. Ich wünsche allen, dass sie etwas von diesem Schwung mit nach Hause nehmen konnten.

A handwritten signature in purple ink that reads "Katrin Altpeter". The signature is written in a cursive, flowing style.

Katrin Altpeter MdL

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

IMPRESSUM	2
VORWORT	3
EINFÜHRUNG	7
ZUSAMMENFASSUNG	8
TEIL I GESAMTAUSWERTUNG	11
Die Themen:	11
1. Teilhabe	11
2. Wohnen	12
3. Pflege und Versorgung.....	13
4. Engagement.....	14
5. Mobilität.....	14
6. Finanzielle Absicherung, Arbeit und Wirtschaft	15
Die Schlüsselworte und Leitgedanken der Werkstattgespräche:	15
EINDRÜCKE AUS DEN WERKSTATTGESPRÄCHEN	17
TEIL II DIE PLANUNG DES DIALOGS	19
1. Der Beratungskreis	19
1.1 Aufgabenstellung.....	19
1.2 Schwerpunktthemen.....	19
1.3 Zielgruppen.....	20
2. Die Werkstattgespräche	21
2.1 Zielsetzung	21
2.2 Ablauf.....	21
2.3 Auswertung der Werkstattgespräche	22
TEIL III DIE WERKSTATTGESPRÄCHE	26
1. Werkstattgespräch am 9. April 2014 in Stuttgart	27
1.1 Vorgeschlagene Themen	28
1.1.1 Thema: Niederschwelligkeit und Barrierefreiheit steigern.....	30
1.1.2 Thema: Wechselseitige Unterstützung von Generationen.....	31
1.1.3 Thema: Wie begegnen wir der Altersarmut?.....	33
1.1.4 Thema: Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere	35
1.1.5 Thema: Gestaltung des Wechsels aus der Berufstätigkeit in die Nacherwerbstätigkeit.....	37
1.1.6 Thema: Menschenwürdige, bedarfs- und wunschgemäße Pflege.....	38
1.1.7 Thema: Nachbarschaftliche Unterstützung älterer Menschen	40
1.1.8 Weitere Themen und Anregungen	41
1.2 Themen der Teilnehmenden	42
1.2.1 Thema: Demenz als Hausforderung und der pastoralen Betreuung Raum geben.....	43
1.2.2 Thema: Gesundheitsprävention und geriatrische Rehabilitation	43
1.2.3 Thema: Förderung von Eigeninitiativen.....	44
1.2.4 Thema: Gesund älter werden.....	44
1.2.5 Thema: Weiterbildung im Bürgerengagement	45
1.2.6 Thema: Vernetzung, Beteiligung, Kommunikation	45
1.2.7 Thema: Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege.....	46
1.2.8 Thema: Volunteers, Engagement beim bisherigen Arbeitgeber	46

1.2.9	Thema: Mehrgenerationendialog	47
1.2.10	Thema: Generationengerechtigkeit	47
1.2.11	Thema: Vereinsamung begegnen	48
1.2.12	Thema: Intergeneratives Arbeiten	48
1.2.13	Thema: Wandel des Bilds vom Altern	49
1.3	Auswertung	50
1.3.1	Wohnen und Teilhabe	50
1.3.2	Engagement und Beteiligung	51
1.3.3	Pflege und Versorgung	51
1.3.4	Arbeit, finanzielle Absicherung im Alter und Wirtschaft	52
1.3.5	Weitere Auswertungen	53
2.	Werkstattgespräch am 30. April 2014 in Freiburg	55
2.1	Vorgeschlagene Themen	56
2.1.1	Thema: Soziale Armut und Vereinsamung im Alter	57
2.1.2	Thema: Wechselseitige Unterstützung von Generationen	59
2.1.3	Thema: Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere	60
2.1.4	Thema: Finanzielle Absicherung im Alter	61
2.1.5	Thema: Menschenwürdige, bedarfs- und wunschgemäße Pflege	63
2.1.6	Thema: Nachbarschaftliche Unterstützung älterer Menschen	64
2.1.7	Weitere Themen und Anregungen	66
2.2	Themen der Teilnehmenden	68
2.2.1	Thema: Generationen übergreifend denken	68
2.2.2	Thema: Wegweiser für bürgerschaftliches Engagement	69
2.2.3	Thema: Bezahlbarer Wohnraum	70
2.2.4	Thema: Migranten als Senioren	70
2.2.5	Thema: Senioren sollen ihren Sozialraum wählen können	71
2.2.6	Thema: Osteuropäische Pflegekräfte	71
2.2.7	Thema: Wohnen im Alter	71
2.3	Auswertung	73
2.3.1	Teilhabe und Wohnen	73
2.3.2	Pflege und Versorgung	75
2.3.3	Engagement und Beteiligung	75
2.3.4	Weitere Auswertungen	76
3.	Werkstattgespräch am 12. Mai 2014 in Bruchsal	77
3.1	Vorgeschlagene Themen	78
3.1.1	Thema: Wechselseitige Unterstützung von Generationen	79
3.1.2	Thema: Gestaltung von kommunalen Verantwortungsnetzwerken (Quartiere) i. d. Community	81
3.1.3	Thema: Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere	82
3.1.4	Thema: Unterstützung bei der persönlichen Neuorientierung im Alter	84
3.1.5	Thema: Individuelle Mobilitätsangebote für ältere Menschen (insbesondere im ländlichen Raum)	85
3.1.6	Thema: Verknüpfung von altersgerechten Mobilitätsketten	86
3.1.7	Weitere Themen und Anregungen	88
3.2	Themen der Teilnehmenden	88
3.2.1	Thema: Finanzierung und Fördermöglichkeiten von Projekten	89
3.2.2	Thema: Vom Wandel der Begriffe	89
3.2.3	Thema: Entbürokratisierung bei Antragstellung und Versorgung	90
3.2.4	Thema: Anerkennung von freiwilligen Leistungen	90
3.2.5	Thema: Demenz	90
3.2.6	Thema: Altersarmut	91
3.2.7	Thema: Teilhabe (Mehrgenerationen)	91
3.3	Auswertung	92
3.3.1	Teilhabe	92
3.3.2	Mobilität	93
3.3.3	Wohnen	94
3.3.4	Weitere Auswertungen	94

4. Werkstattgespräch am 4. Juni 2014 in Biberach	97
4.1 Vorgeschlagene Themen	98
4.1.1 Thema: Chancen und Potenziale einer älter werdenden Generation nutzen	99
4.1.2 Thema: Gestaltung von kommunalen Verantwortungsnetzwerken (Quartiere) i.d. Community	100
4.1.3 Thema: Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere	102
4.1.4 Thema: Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Generationen bei der Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen	104
4.1.5 Thema: Individuelle Mobilitätsangebote für ältere Menschen	105
4.1.6 Thema: Bedarfsgerechtes Lebensumfeld in Stadt und Land	106
4.1.7 Weitere Themen und Anregungen	107
4.2 Themen der Teilnehmenden	108
4.2.1 Thema: Versorgungsangebot für Demenzkranke und deren Angehörige	108
4.2.2 Thema: Menschen mit Migrationshintergrund in Führungsfunktionen des Engagements	109
4.2.3 Thema: Umgang mit sozial schwachen Menschen	109
4.2.4 Thema: Altersperspektive für Menschen mit Migrationshintergrund	109
4.2.5 Thema: Krankenhaus und danach Kurzzeitpflege	110
4.2.6 Thema: Vereinsamung	110
4.2.7 Thema: Übergang Beruf - Ruhestand	111
4.2.8 Thema: Alternative Wohnformen oder zuhause bleiben	111
4.2.9 Thema: Finanzierung von Krankheits- und Pflegefall	111
4.2.10 Thema: Ältere Menschen mit Migrationshintergrund	112
4.2.11 Thema: Pflegenden Angehörige	112
4.2.12 Thema: Großeltern	113
4.3 Auswertung	114
4.3.1 Teilhabe	114
4.3.2 Wohnen	115
4.3.3 Arbeit und Wirtschaft	116
4.3.4 Pflege und Versorgung	116
4.3.5 Mobilität	117
4.3.6 Weitere Auswertungen	117
 ANHANG.....	 118
Verbände, die am Beratungskreis teilgenommen haben	118
Teilnehmende der Werkstattgespräche	118
Moderatorenteam	123
Referat Grundsatzfragen, Seniorenpolitik im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg	123

Einführung

Die seniorenpolitischen Werkstattgespräche vom 9. April bis zum 4. Juni 2014 in Stuttgart, Freiburg, Bruchsal und Biberach an der Riß sollen eine Grundlage schaffen für das seniorenpolitische Konzept des Landes, den „Kompass Seniorenpolitik“. So soll die Seniorenpolitik des Landes nicht nur für Ältere, sondern vor allem auch mit den Älteren gemacht werden. Denn eine wichtige Erkenntnis der Werkstattgespräche ist, dass ältere Menschen das Zeitalter des langen Lebens nicht nur miterleben, sondern auch mitgestalten wollen. Aus diesem Grund war es uns auch wichtig, zu den Menschen ins Land hinaus zu gehen, um die Vielfalt in unserem Land kennen zu lernen.

In dieser Dokumentation der seniorenpolitischen Werkstattgespräche können Sie nachlesen, was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewegt hat, welche Vorschläge zu welchen Themen sie gemacht haben und welche Anregungen für die Landespolitik sie gegeben haben. Die Dokumentation erhebt nicht den Anspruch, ein repräsentatives Bild abzugeben; aber sie bildet die Vielfalt der Themen und Ideen im Land auf aussagekräftige Weise ab. Sie spiegelt die Auffassungen derjenigen, die teilgenommen haben und gibt Einblick, was im Land über Seniorenpolitik gedacht wird. Dabei haben wir die Diskussion bewusst sehr offen gestaltet; Sie finden daher in den Äußerungen durchaus auch Widersprüche und Gegensätzliches.

In jedem Werkstattgespräch wurden drei Schwerpunktthemen zur Diskussion angeboten. An jeweils zwei Orten wurden die gleichen Themen bearbeitet. Nachmittags bestand für alle Teilnehmenden die Möglichkeit, frei gewählte Themen zu diskutieren. Die Führungsakademie Baden-Württemberg hat die Moderation der Gespräche konzipiert und durchgeführt. Die Werkstattgespräche haben gezeigt, dass trotz der teilweise vorgegebenen Themen in allen Werkstattgesprächen jeweils nahezu die gesamte Lebenslage von älteren Menschen angesprochen wurde, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen. Die unterschiedlichen thematischen Zugänge haben lediglich zu Veränderungen in den Schwerpunktsetzungen geführt. Regelmäßig wurde gerade der offene Teil der Werkstattgespräche dafür genutzt, die vorgegebene Themensetzung um bislang nicht angesprochene Themen zu erweitern und damit das Themenfeld abzurunden. Die Auswertung der Werkstattgespräche erfolgte auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher Methoden.

Was geschieht nun mit dieser Dokumentation? Wir werden sie zur Erarbeitung des seniorenpolitischen Konzepts des Landes auswerten, uns mit den Anregungen auseinandersetzen und sie auch an die anderen Ministerien weitergeben. Die Werkstattgespräche bringen so die Wirklichkeit der älteren Menschen im Land in das seniorenpolitische Konzept der Landesregierung ein. Vielleicht kann die Dokumentation mit ihren vielen Anregungen und Ideen auch vor Ort in den Gemeinden und Kreisen fachübergreifende Diskussionen anstoßen und Veränderungen bewirken.

Zusammenfassung

An der Entwicklung des seniorenpolitischen Konzepts der Landesregierung wurden in vier Werkstattgesprächen jeweils 36 sachkundige Personen beteiligt. Die Beteiligungsprozesse fanden zwischen April und Juni 2014 statt. Veranstaltungsorte waren Stuttgart, Freiburg, Bruchsal und Biberach.

Die Themenfelder der Werkstattgespräche und die Zusammensetzung der Beteiligungsgruppen sowie der Ablauf der Gespräche wurden in einem Beratungskreis mit Vertreterinnen und Vertretern des Landesseniorenrats, der Kommunalen Landesverbände, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, des Landesverbandes der kommunalen Migrantenvertretungen, des Landesfamilienrats, des Landesfrauenrats sowie mehrerer Ministerien abgestimmt.

In den Werkstattgesprächen wählten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgende Themen zur Bearbeitung aus:

- Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere.
- Bedarfsgerechtes Lebensumfeld.
- Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Generationen bei der Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen.
- Chancen und Potenziale einer älter werdenden Generation nutzen.
- Finanzielle Absicherung älterer Menschen.
- Gestaltung des Wechsels aus der Berufstätigkeit in die Nacherwerbstätigkeit.
- Gestaltung von kommunalen Verantwortungnetzwerken.
- Individuelle Mobilitätsangebote für ältere Menschen, insbesondere im ländlichen Raum.
- Menschenwürdige, bedarfs- und wunschgemäße Pflege.
- Nachbarschaftliche Unterstützung älterer Menschen.
- Niederschwelligkeit und Barrierefreiheit steigern.
- Soziale Armut und Vereinsamung im Alter.
- Unterstützung bei der persönlichen Neuorientierung im Alter.
- Verknüpfung von altersgerechten Mobilitätsketten.
- Wechselseitige Unterstützung von Generationen.
- Wie begegnen wir der Altersarmut?

Darüber hinaus hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit eigene Themen einzubringen; davon wurde rege Gebrauch gemacht.

Ergebnisse:

Die Auswertung der Ergebnisse der Werkstattgespräche folgt zum einen den Themen der Arbeitsgruppen, zudem wurde aber auch den themenübergreifenden Erkenntnissen nachgespürt, die sich aus der Gesamtschau ergaben. Diese wurden in Schlüsselworte und Leitgedanken gefasst. Sie sind nach den Vorstellungen der Beteiligten wichtige Grundlagen für die Gestaltung einer guten Politik für ältere Menschen.

Die Themen

Eines der am meisten diskutierten Themen der Werkstattgespräche war die **Teilhabe** der Älteren am Leben der Gesellschaft. Sie war eng verknüpft mit dem Thema Wohnen. Betont wurden die Bedeutung von guten sozialen Kontakten im näheren Umfeld sowie der Wunsch nach Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen. Um ein solches hilfreiches soziales Umfeld und den Austausch von Nachbarn zu unterstützen, wurden u.a. Stadtteiltreffs sowie gemeinsame Aktionen gewünscht.

Beim Thema **Wohnen** wurden einerseits alternative, gemeinschaftliche Wohnformen für Ältere als zukunftsweisend betrachtet. Andererseits wurde festgestellt, dass viele Seniorinnen und Senioren in ihrem Zuhause bleiben wollen und daher nicht oder nicht rechtzeitig für einen Umzug in eine alternative Wohnform bereit sind. In jedem Fall wurde eine gute, fußläufig erreichbare und barrierefreie Infrastruktur als wichtig erachtet, damit ältere Menschen in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können.

Die **Pflege und Versorgung** soll möglichst individuell zugeschnitten werden können; dabei soll Pflege allerdings auch bezahlbar bleiben. Auch technische Lösungen sollen zur Entlastung der Pflegenden eingesetzt werden; dies darf aber nicht zu Lasten des menschlichen Kontakts der Pflegebedürftigen gehen. Um dem befürchteten Mangel an Pflegekräften entgegen zu wirken, müssen die Pflegeberufe mehr gesellschaftliche Anerkennung erhalten. Außerdem wurden eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege und auch bessere Bezahlung gefordert. Das Thema "Demenz" wurde als eine besondere Herausforderung betrachtet. Eine bessere Information der Gesellschaft über die Krankheit und geeignete Versorgungskonzepte wurde als notwendig erachtet. Als problematisch wurde die Versorgung von Demenzerkrankten in den Krankenhäusern gewertet.

Beim Thema **Engagement** wurden sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Auf der einen Seite wurde eine Verpflichtung zum (sozialen) Engagement in einer älter werdenden Gesellschaft gefordert und soziale Pflichttage oder ein Soziales Dienstjahr für Ältere vorgeschlagen. Auf der anderen Seite wurde argumentiert, dass Engagement nur über freiwillig denkbar sei und es auch ein Recht zum Nicht-Engagement geben müsse. Auch zur Frage der Bezahlung des Engagements gab es sehr unterschiedliche Standpunkte: Während die eine Seite einen finanziellen Ausgleich fordert, um auch Menschen mit geringem Einkommen Engagement zu ermöglichen, sahen die anderen darin die Gefahr, dass das bürgerschaftliche Engagement nicht mehr von Tätigkeiten im Niedriglohnbereich zu unterscheiden wäre. Einigkeit bestand darin, dass Engagement hauptamtliche Unterstützung braucht und bei der Anerkennung von Engagement Kreativität notwendig ist.

Mobilität wurde als ein Grundbedürfnis begriffen. Ist die Mobilität beeinträchtigt, kann das auch zu Beeinträchtigungen der sozialen Beziehungen führen und den Alltag sehr erschweren. Es wurden auch die Bedingungen von Mobilität betrachtet und darauf hingewiesen, dass bereits bei der Planung auf die Bedürfnisse älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen geachtet werden muss. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Fußmobilität gelegt werden, da sie auch zur Gesundheit der Menschen beiträgt.

Bei den Themen **finanzielle Absicherung im Alter, Arbeit und Wirtschaft** befürchteten die Werkstattteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass die Altersarmut in Zukunft zunehmen wird. Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund werden davon besonders betroffen sein. Hier solle rechtzeitig gegengesteuert werden, z.B. durch mehr Möglichkeiten zum Zuverdienst zur Rente. Insbesondere sollen auch Arbeitgeber das Potenzial älterer Arbeitnehmer erkennen und ihnen auch bei Neueinstellungen eine Chance geben. Wirtschaft und Arbeitgeber sollen sich insgesamt stärker mit dem Thema „Alter“, seinen Chancen und Risiken auseinandersetzen.

Die Schlüsselworte und Leitgedanken

Wichtige Schlüsselworte und Leitgedanken, die in allen Werkstattgesprächen unabhängig von den Themen auftauchten, waren die Bedeutung der Selbstverantwortung, das Bedürfnis nach Information und Beratung, die Wichtigkeit von Austausch und Netzwerken, die Bedeutung der Altersbilder, die Vielfältigkeit des Alters und der Älteren und die Wichtigkeit eines nachhaltigen politischen Handelns.

Teil I Gesamtauswertung

Die Werkstattgespräche haben gezeigt, dass trotz der unterschiedlichen thematischen Zugänge in allen Gesprächen jeweils nahezu die gesamten Lebenslagen von Seniorinnen und Senioren angesprochen wurde, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen. Zum Verständnis der Aussagen muss berücksichtigt werden, dass die Arbeitsgruppen in den Werkstattgespräche nicht auf einen Konsens ausgerichtet waren, sie sich also nicht auf ein Ergebnis einigen mussten. Daher finden sich in der Dokumentation der Werkstattgespräche auch gegensätzliche Aussagen. Insgesamt kann man sagen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer trotz der vielen Herausforderungen und Probleme, die sie beschrieben und diskutiert haben, dennoch eine überwiegend optimistische Sichtweise auf das Alter haben. Sie waren zuversichtlich, dass die Veränderungen einer alternden Gesellschaft - auch mit dem Engagement einer größeren Zahl von aktiven Seniorinnen und Senioren - bewältigt werden können.

Die Auswertung der Ergebnisse der Werkstattgespräche folgt zum einen den Themen der Arbeitsgruppen, zudem wurde aber auch den themenübergreifenden Erkenntnissen nachgespürt, die sich aus der Gesamtschau ergaben. Diese wurden in Schlüsselworte und Leitgedanken gefasst. Sie sind nach den Vorstellungen der Beteiligten wichtige Grundlagen für die Gestaltung einer guten Politik für ältere Menschen.

Die Themen:

1. Teilhabe

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gerade auch im Alter wird von den Teilnehmenden als elementares Bedürfnis angesehen. Ideen, Anregungen und Anmerkungen die dem Thema „Teilhabe“ zuzurechnen sind, werden in allen Werkstattgesprächen häufig angesprochen. In der Betrachtung der Beiträge wird deutlich, dass das Thema „Wohnen“ besonders eng mit dem Thema Teilhabe verknüpft ist. Aus vielen Äußerungen wird ein intensiver Wunsch nach lebendigen (Wohn-) Gemeinschaften deutlich. Auch das Bedürfnis nach Kontakten außerhalb der eigenen Generation wird häufig genannt; dabei wird die Gegenseitigkeit solcher Begegnungsmöglichkeiten und Aktionen betont – alle Generationen sollen profitieren. So soll ein alle Generationen übergreifendes Bewusstsein entstehen.

Eine wichtige Facette der Teilhabe ist die Beteiligung: Sie wird in fast allen Themen als wichtig genannt. Ältere Menschen wollen gefragt werden, wenn es um sie und um die Gestaltung ihrer Lebensumwelt geht. Möglichkeiten zur Beteiligung werden überwiegend positiv beurteilt. Beteiligung drückt aus der Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch Wertschätzung aus. So wird beispielsweise gewünscht, Werkstattgespräche auch vor Ort durchzuführen. Zur Teilhabe gehört auch der Wunsch, etwas bewirken und etwas weitergeben zu können: Das Bedürfnis, etwas Sinnvolles zu tun und eigene Erfahrungen und Wissen weiterzugeben,

wird als eine wichtige Triebkraft beschrieben. Aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlummert hier noch ein großes ungenutztes Potenzial.

Am Leben der Gesellschaft teilhaben wollen auch pflegebedürftige und hochaltrige Menschen ebenso wie Menschen mit Migrationshintergrund oder alte Menschen mit Behinderungen. Für die Teilhabe aller müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden: z.B. mit der Öffnung der Pflegeheime in die Nachbarschaft, mit guten Mobilitätsangeboten, aufsuchenden Hilfen und Begegnungsräumen. Dabei müssen auch die finanziellen Rahmenbedingungen beachtet werden; Teilhabe muss auch Menschen mit geringen Einkommen möglich sein.

2. Wohnen

Im Themenfeld „Wohnen“ fällt auf, dass die Werkstattteilnehmerinnen und -teilnehmer alternative Wohnformen als besonders geeignet einschätzen, in Zukunft das Bedürfnis älterer Menschen nach sozialen Kontakten und Geborgenheit zu stillen. Besonders ausgeprägt ist der Wunsch nach generationsübergreifenden sowie gemeinschaftlichen Wohnformen und nach Begegnungen zwischen den Generationen. Andererseits - so wird festgestellt – will die Mehrheit der Älteren möglichst in ihrem Zuhause bleiben, zumindest jedoch in ihrem vertrauten Umfeld. Es wird daher auch befürchtet, dass alternative Wohnformen scheitern könnten, da sie nicht angenommen werden. Der Umzug in ein Heim wurde durchgängig als Ultima-Ratio-Lösung betrachtet.

Die Begriffe „Nachbarschaft“ und „Quartier“ sind in allen Werkstattgesprächen wichtige Schlüsselbegriffe. Gerade für ältere Menschen geben gute soziale Kontakte in der Nachbarschaft und im Quartier / in der Dorfgemeinschaft Sicherheit. Um hierfür ein förderliches Umfeld zu entwickeln, bedarf es der steuernden Unterstützung z.B. durch Quartiersmanagement oder „Runde Tische“, aber auch gemeinsamer Aktionen, Erlebnisse und Begegnungsmöglichkeiten. Bei der Entwicklung solcher Strukturen sollen alle Generationen beteiligt werden, damit sich alle angesprochen fühlen können. Um eine Kultur des gemeinschaftlichen Miteinanders und des „Voneinander Wissens“ zu schaffen, sollen sich die vor Ort Aktiven wie Vereine, Seniorenräte, Pflegeheime, ambulante Pflegedienste austauschen und vernetzen. Diese Vernetzung soll unterstützt werden, damit Aktivitäten besser miteinander koordiniert werden können. Eine solche Stärkung des sozialen Austauschs in Nachbarschaft und Quartier, so die Hoffnung, werde mehr Menschen ermutigen, aktiv zu werden und sich zu engagieren.

Um auch bei einem schon vorhandenen Hilfebedarf möglichst lange im eigenen Heim bleiben zu können, soll die Infrastruktur den Bedürfnissen der älteren Menschen entsprechen. Einkaufsmöglichkeiten, Arzt und Apotheke sollen möglichst fußläufig und barrierefrei erreichbar sein. Hier sehen die Teilnehmenden auch die Kommunen in der Pflicht. Um mehr Menschen den Verbleib in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen, wird altersgerechter, barrierefreier Wohnraum gebraucht. Dabei ist auch die Bezahlbarkeit der Mieten gerade für ältere Menschen mit weniger finanziellen Mitteln entscheidend. Der Bau von altersgerechtem Wohnraum soll daher mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

3. Pflege und Versorgung

Die Werkstattteilnehmerinnen und -teilnehmer betrachten es als entscheidend, dass Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird. Pflege braucht das Engagement aller. Eine gute Pflege für alle wird in Zukunft nur gelingen, wenn Professionelle, Freiwillige, Angehörige und Nachbarn zusammen helfen. Auch die Politik muss die Wichtigkeit der Pflege erkennen und verantwortlich handeln.

Dabei kommt es darauf an, dass die pflegebedürftigen Menschen ihre Pflege nach ihren individuellen Bedürfnissen gestalten können. Hierfür braucht es eine Vielfalt an geeigneten Unterstützungsangeboten und eine gute Beratung z.B. durch Pflegestützpunkte. Dabei sollen auch technische Unterstützungsmöglichkeiten miteinbezogen werden. Diese „Wunschkpflege“ soll aber auch für alle bezahlbar bleiben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehen die Gefahr, dass die Pflege aus Kostengründen nicht ausreichend finanziert wird. Zum Teil wird die derzeit bestehende hohe Komplexität und starke Versäulung der bestehenden Hilfesysteme als Hindernis für eine gute Versorgung beschrieben.

Ein ebenso großes Zukunftsrisiko sehen die Teilnehmenden in dem bereits jetzt schon spürbaren Mangel an Pflegekräften. Daher ist es den Diskutierenden wichtig, dass die pflegerischen Berufe eine hohe gesellschaftliche Anerkennung erhalten. Es müssen aber auch die Arbeitsbedingungen sowie die Bezahlung der Pflegekräfte verbessert werden, um mehr Menschen zu motivieren, sich für eine Ausbildung zu einem Pflegeberuf zu entscheiden. Ebenso soll auch die Arbeit der pflegenden Angehörigen mehr Wertschätzung und Anerkennung erfahren. Sowohl professionell als auch ehrenamtlich Pflegende sollten Unterstützung erfahren. Ein besonderes Anliegen ist die Klärung der Situation der ausländischen Betreuungs- und Pflegekräften in Privathaushalten. Hier werden bessere Informationen und einfache, schnelle Verfahren für Helfende, Angehörige und Pflegebedürftige für dringend notwendig erachtet. Zudem wird festgestellt, dass Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund bisher wenig Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen. Es wird vermutet, dass Sprachbarrieren und kulturelle Barrieren die Ursache sind. Diese sollen mit einer „Kultur des Willkommens“ überwunden werden.

Als eine wichtige Herausforderung im Bereich der Pflege und Versorgung wird der Umgang mit demenzkranken Menschen gesehen. Hierfür sind der Ausbau geeigneter Versorgungsstrukturen und eine gute Information vor allem der Angehörigen, aber auch der Allgemeinheit wichtig. Auch demenzfreundliche Krankenhäuser, die Begleitung von Demenzkranken in Krankenhäusern und die Qualifizierung von Pflegekräften in Krankenhäusern im Umgang mit Dementen werden als notwendige Maßnahmen genannt.

Zur Erhaltung der Lebensqualität und Vermeidung von Pflegebedürftigkeit sollen verstärkt niederschwellige gesundheitliche Präventionsangebote gemacht werden, die junge und ältere Menschen ansprechen sollen.

4. Engagement

Beim Thema Engagement fällt auf, dass die Diskussion von gegensätzlichen Standpunkten geprägt ist. So werden z.B. auf der einen Seite die Notwendigkeit des Engagements und die (moralische) Verpflichtung („Hochaltrigkeit verpflichtet“) zum Engagement betont und Vorschläge zu verpflichtenden „Sozialtagen“ gemacht. Auf der anderen Seite wird darauf hingewiesen, dass das Engagement frei von Verpflichtungen bleiben müsse, da eine solche Pflicht abschreckend wirken könnte und die Menschen auch ein Recht auf ein Nicht-Engagement haben. Auch die Frage nach der Bezahlung des Engagements wird sehr unterschiedlich beurteilt: Während es für die Einen eine Möglichkeit ist, auch Menschen mit geringen finanziellen Mitteln für das Engagement zu gewinnen, sehen die Anderen die Gefahr, dass die Grenze zwischen Engagement und Niedriglohnjobs verschwimmt. Dies könnte dazu führen, dass das Engagement zu Konkurrenz für die Professionellen wird oder das Ehrenamt ausgenutzt wird.

Einigkeit bestand aber da wo es um die Unterstützung des Ehrenamtes geht: Ehrenamt braucht Hauptamtliche die es unterstützen. Dazu gehören auch Fortbildungen sowie die notwendigen finanziellen Mittel. Immer wieder gewünscht wird ein Ansprechpartner vor Ort, der Initiativen, Interessierte und Engagierte berät und unterstützt. Dazu gehören auch gute Informationen über die Möglichkeiten, sich bürgerschaftlich zu engagieren. So wird auch eine Imagekampagne für das bürgerschaftliche Engagement vorgeschlagen.

Wichtig war den Werkstattteilnehmerinnen und -teilnehmern auch, dass bürgerschaftliches Engagement die Wertschätzung erfährt, die es verdient. Hier wird mehr Kreativität angeregt (z.B. Steuererleichterungen, Theaterkarten usw.).

5. Mobilität

Mobilität wird in den Werkstattgesprächen umfassend betrachtet: So werden nicht nur Verbesserungen für einzelne Verkehrsmittel vorgeschlagen, sondern alle Bedingungen der Mobilität in den Blick genommen. Dabei sollen verstärkt Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt werden, z.B. einfach zu bedienende Fahrkartenautomaten, ausreichend lange Umsteigezeiten, längere Ampelphasen und ein an die Bedürfnisse Älterer angepasstes Haltestellennetz.

Insbesondere die Fußgänger mobilität sollte nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer attraktiver gemacht werden. Dazu gehört auch, dass es eine fußläufig erreichbare Infrastruktur gibt (Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Apotheken), die auch barrierefrei ist. Um diese wichtige Form der Mobilität der Menschen zu erhalten, sollen niederschwellige Bewegungsangebote gemacht werden.

Da die Ermöglichung der Mobilität im ländlichen Raum eine besondere Herausforderung darstellt, wird vorgeschlagen, auch auf bürgerschaftliches Engagement wie z.B. Bürgerbusse zu setzen. Auch Mitfahrzentralen z.B. bei der Gemeinde könnten ein Angebot sein. Bei der Planung von Mobilitätsangeboten sollen die älteren Menschen beteiligt werden, damit nicht am Bedarf vorbeigeplant wird.

6. Finanzielle Absicherung, Arbeit und Wirtschaft

Die Gefahr der Altersarmut wird in den Werkstattgesprächen als ein Thema mit wachsender Bedeutung eingeschätzt, das in besonderer Weise Frauen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund betrifft. Es soll daher rechtzeitig an den notwendigen Stellschrauben gedreht werden, um dem entgegen zu steuern, und was nicht nur bei den Einnahmen Genannt werden z.B. Mietkosten (Mietkostenbremse), Senkung der Energiekosten und der Kosten der Gesundheitsversorgung, aber auch eine faire Bezahlung, eine stabile Rente sowie eine Basisrente für alle.

Gerade für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen muss es zudem mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geben, damit nicht durch Arbeitslosigkeit im Alter Beitragslücken entstehen, die zu kleinen Renten führen. Die Arbeitgeber müssen das Potenzial älterer Beschäftigter erkennen und nutzen und auch bei Neueinstellungen Älteren eine Chance geben. Insgesamt wird von Wirtschaft und Arbeitgebern erwartet, dass sie sich mehr mit dem Thema „Alter“ auseinandersetzen: So sollen Arbeitsverhältnisse an die aktuelle Lebenssituation (z.B. Pflege eines Angehörigen) angepasst werden können und der Übergang von der Arbeit in die Rente flexibler als bisher gestaltet werden können. Dabei ist es den Werkstattteilnehmerinnen und -teilnehmern wichtig, dass ältere Menschen ihr langjährig erworbenes Wissen weitergeben können und die Betriebe damit wertschätzend umgehen. Auch die Arbeitsbedingungen werden sich in Zukunft stärker an der größeren Zahl älterer Beschäftigter orientieren müssen.

Gewünscht wird ferner, dass die Wirtschaft ihre Produkte und Dienstleistungen leicht verständlich und einfach nutzbar gestaltet und auch ihre Beschäftigten auf den Umgang mit Menschen mit Handicaps vorbereitet. In der Anpassung von Dienstleistungen an die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft wird auch eine Chance gesehen.

Die Schlüsselworte und Leitgedanken der Werkstattgespräche:

In den Arbeitsgruppen der Werkstattgespräche wurden quer durch alle fachlichen Themen, über die diskutiert wurde, immer wieder grundsätzliche Erkenntnisse formuliert, die sich in Schlüsselworten zusammenfassen lassen. Sie können als Leitgedanken der Werkstattteilnehmerinnen und -teilnehmer betrachtet werden:

Selbstverantwortung

Alle Maßnahmen, die die Menschen zu Selbstverantwortung und Vorsorge motivieren, werden als wichtig eingeschätzt. Sich über sein eigenes Alter Gedanken zu machen und dafür zu planen, für die eigene Gesundheit zu sorgen, soll unterstützt und eingefordert werden. Dies geht dann auch nicht nur die Älteren, sondern auch die Menschen im mittleren Alter und junge Menschen an.

Information und Beratung

Um selbst aktiv werden zu können, um sich selbst und anderen helfen zu können, ist eine gute Information und Beratung notwendig. Daher sollen zu den vielfältigen Themen des Alters Information und Beratung zur Verfügung stehen.

Vernetzung und Austausch

Der Austausch und die Vernetzung der vielen Akteure können zu einer besseren Abstimmung von Strukturen, Initiativen und Aktionen führen. Ambulante Dienste, Kommunen, Ärzte und ehrenamtliche Initiativen sollen sich mehr austauschen und miteinander kooperieren.

Altersbilder

Altersbilder haben für die Lebenssituation älterer Menschen und ihre Stellung in der Gesellschaft eine große Bedeutung. So können negative Einstellungen und Vorurteile zu abwertendem Verhalten gegenüber älteren Personen führen, zum Beispiel gegenüber älteren Erwerbstätigen, älteren Patienten in der medizinischen Versorgung oder in der pflegerischen Versorgung. Doch nicht nur die Altersdiskriminierung durch andere kann das Älterwerden erschweren. Auch ältere Menschen selbst haben Bilder vom Alter und beziehen diese nicht nur auf andere, sondern auch auf sich selbst. Diese sind also mitbestimmend dafür, welche Rollen und Handlungsmöglichkeiten älteren Menschen offen stehen und was ältere Menschen sich selbst wünschen und zutrauen. Um Menschen mehr Freiheit zur Gestaltung ihres Altwerdens zu ermöglichen, müssen die Bilder vom Alter in der Gesellschaft hinterfragt und differenziert werden.

Vielfalt

In den Werkstattgesprächen wird immer wieder deutlich, dass es nicht „die“ Alten gibt. Es muss differenziert werden. Wer ältere Menschen ansprechen will, muss die Vielfältigkeit der alten Menschen berücksichtigen: Alt werdende Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen und Männer, jüngere Alte und Hochaltrige, Pflegebedürftige und Demenzerkrankte.

Nachhaltigkeit

An die Politik richten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Forderung nach mehr Nachhaltigkeit. So sollen Projekte, die gefördert werden, eine realistische Perspektive haben; zudem soll verstärkt in Strukturen investiert werden. Die Politik soll der Versuchung widerstehen, mit Projekten nur kurzfristige Effekte zu erzielen, sondern verlässlicher Partner für ehrenamtlich Engagierte und Verbände sein.

Eindrücke aus den Werkstattgesprächen

„Ich fand das einen sehr anregenden Tag. Es war eine gute Mischung aus Menschen, die professionell mit Älteren arbeiten, aus erfahrenen Engagierten und Menschen, die dabei sind, Projekte zu entwickeln. Dadurch entstanden sehr interessante Gespräche.“

aus dem Biberacher Werkstattgespräch

„Ich halte diese Werkstattgespräche insgesamt für wichtig. Es ist im Grunde genommen ein Schritt der Bürgerbeteiligung. Ich glaube, dass man in der Zukunft die Bürger noch mehr mitnimmt und beteiligt. Schon die Zusammensetzung in unserem Werkstattgespräch zeigt, wie wichtig es ist, alle einzubinden.“

Aus dem Stuttgarter Werkstattgespräch

„Dieser Optimismus für Seniorenarbeit oder überhaupt im Ehrenamt in allen Facetten ist enorm. Auch das Altersgefälle in der Arbeitsgruppe war eine große Bereicherung. An meiner Seite saß eine ganz junge Frau, und dann gab es wieder ältere Männer, die aufgrund ihrer Geschichte ganz andere Schwerpunkte und Sichtweisen haben.“

aus dem Bruchsaler Werkstattgespräch

„Es tut sich eine immer größere Zeitspanne auf zwischen Eigenheim und Pflegeheim. Heute sind es bis zu 20 Jahre, in denen die Menschen nicht mehr unbedingt alleine zuhause leben können, sondern in irgendeiner Form Hilfe brauchen, bis sie dann letztlich so viel Hilfe brauchen, dass sie ins Pflegeheim müssen.“

aus dem Freiburger Werkstattgespräch

„Ältere Menschen sind nicht alle gleich, ältere Menschen haben unterschiedliche Interessen, Bedürfnisse, Lebenslagen. Dafür braucht es professionelles Engagement, um einen Interessensausgleich zu moderieren. Manchmal überschätzen sich die Älteren in dem Sinne: „Ich spreche doch für alle.“ Das ist zwar ein altes Thema, aber außerdem ist es immer noch wirklich nötig, zwischen professionell Tätigen und bürgerschaftlich Engagierten gut zu vermitteln.“

aus dem Biberacher Werkstattgespräch

„Wir müssen eines ernst nehmen: Wir müssen sehen, dass die Menschen so lange wie möglich zuhause, in ihrem gewohnten Umfeld leben wollen. Und dass sie gerne quartiersbezogen leben würden. Das ist etwas, was ganz elementar ist und was wir berücksichtigen müssen: das gewohnte Wohnumfeld, die Zusammenkunft mit Freunden und Familienmitgliedern.“

aus dem Freiburger Werkstattgespräch

„Ich sage immer wieder: Zum Altwerden gehört auch Einsehen. Und der richtige Blickwinkel ist wichtig. Das Glas ist sozusagen nicht halb leer, sondern halb voll.“

aus dem Bruchsaler Werkstattgespräch

„Deshalb wünsche ich mir eigentlich so kleine Nahraum-Gemeinschaften, die miteinander überlegen: wie möchten wir zusammenleben, wie möchten wir miteinander alt werden.“

aus dem Freiburger Werkstattgespräch

„Wir haben ein erhebliches Defizit an Männern, die sich im sozialen Bereich engagieren. Da sehen wir fast nur Frauen. Mein Fazit: Es wird nicht ohne die Senioren auch in der Zukunft gehen. Senioren sind dazu bereit. Man muss sie motivieren können und herausfinden, wo sie ihre Fähigkeiten haben.“

aus dem Freiburger Werkstattgespräch

„Es ist wichtig, dass es einen guten Austausch und eine gute Vernetzung von Kommunen, aber auch von Akteuren wie den Wohlfahrtsverbänden gibt.“

aus dem Stuttgarter Werkstattgespräch

„Außerdem würde ich mir wünschen – aus kommunaler Sicht – dass das Land manchmal genauer schaut, wie unterschiedlich Kommunen sind. Ich erlebe manchmal, dass Programme für alle gleich sind, aber bei den Kommunen stoßen diese Projektideen oder Förderungen ja in sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen. Hier sollte man genauer hinschauen: In welche Kommunen wird was gegeben, mit welchen Größenordnungen von Kommunen hat man es zu tun, ist es städtischer oder ländlichem Raum. Es wäre manchmal mehr Differenzierung wichtig.“

aus dem Biberacher Werkstattgespräch

„Mitgenommen habe ich, dass eine hohe Bereitschaft da ist, sich mit dem Thema Älterwerden auseinander zu setzen. Auf der anderen Seite ist das Thema „Im Alter abhängig werden“ oder die Auseinandersetzung mit dem Tod nach wie vor ein Tabuthema. Diese Frage nehme ich auch für mich mit: Wie gelingt es, das aus diesem Tabubereich herauszuholen, damit sich mehr Menschen damit auseinandersetzen. Ich glaube, dann könnte auch etwas in Bewegung kommen. Wenn man sich das bewusst macht, dass man selbst irgendwann auch zu dieser Gruppe gehört, die hilfebedürftig ist, die pflegebedürftig ist und vielleicht auch dement sein wird. Dass zum Alter eben auch nicht nur diese Kompetenzaspekte, sondern auch diese Abhängigkeitsaspekte dazu gehören.“

aus dem Freiburger Werkstattgespräch

„Nehmen Sie das Angebot der Senioren ernst, dass sie mitarbeiten wollen. Nehmen Sie das ernst, ergreifen Sie die Hand, die da ausgestreckt wird und nehmen Sie dann auch Ihre Verantwortung wahr, dass Sie diese ausgestreckte Hand dann auch unterstützen. Ein Netzwerk schaffen, dass Menschen, Senioren, bürgerschaftliches Engagement leben können.“

aus dem Freiburger Werkstattgespräch

Teil II Die Planung des Dialogs

Die Entwicklung wichtiger politischer Weichenstellungen kann heute nicht mehr ohne Beteiligung der Betroffenen gelingen. Ihre Kompetenz, ihre Erfahrung und ihre Einschätzungen sind zu nutzen, um zu akzeptierten und guten Lösungen zu kommen. Daher war es für die Entwicklung eines seniorenpolitischen Konzepts eine Selbstverständlichkeit, die Seniorinnen und Senioren in die Erfassung ihres Lebenssachverhalts einzubinden, herauszufinden, wie sie ihre Situation im Land wahrnehmen, auf welche wichtigen Entwicklungen wie reagiert werden sollte, was aus ihrer Sicht wichtige seniorenpolitische Ziele sein sollten, was dabei verändert werden sollte und wer dazu beitragen könnte. Um diesen Dialog herstellen zu können, wurden ein Beratungskreis aus Verbandsvertreterinnen und -vertretern eingerichtet und moderierte Gespräche, sogenannte „Werkstattgespräche“ organisiert, in denen sachkundige Menschen, die sich beruflich oder bürgerschaftlich mit den Lebensbedingungen älterer Menschen befassen, Vorschläge, Anregungen und Ideen entwickeln konnten. Diese Dokumentation beschreibt den Prozess und die daraus folgenden Ergebnisse.

1. Der Beratungskreis

1.1 Aufgabenstellung

Der Beratungskreis aus Verbänden und Ministerien unterstützte das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren (im Folgenden: Sozialministerium) bei der Vorbereitung der Werkstattgespräche. Die im Beratungskreis vertretenen Verbände sind im Anhang aufgeführt. Mit seiner Hilfe konnten die vorgeschlagenen seniorenpolitischen Themen um weitere ergänzt und zu Schwerpunktthemen gebündelt sowie die Teilnehmergruppen für die Werkstattgespräche identifiziert werden. Zudem unterstützte der Beratungskreis das Sozialministerium bei der Weiterleitung der Einladungen an mögliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Werkstattgespräche. Das Sozialministerium unterrichtete den Beratungskreis über wichtige Prozessschritte.

1.2 Schwerpunktthemen

Der Beratungskreis sammelte Einzelthemen und ordnete sie Schwerpunktthemen zu. Folgende Schwerpunktthemen wurden mitsamt den Einzelthemen zur Vertiefung für die Werkstattgespräche vorgeschlagen:

- Mobilität
- Teilhabe
- Altersbilder
- Unterstützung, Gesundheit, Pflege, Beratung
- Selbstbestimmtes Leben
- Generationen übergreifende Verantwortung
- Gesellschaftliche Teilhabe im Alter
- Finanzielle Absicherung im Alter
- Menschenwürdige Versorgung und Pflege
- Leben und Wohnen im Alter
- Beratung zur selbständigen Lebensführung
- Positive Besetzung von Altersbildern

Aus diesen Themen bildete das Sozialministerium sechs Schwerpunktthemen, die dann mit den zu Grunde liegenden Einzelthemen aus dem Beratungskreis in die Werkstattgespräche eingebracht wurden:

- Unterstützung und Beratung älterer Menschen, insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege
- Finanzielle Absicherung im Alter
- Teilhabe an der Gesellschaft, Generationen übergreifende Verantwortung
- Altersbilder, Generationen übergreifende Verantwortung
- Selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter
- Mobilität

1.3 Zielgruppen

Folgende Zielgruppen sollten für die Werkstattgespräche angesprochen werden:

- Seniorenrätinnen und Seniorenräte,
- Verantwortliche in Gemeinden, Städten und Landkreisen
- Sachkundige für Quartiersgestaltungen, Generationenkontakte sowie für Betreuung und Pflege (u.a. familienpolitische Organisationen),
- Sachkundige für Wohnen, Mobilität und Sicherheit,
- Sachkundige für seniorenfreundliche Wirtschaft und Technik
- sowie Personen, die für die soziale Sicherung eintreten (z.B. Gewerkschaften, Sozialverbände) und
- sonstige sachkundige Bürgerinnen und Bürger.

Um der Vielfalt der seniorenpolitischen Themen und der Akteure entsprechen zu können, hat das Sozialministerium möglichst heterogene Teilnehmergruppen zusammengestellt (z.B. Frauen/Männer, Stadt/Land, mit Migrationsgeschichte, mit Behinderungen, Ältere/Jüngere). Um arbeitsfähig zu bleiben, wurde die Zahl der

Teilnehmenden an einem Werkstattgespräch auf 36 begrenzt. Damit das im Land vorhandene Potenzial mobilisiert werden kann, wurden Sachkundige in jedem Regierungsbezirk zu einem solchen Gespräch eingeladen.

2. Die Werkstattgespräche

2.1 Zielsetzung

Ziel der Werkstattgespräche war es, mit Menschen, die beruflich oder bürgerschaftlich mit älteren Menschen zu tun haben, mit diesen selbst sowie mit den Vertretungen weiterer gesellschaftlich relevanter Akteure über wichtige seniorenpolitische Themen zu diskutieren und deren Wissen und Erfahrungen für die Konzeptentwicklung zu nutzen. Mit Hilfe der Werkstattgespräche sollten wichtige seniorenpolitische Themen identifiziert, Themenschwerpunkte erarbeitet, diese weiter konkretisiert sowie Handlungsoptionen und Lösungsideen entwickelt werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen für das vom Sozialministerium federführend zu erarbeitende seniorenpolitische Konzept der Landesregierung eine wichtige Erkenntnisquelle abgeben. Dazu wurden in Arbeitsgruppen Perspektiven entworfen, Veränderungsbedarfe festgestellt und Handlungsoptionen erarbeitet. Bei der Erstellung des seniorenpolitischen Konzepts wird sich das Sozialministerium mit den Vorschlägen, Empfehlungen und Anregungen aus den Werkstattgesprächen auseinandersetzen.

Die seniorenpolitischen Werkstattgespräche haben

- am 9. April 2014 in Stuttgart,
- am 30. April 2014 in Freiburg,
- am 12. Mai 2014 in Bruchsal und
- am 4. Juni 2014 in Biberach stattgefunden.

In jedem Werkstattgespräch wurden drei Schwerpunktthemen zur Diskussion angeboten. An jeweils zwei Orten wurden die gleichen Themen bearbeitet. Die Moderation der Gespräche wurde von der Führungsakademie Baden-Württemberg konzipiert und durchgeführt.

2.2 Ablauf

Die Werkstattgespräche unterschieden einen strukturierten und einen offenen Teil. Der strukturierte Teil bestand aus der Auswahl und Bearbeitung des vorgegebenen Themenangebots. Die Arbeitsgruppen wurden von einer Moderatorin bzw. einem Moderator geleitet. Den Teilnehmenden wurden die Schwerpunktthemen mit ihren thematischen Inhalten vorgestellt. Alle hatten die Freiheit, sich das Schwerpunktthema auszuwählen, das ihr besonderes Interesse weckte. Innerhalb des Schwerpunktthemas wurden die einzelnen Themen

von der Arbeitsgruppe nach ihrer Wichtigkeit bewertet. Die Themen wurden mit Hilfe dieser Fragen bearbeitet:

- Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?
- Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?
- Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Seniorinnen und Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?
- Welche Risiken sehen Sie?

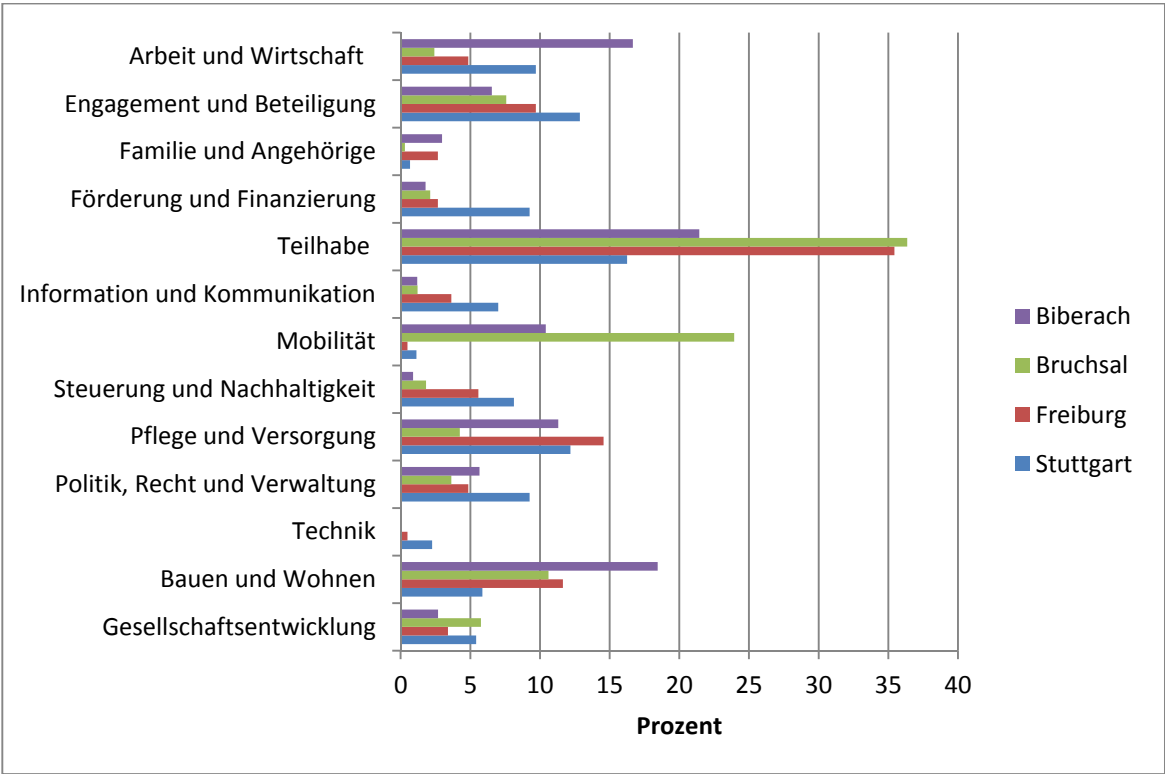
Aufgrund des Zeitrahmens konnten nur die zwei oder drei Themen mit der höchsten Platzierung bearbeitet werden. Auch vertiefende Diskussionen mussten begrenzt werden. Das methodische Vorgehen wurde auf die zukunftsbezogene Ausrichtung des seniorenpolitischen Konzepts abgestimmt.

Im offenen Teil konnten die Arbeitsgruppen mit ihren Vorstellungen die Agenda selbst bestimmen. Es blieb dann der Gruppe überlassen, welche der vorgeschlagenen Themen vertieft wurden. Gearbeitet wurde in moderierten Arbeitsgruppen mit ca. 8 bis 14 Teilnehmenden.

2.3 Auswertung der Werkstattgespräche

Die in den Werkstattgesprächen erarbeiteten Inhalte wurden nach sozialwissenschaftlichen Standards qualitativ ausgewertet. Dazu wurden die Datensätze sprachlich angepasst. Die Informationsfülle wurde verdichtet und zu zentralen Aussagen zusammengeführt. Eine erste Auswertung zeigte, dass es trotz der unterschiedlichen thematischen Zugänge eine breite inhaltliche Übereinstimmung bei den geäußerten Ideen und Anregungen gab. Die unterschiedlichen thematischen Zugänge führten lediglich zu Veränderungen bei den Schwerpunktsetzungen der Antworten. Der offene Teil der Werkstattgespräche wurde dafür genutzt, die vorgegebene Themensetzung um bislang nicht angesprochene Aspekte zu erweitern. Damit konnte ein Themenfeld weiter abgerundet werden. Daraus wurden zentrale Schlüsselbegriffe abgeleitet, die sowohl alle Werkstattgespräche umfassten als auch die vorgegebenen und die eingebrachten Themen erfassten. Auf diese Weise konnten die Werkstattgespräche vergleichbar gemacht werden. Die nachfolgende Übersicht enthält in der ersten Spalte diese zentralen Schlüsselbegriffe und in der zweiten Spalte deren Erläuterungen.

Die Abbildung zeigt die prozentuale Verteilung der Zuweisungen der Beiträge zu den Schlüsselbegriffen. Sie zeigt, dass in allen Bereichen Zuweisungen erfolgen konnten. Sie zeigt auch, wo die Schwerpunkte in den Diskussionen gelegen haben.



Schlüsselbegriffe	Erläuterungen
Arbeit und Wirtschaft	Dieser Schlüsselbegriff gibt Hinweise für die Wirtschaft als Arbeitgeber und Produzent, mit der Schaffung günstiger altersgerechter Arbeitsbedingungen und Arbeitsangebote (auch nach Renteneintritt), der Ermöglichung eines Ausgleitens aus der Berufstätigkeit, der Nutzung des vorhandenen Potenzials und der Entdeckung der älteren Menschen als finanzkräftige Kundinnen und Kunden.
Engagement und Beteiligung	Unter diesem Schlüsselbegriff sind die Beiträge, die den zivilgesellschaftlichen Akteuren an der Lösung seniorenpolitischer Fragestellungen zugewiesen worden sind, zusammengeführt. Aufgezeigt wird unter anderem, wie Engagement und Beteiligung gesteuert und unterstützt werden sollten.
Familie und Angehörige	Diese Begriffskombination umfasst Anforderungen an Familien und Angehörige sowie andere Unterstützungsformen, aber auch Maßnahmen, wie diese Personen unterstützt und entlastet werden können.
Förderung und Finanzierung	Diesem Schlüsselbegriff sind alle Äußerungen zugeordnet, die sich mit der Finanzierung von Vorschlägen (auch von Zuwendungen oder zur Sicherung von Einkommen) befassen, sofern diese nicht schon bei den einzelnen Themen wie Gesundheit und Pflege oder Bauen und Wohnen angesprochen wurden, sowie die damit verbundenen Finanzierungsrisiken.
Teilhabe	Dieser Begriff umfasst alle Aspekte der Teilnahme älterer Menschen am gesellschaftlichen Geschehen. Es werden Maßnahmen angesprochen, die die Kontakte zwischen den Generationen fördern, Netzwerke, Nachbarschaften und andere gemeinschaftsförderliche Formen unterstützen sowie der Vereinsamung entgegenwirken.
Information und Kommunikation	Dieser Schlüsselbegriff umfasst insbesondere den konkreten Informationsbedarf der Akteure und die dazu erforderlichen Informationswege.
Mobilität	Diesem Schlüsselbegriff sind alle Vorstellungen zur Planung, Steuerung, Entwicklung und Umsetzung von Mobilitätskonzepten und Mobilitätsformen zugeordnet.

Schlüsselbegriffe	Erläuterungen
Steuerung und Nachhaltigkeit	Unter diesem Begriffspaar werden insbesondere Fragen der Steuerung von Seniorenpolitik aus einer übergeordneten Sichtweise betrachtet. Hier sind alle diese Äußerungen zur Kommunikation, Kooperation und Koordination von Organisationen und zur Strategieentwicklung zusammengefasst.
Pflege und Versorgung	Unter diesem Schlüsselbegriff sind insbesondere Hinweise zu den Anforderungen an die Pflege und Versorgung sowie zur Steuerung und Bedarfsdeckung zusammen geführt. Ergänzt werden diese Hinweise um besondere Handlungsfelder wie Demenz und Kultursensibilität in der Pflege.
Politik, Recht und Verwaltung	Diese Begriffskombination umfasst alle Hinweise zu allgemeinpolitischen Fragen, Hinweise zum Rechtsvollzug sowie konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des Rechts, insbesondere im Miet-, Steuer- und Rentenrecht.
Technik	Unter diesem Aspekt sind insbesondere Anwendungs- und Entwicklungsanregungen zusammengeführt.
Bauen und Wohnen	Dieser Schlüsselbegriff umfasst sowohl Fragen der Bedarfsfeststellung und des Wohnungsbaus, Wünsche nach alternativen Wohnformen und die Art der zur Verfügung Stellung, die Planung und Steuerung des Bedarfs, die Wohnberatung und berührt auch das Thema Altersarmut.
Gesellschaftsentwicklung	Unter diesem Begriff werden alle Äußerungen subsumiert, die sich mit Anforderungen und Aspekten von gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen wie Fragen der Erziehung und Bildung, dem bestehenden Altersbild und dem wertschätzenden Verhalten in allen Bereichen der Gesellschaft.

Teil III Die Werkstattgespräche

1. Werkstattgespräch am 9. April 2014 in Stuttgart

Impressionen



1.1 Vorgeschlagene Themen

Im Werkstattgespräch in Stuttgart wurden für die Arbeit in den Arbeitsgruppen am Vormittag die Schwerpunkte „Teilhabe an der Gesellschaft, Generationen übergreifende Verantwortung“, die „Finanzielle Absicherung im Alter“ und die „Unterstützung und Beratung, insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege“ zur Bearbeitung vorgeschlagen.

Die Arbeitsgruppe zum Thema „Teilhabe an der Gesellschaft, Generationen übergreifende Verantwortung“ wählte folgende Unterthemen zur weiteren Bearbeitung aus:

1. Politische Rahmenbedingungen zur Befähigung der Älteren schaffen (6 Punkte).
2. Niederschwelligkeit und Barrierefreiheit steigern (7 Punkte).
3. Interessenvertretung älterer Menschen in Politik und Gesellschaft (5 Punkte).
4. Verstärkung von geschlechtsspezifischer Forschung im Alter (3 Punkte).
5. Wechselseitige Unterstützung von Generationen (7 Punkte).
6. Lebenslanges Lernen (4 Punkte).
7. Nutzung von Internet durch Seniorinnen und Senioren (2 Punkte).
8. Spiritualität und religiöse, weltanschauliche Teilhabe (2 Punkte).
9. Soziale Armut und Vereinsamung im Alter (0 Punkte).
10. Nutzung von Weiterbildungsangeboten durch Seniorinnen und Senioren (2 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 2 und 5 in der Arbeitsgruppe vertieft.

Aus dem Schwerpunkt „Finanzielle Absicherung im Alter“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Erwerbstätigkeit neben der Rente (2 Punkte).
2. Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere (7 Punkte).
3. Gestaltung des Wechsels aus der Berufstätigkeit in die Nacherwerbstätigkeit (7 Punkte).
4. Wie begegnen wir der Altersarmut? (8 Punkte).
5. Unternehmertum im Alter fördern und fordern (1 Punkt).
6. Finanzielle Absicherung älterer Menschen (4 Punkte).
7. Berücksichtigung der Stärken und Schwächen älterer Menschen bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen (4 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 4, 2 und 3 in der Arbeitsgruppe vertieft.

Aus dem Schwerpunkt „Unterstützung und Beratung älterer Menschen, insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Menschenwürdige bedarfs- und wunschgemäße Pflege (7 Punkte).
2. Regelungen für den Betreuungsfall (1 Punkt).
3. Nachbarschaftliche Unterstützung älterer Menschen (6 Punkte).
4. Unterstützung bei der persönlichen Neuorientierung im Alter (0 Punkte).
5. Gestaltung von kommunalen Verantwortungnetzwerken - Quartiere in der Community (5 Punkte).
6. Würdevolle Sterbebegleitung (0 Punkte).
7. Bedarfsgerechter Verbraucherschutz älterer Menschen (1 Punkt).
8. Unterstützung von Familien bei der Betreuung und Pflege älterer Menschen (5 Punkte).
9. Bedarfsgerechte Beratung sucht- und psychisch kranker älterer Menschen (1 Punkt).
10. Begleitung, Beratung bei der Selbsthilfe im Alltag (1 Punkt).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 1 und 3 in der Arbeitsgruppe vertieft.

1.1.1 Thema: Niederschwelligkeit und Barrierefreiheit steigern

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Internet und andere Kommunikationsmöglichkeiten werden verstärkt genutzt.
- Technische Erleichterungen sind vorhanden.
- Ein physischer – autonomer Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen, einschließlich der Einbeziehung des ÖPNV, ist gegeben.
- Gemeinsame Nutzerinteressen bestehen.
- Niederschwellige Treff- und Kommunikationspunkte und entsprechende Unterstützungsangebote sind vorhanden.
- Alle Neubauwohnungen sind barrierefrei (Änderung der Landesbauordnung).
- Neue Technik, einschließlich der Hilfsmittel, ist altersgerecht.
- Barrierefreiheit ist überall kein Thema mehr.
- Geld, Milieu, Geschlecht und das Alter halten nicht mehr von der Teilhabe an der Öffentlichkeit sowie an Kultur und Politik ab.
- Ältere werdende Migranten nehmen an Erwachsenenbildungsangeboten, an Kulturveranstaltungen oder auch an Gemeinderatssitzungen teil (es gibt einen besseren ÖPNV etc.).
- Die Barrierefreiheit ist in den Köpfen angekommen.
- Barrierefreies Bauen oder Umbauen ist Standard bei Förderprogrammen.
- Das Thema begegnet einem auf dem Lebensweg.
- Inklusion und Teilhabe werden verstärkt thematisiert.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Gesetze wurden geändert.
- Barrierefreie Mobilität wird nicht nur für einzelne Verkehrsmittel, sondern für Mobilitätsketten ermöglicht.
- Barrierefreiheit ist Selbstverständnis im Bewusstsein (inklusive der Haltung).
- Die Technik wurde anwenderfreundlich gemacht.
- Straßenraum und Gebäude wurden verändert.
- Neubau wurde entsprechend gefördert (ebenso die Trennung von Altem).
- Barrierefreie und pragmatische Lösungen wurden gefunden.
- Die Beteiligung von Betroffenen wurde zur Regel.
- Kostenhürden wurden gesenkt.
- Angsträume und Stolperfallen wurden beseitigt.
- Bahnhöfe wurden barrierefrei gestaltet.
- Differenzierte Konzepte wurden entwickelt (körperlich und kognitiv).
- Forschung und Lehre im Bereich der Barrierefreiheit haben zugenommen.
- Barrierefreiheit wurde von der Sondereinrichtung zur Regeleinrichtung.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Bund und Land haben zur Entwicklung und Umsetzung gesetzliche Vorgaben geschaffen (Landesbauordnung).
- Bund und Land haben Lehre und Forschung entsprechend beauftragt.
- Bund und Land haben entsprechende Förderprogramme aufgelegt (Aber: nicht nur als Verweis auf KfW-Anteil¹).
- Stadt und Gemeinden bei der Umsetzung und Organisation von Beteiligungsgruppen.
- Unternehmen bezüglich der Verkehrsbetriebe.
- Die Seniorinnen und Senioren mit selbstorganisierten Schulungen.
- Andere Berufsgruppen, indem sie angepasste Technologien entwickeln sowie Wohnungsberater und Handwerker.
- Alle, indem sie Verantwortung zum lebenslangen Lernen übernommen haben.

Welche Risiken sehen Sie?

- Die Schnittstellen zwischen verschiedenen Systemen sind nicht abgestimmt.
- Der Kostenfaktor.
- Die Nutzung kann zur Stigmatisierung führen.
- Die Herausforderung wird heruntergespielt.
- Die Gefahr der Überregulierung.
- EU-Standards.

1.1.2 Thema: Wechselseitige Unterstützung von Generationen

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Quartiershäuser sind überall präsent.
- Es haben sich Genossenschaften für das 3. und 4. Alter gebildet, und der Bau weiterer Pflegeheime wurde gestoppt.
- Entsprechende Projekte besitzen eine hohe Medienpräsenz.
- In allen Gremien ist eine Altersdurchmischung erkennbar (Parlamente, kulturelle Produktionen in Wohngebieten).
- Ein aktiver Dialog der Frauengenerationen mit Ideentransfer findet statt.
- Eine Unterstützung in jeglicher Wohnform funktioniert.
- Mehrgenerationenprojekte (Wohnen und Begegnen) haben zugenommen.
- Nachbarschaftliche Netzwerke im Quartier zwischen Jung und Alt sind entstanden.
- Mitsorgende und unterstützende „Beziehungen“ werden als Rentenansprüche anerkannt.

¹ Anmerkung: KfW = Kreditanstalt für Wiederaufbau

- Die Akteure im Quartier sind vernetzt.
- Die Nachbarschaft ist wiederentdeckt.
- Servicestrukturen und Dienstleistungen sind ausgebaut.
- Im Quartier sind Orte des Vertrauens und für den Austausch von Kompetenz und Bedürfnissen entstanden.
- In den Medien werden Beziehungs- und Begegnungsgeschichten erzählt.
- Generationen übergreifende gemeinsame Veranstaltungen finden statt.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Zahlreiche Pilotprojekte wurden durchgeführt und ausgewertet.
- Mit Hilfe eines Quartiersmanagements wurden die Quartiere entwickelt.
- Die steigenden Pflegekosten haben zum Handeln gezwungen.
- Die Betroffenen wurden mobilisiert.
- Die Vielfalt des Alters wurde sichtbar gemacht.
- Die Toleranz konnte gesteigert und das Kennenlernen gefördert werden.
- Ältere zogen vom Land in die Stadt.
- Die Nahversorgung hat sich verbessert.
- Beteiligungsnetzwerke wurden institutionalisiert.
- Im Sozialraum wurden Runde Tische eingerichtet.
- Beim Wohnungsbau wird Generationen übergreifend gedacht und geplant.
- Altersbilder haben sich verändert (in den Medien).
- Der Hausmeister ist auch ein Kümmerer zur Pflege von Hausgemeinschaften.
- Ein Empowerment der Betroffenen hat stattgefunden.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Alle und jeder Einzelne haben zum Gelingen beigetragen (Einbeziehung über Bildung und Erziehung).
- Ein Bündnis aus Politik und Medien entstand (Bewusstsein schaffen durch Transport von Informationen und Fragen, gute Ideen transferieren, Wege aufzeigen und stärken, Klima verändernde Wertschätzung).
- Föderale Runde Tische wurden eingerichtet.
- „Bündler“² haben sich als neue Rolle manifestiert.

Welche Risiken sehen Sie?

- Die Finanzierbarkeit.
- Die Instrumentalisierung der jüngeren Generation.

² Anmerkung: Bündler = Menschen, die sich für einen seriösen Interessenausgleich einsetzen.

- Der fragliche Vorteil für Jüngere.
- Der Kampf um die Ressourcen.
- Das mangelnde Interesse der Saturierten.
- Die Überverrechtlichung.

1.1.3 Thema: Wie begegnen wir der Altersarmut?

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Bezahlbarer Wohnraum steht zur Verfügung.
- Zugang zu Information ist möglich (Internet).
- Die Wohnnebenkosten werden begrenzt.
- Die Bezieher höherer Einkommen erhalten keine „höhere“ staatliche Unterstützung.
- Die Zielgruppe 50+ wird besser informiert (Prävention, wie gegengesteuert werden kann).
- Erfolg durch Beratung tritt ein.
- Es werden mehr Sozialwohnungen gebaut.
- Standards für Mindestanforderungen an altengerechte Wohnungen sind definiert.
- Bäder (Heilbäder) können kostenlos benutzt werden.
- Die Energiekosten sind gesenkt.
- Die Kostenmiete ist Konsens³.
- Das Scheidungsrecht ist korrigiert worden.
- Die Finanzierung von Pflege und Gesundheit wurde verbessert.
- Jede Person erhält die passende Brille, Prothesen und Medikamente.
- Die Gesundheitsversorgung im Alter wird günstiger.
- Rentenkürzungen wurden zurückgenommen.
- Es wurde eine Bürgerversicherung eingeführt.
- Die Rentenversicherung gilt für jeden.
- Es existiert eine Mindestabsicherung über Minimalstandards.
- Es hat eine positive Rentenentwicklung stattgefunden.
- Es sind weniger Rentenempfänger von Harz IV abhängig.
- Eine Mindestrente ist eingeführt.
- Es werden gerechte und faire Löhne gezahlt.
- Frauen wurden im Entgelt angeglichen.
- Erfahrungen werden genutzt.

³ Anmerkung: Mit Kostenmiete wird ein Mietzins bezeichnet, der zur vollständigen Deckung der laufenden Aufwendungen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Finanzierungskosten erforderlich ist. Daher mindern Subventionen die Miete. Das ist im sozialen Wohnungsbau erheblich, weil diese Vorteile an den Mieter ungeschmälert weitergegeben werden sollen.

- Das Rentensystem wurde verbessert.
- Die (bestehende) Altersvorsorge wurde aufgelöst.
- Es bestehen belastbare Sicherungssysteme (stabile Rente).
- Soziale Teilhabe ist jeder Frau und jedem Mann möglich.
- Es existieren soziale Netzwerkstrukturen.
- Eine Gleichbehandlung der Geschlechter bei Einkommen ist erreicht.
- Günstige Tarife im ÖPNV wurden eingeführt.
- Die steuerliche Behandlung der Renten und anderer Einkünfte wurde verändert.
- Das ehrenamtliche Engagement wurde steuerbegünstigt.
- Nebenbeschäftigungsangebote für ältere Menschen sind gegeben.
- Die Hinzuverdienstgrenze ist gestaffelt und deutlich angehoben worden.
- Menschen mit Migrationshintergrund verfügen über eine gute Ausbildung.
- Lebens- und Altersbiographien werden wertgeschätzt.
- Die sozialen Dienste wurden gestärkt.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Der Gedanke der Solidargemeinschaft wurde wiederbelebt.
- In Bund und Land erfolgten Rechtsänderungen.
- Über Nutzen wurde informiert und aufgeklärt.
- Solidarisierung durch Transparenz (Beratungsstrukturen sind entstanden mit entsprechender Qualität, neutral, ganzheitlich, solide, menschlich).
- Die Wahrnehmung in den Medien hat sich verbessert (Leistungen Älterer, Generationenvertrag).
- Das Gesundheitssystem wurde verbessert.
- Ein neuer Generationendialog kam zustande.
- Netzwerke, Strukturen für Austausch und Partizipation (Beteiligung) sind entstanden.
- Die Eigenverantwortung wurde gestärkt.
- Bürokratie wurde abgebaut.
- Ressourcen konnten ausgeschöpft werden.
- Bürgerbeteiligung wurde gestärkt.
- Lebenslanges Lernen wurde ermöglicht.

Wer hat was dazu beigetragen?

Um die zuvor beschriebenen Erfolge zu erreichen, haben Wirtschaft, Verbände, Regionen, Kommunen, Bund, Land, Medien, Seniorinnen und Senioren, Bürgerinnen und Bürger, Einwohner usw. interdisziplinär und ressortübergreifend zusammengewirkt und dabei die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse auch anerkannt.

Welche Risiken sehen Sie?

Zentrales Risiko ist das Gelingen eines Interessenausgleichs. Dazu ist es erforderlich, Prioritäten bei der Finanzierung der Renten und Sozialbeiträge zu setzen, Verständnis zu wecken und auch Frauen und Männer sowie Migranten in den Ausgleich einzubinden.

1.1.4 Thema: Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Die Versorgungslage im Wohnumfeld hat sich verbessert.
- Im Quartier findet Einzelhandel statt.
- Im Quartier ist geeigneter Wohnraum vorhanden.
- Quartiersbezogene Begegnungsstätten wurden geschaffen.
- Haus- und Nachbarschaftsgemeinschaften wurden gestärkt.
- Begegnungsstätten draußen und drinnen wurden geschaffen.
- Wohnraum wurde gefördert.
- Es wurde anpassbarer Wohnraum geschaffen.
- Der Wohnungstausch (alt + jung) findet erleichtert statt.
- Konzepte für bezahlbaren Wohnraum wurden entwickelt.
- Ein Verbleiben zuhause kann ermöglicht werden.
- Wohnberatung findet statt.
- Es haben sich innovative Wohnformen entwickelt (Senioren-Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser, wohnbegleitende Dienstleistungen).
- Es wird ein begleitetes Generationenwohnen praktiziert.
- Es werden gemeinschaftsorientierte inklusive Wohnformen gefördert.
- Wohngemeinschaften werden gefördert.
- Es wurden Architekten zur Gestaltung einbezogen.
- An der Gestaltung wurden die Seniorinnen und Senioren beteiligt.
- Wohnungsanpassungen wurden projektgefördert.
- „Barrierefrei“ wurde gefördert.
- Es wurde barrierefrei gebaut.
- Es erfolgte eine barrierefreie und bezahlbare Modernisierung.
- Staatliche Zuschüsse wurden erhöht.
- Die Landesbauordnung wurde geändert.
- Sozialwohnungen mit kleineren barrierearmen Wohnungen sind entstanden.
- Es wurde eine kommunale Auflage eingeführt, einen bestimmten Prozentsatz an Sozialwohnungen auszuweisen.
- Sozialwohnungen wurden stärker gefördert.

- Der Prozentsatz an Sozialwohnungen wurde erhöht.
- Die Mietpreisbremse wurde durchgesetzt.
- Bezahlbare Mieten sind möglich.
- Die Infrastruktur im ländlichen Raum ist gesichert.
- Mobilitätsunterstützende Maßnahmen erfolgten.
- Konzepte gegen Obdachlosigkeit wurden entwickelt.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Der Wohnungsverkauf an Institutionsanleger wurde unterbunden.
- Anreize und Anschubfinanzierung für AAL⁴ wurden geschaffen.
- Es erfolgte eine bevorzugte Grundstücksvergabe.
- Wohnen und soziale Konzepte bilden eine Einheit.
- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen wurden überarbeitet.
- Prävention wurde betrieben.
- Die Partizipation bei Entscheidungen (Wohnkonzepte) wurde verbessert.
- Langfristige und nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte für Kommunen wurden entwickelt („INSEK“ = integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept).
- Es wurde informiert, aufgeklärt, überzeugt und Anreize geschaffen.
- Es wurde neutral beraten nach bestimmen Qualitätsstandards (auch bezüglich des Bestandes).
- Es erfolgt ein transparenter Austausch zwischen der Wohnungswirtschaft und den Kommunen.
- Vernetzungen, Kooperation und Beteiligung sind entstanden.
- Kommunen/Wohnungsbranche unterstützten bei gemeinwesenorientierten Wohnkonzepten.

Wer hat was dazu beigetragen?

Verbände, freie Träger, Genossenschaften, kommunale Träger, Landratsämter, Bund, Land, Wohlfahrtswirtschaft, privater Wohnungsbau, Innungen, Industrie- und Handelskammern, Wohnungswirtschaft arbeiten interdisziplinär und übergreifend zusammen.

Welche Risiken sehen Sie?

Hierzu gab es keine Anmerkungen.

⁴ Anmerkung.: AAL= Ambient Assisted Living – technische Unterstützung im Wohnumfeld

1.1.5 Thema: Gestaltung des Wechsels aus der Berufstätigkeit in die Nacherwerbstätigkeit

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Statt der Nacherwerbsarbeit wird eine soziale Sicherung ermöglicht.
- Es gibt eine Regelung für ein Berufsausgleiten (rechtzeitig geplant).
- Der Berufsausstieg wird vorbereitet.
- Altersteilzeit wird genutzt.
- Nachbarschaftshilfe ist finanziell attraktiv gemacht worden.
- Ehrenämter sind steuerbegünstigt.
- Es wird frühzeitig informiert und aufgeklärt.
- Der Wechsel wird bereits vor der Rente gestaltet.
- Ein sofortiges Ende unterbleibt.
- Informiert wird über 50+.
- Es erfolgt eine angemessene Rentenanrechnung.
- Die ehrenamtliche Tätigkeit wurde attraktiver gemacht.
- Beratungskonzepte wurden entwickelt.
- Informationen zu Arbeitsmöglichkeiten und bürgerschaftlichem Engagement sind vorhanden.
- Betroffene wissen, wann etwas geht (Information, Aufklärung).
- Ideen werden untereinander ausgetauscht.
- Arbeitsgebiet und Arbeitszeit sind angepasst.
- Steuerliche Vorteile sind vorhanden.
- Arbeitgeber unterstützen den Übergang.
- Es werden Perspektiven für die Zeit danach angeboten.
- Die ehrenamtliche Tätigkeit wurde gestärkt.
- Die Ehrenämter sind finanziell ausgestattet.
- Ein regelmäßiges Monitoring findet statt (bezüglich der beruflichen Kompetenzen).
- Seniorengerechte Angebote sind Standard geworden.
- Die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer werden berücksichtigt.
- Teilzeitmodelle werden im ganzen Lebenslauf angeboten.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Die Arbeitgeber haben das Potenzial der Älteren erkannt und umgesetzt.
- Die Flexibilität von Arbeitnehmern wurde durch die Einführung der Lebensarbeitszeit erhöht.
- Gesetze wurden geändert.
- Beitragsfreisetzung vom Ehrenamt
- Freibeträge für das Ehrenamt wurden eingeführt.
- Beratungsstrukturen wurden gefördert.
- Altersgerechte Arbeitsbedingungen wurden geschaffen.

Wer hat was dazu beigetragen?

Arbeitgeber und Arbeitnehmer und beteiligte Akteure haben interdisziplinär und übergreifend zusammengewirkt.

Welche Risiken sehen Sie?

Hierzu wurden keine Anmerkungen abgegeben.

Stattdessen wurden noch folgende grundsätzliche Anmerkungen zum Thema festgehalten:

Arbeit soll jenseits starrer Grenzen möglich sein; sie soll nicht Voraussetzung zur Sicherung des Lebensstandards sein. Die Potenziale Älterer müssen genutzt werden.

1.1.6 Thema: Menschenwürdige, bedarfs- und wunschgemäße Pflege

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Es ist gelungen, Zivildienstleistende durch Ehrenamtliche zu ersetzen.
- Die große Bandbreite an Pflege- und Lebensphasen wurde anerkannt.
- Es gibt viele bürgerschaftlich Engagierte, die die Pflege mittragen.
- Es gibt weniger Bürokratie im Pflegebereich.
- Es gibt Fachkräfte mit palliativer Zusatzqualifikation in Heimen und bei der ambulanten Betreuung,
- Menschen mit Demenz leben „unter uns“ und nicht in Einrichtungen.
- Die Legislative hat Gesetze erlassen, die die Grundrechte optimal schützen.
- Es werden selbstbestimmte Pflegearrangements mit vielen Wahlmöglichkeiten angeboten.
- Die Wertschätzung Pflegenden und sozialer Berufe wird z.B. durch eine angemessene Entlohnung ausgedrückt.
- Das Ansehen pflegender Berufe ist hoch.
- Kultursensible Pflege ist umgesetzt.
- Die Bedürfnisse älterer Migranten finden Berücksichtigung.
- Die Parameter für Leistungsbeschreibungen sind weniger am momentanen Gegenwert, sondern mehr an Zeit- und Qualitätskriterien ausgerichtet.
- Die freie Wählbarkeit der Pflegeform (Zuhause, Wohngemeinschaft, stationäre Einrichtung) ist gewährleistet.
- Es existiert kein Personalnotstand.
- Die Rahmenbedingungen für Pflegekräfte sind besser geworden.
- Die soziale Teilhabe im Quartier ist auch bei Pflegebedürftigkeit gewährleistet.
- Die persönlichen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen stehen im Mittelpunkt.

- Junge Menschen drängen in die Pflegeberufe und sind darauf stolz.
- Pflegende Angehörige werden vielfach unterstützt.
- Eine gute Pflege ist finanzierbar.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Langlebigkeit verpflichtet ALLE
- Wahl- und Großfamilien sind entstanden.
- Das Thema Pflege wurde in die Ausbildung eingebunden.
- Pflege wurde aus der Privatsphäre herausgeholt (Image).
- Intelligente Technik wurde genutzt.
- Die Sicherheitszone wurde verlassen (Risiken zulassen).
- Barrierefreier Wohnraum wurde finanziell gefördert.
- Generationen übergreifende Wohnprojekte wurden gefördert und entsprechender Wohnraum ist entstanden.
- Die Wertschätzung und die finanzielle Ausstattung von Pflegeberufen wurden verbessert.
- Es wurde die Wahrheit gesagt, was der demografische Wandel bedeutet (Sensibilität hoch).
- Flexible Arbeitsstrukturen wurden geschaffen.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Arbeitgeber befördern aktiv die Bereitstellung von Pflegezeiten.
- Kommunen im ländlichen Raum haben Verantwortung übernommen.
- Der Forschungs-Praxis-Transfer wurde verbessert.
- Die Landesregierung fördert den barrierefreien Umbau.
- Das Ehrenamt braucht auch ein Hauptamt.
- Die Vielfalt kreativer Pflegeberufe hat zugenommen (adressiert an die Verbände).
- Die Leistungen der Pflegekassen sind kostendeckend.
- Die Kommune betreibt Quartiersarbeit.
- Das Ehrenamt findet Anerkennung.
- Senioren- und Seniorinnenräte (bürgerschaftlich engagiert) gibt es überall als Vorbilder.

Welche Risiken sehen Sie?

- Die Vorschläge können ggf. sehr teuer werden.
- Die Technisierung der Pflege (Roboter statt Menschen).
- Die Angst vor der Verantwortung.
- Haftungsfragen.
- Eine andere Prioritätensetzung.

1.1.7 Thema: Nachbarschaftliche Unterstützung älterer Menschen

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Ein Sorgentelefon steht zur Verfügung.
- Es findet eine aufsuchende soziale Arbeit statt.
- Nachbarn achten aufeinander (Generationen übergreifend).
- Schwäche ist nicht mehr schambesetzt, die Leistungsgesellschaft sanktioniert Schwäche nicht mehr.
- Es ist eine Nachbarschaft ohne Hauptamtliche entstanden.
- Hilfe beruht auf Gegenseitigkeit.
- Man weiß, wo man sich bei Hilfsbedarf hinwenden kann und tut das auch.
- Sehr viele Ältere leben in ihrer Häuslichkeit.
- Sehr viele Menschen wünschen, ihre Nachbarn zu unterstützen.
- Alte haben gelernt, Hilfe anzunehmen.
- Man kennt sich, wenn man das möchte.
- Es gibt in jedem Ort einen Pflegestützpunkt.
- „Netze“ wurden gebildet und unterstützen.
- Man kann so lange wie möglich in der eigenen Wohnung bleiben.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Konkrete Vereinbarungen wurden getroffen.
- Treffpunkte im öffentlichen Raum wurden geschaffen (Raumangebot, Bäcker, Nahversorgung, etc.).
- Die Menschen haben sich für mehr Nachbarschaft geöffnet.
- Treffpunkte haben sich als nützlich erwiesen.
- Professionelle Dienste bewegen sich im Stadtteil.
- Selbstorganisierte und institutionell organisierte Begegnungen wirken zusammen.
- Die nachbarschaftliche Unterstützung erfolgt quartiersübergreifend.
- Eingeborene „lernen“ von Migranten.
- Treffpunkte und Beteiligungen in der Nachbarschaft wurden geschaffen.
- Das Internet hat neue Chancen angeboten.
- Urban Gardening (Rückkehr der Gärten in die Stadt) hat zu neuen verbindenden Aktivitäten geführt.
- Kommunen haben ein Quartiersmanagement organisiert.

Wer hat was dazu beigetragen?

Der Staat mit dem Wohnungsbau, die Angehörigen und die selbstorganisierten Verbände, Stiftungen, die Kommunen mit ihren kommunalen Fachdiensten, Kirchen, die Nachbarschaft selbst, die Wohlfahrtsverbände, soziale Netzwerke wirken hauptamtlich koordiniert mit Bürgerengagement zusammen.

Welche Risiken sehen Sie?

- Das Eingehen menschlicher Beziehungen.
- Die privatwirtschaftliche Finanzierung von Angeboten, die auch Abhängigkeit und Beeinflussung bedeuten kann.
- Die Herbeiführung eines Zwangskollektivs.
- Dass Alleinlebende mehr werden, gerade auch männliche Alleinlebende.
- Dass die Nachbarschaftshilfe nicht ehrenamtlich bleibt.
- Das Aufkeimen einer „Projektitis“.

1.1.8 Weitere Themen und Anregungen

In einem Themenspeicher konnten weitere Thesen, Fragen, Ideen und Anregungen, die im Laufe des Vormittags entstanden sind, gesammelt werden, auch wenn sie im Werkstattgespräch nicht weiter bearbeitet werden konnten.

- Es sollen aufsuchende Ansätze für präventive Hausbesuche eingeführt werden.
- Die Ressourcenorientierung älterer Menschen muss entdeckt werden.
- Es sollte Seniorenbeauftragte geben, an die man sich wenden kann.
- Die Verbraucherinformation beispielsweise zu Nahrungsergänzungsmitteln soll verbessert werden.
- Der Austausch zwischen den Generationen soll gefördert werden.
- Problemfeld: Menschen ohne Angehörige (bspw. Demenz).
- Die Versorgung soll vor Ort stattfinden.
- Singles sollen eine Vorsorgevollmacht ausstellen.
- Barrierefreiheit findet im Raum, im Kopf und im Herzen statt (Haltung).
- Die Menschen müssen offen sein für neue Ideen und Ansätze.
- Defizitäre Sicht auf das Alter.
- Förderung von niederschweligen gesundheitsfördernden Maßnahmen vor allem älterer Menschen.
- Die Zielgruppe älterer Migranten ist in den Fokus zu nehmen.
- Anreize für die Engagementförderung von Seniorinnen und Senioren sind zu schaffen.
- Problemfeld: Versorgung suchtkranker älterer Menschen.
- In staatlichen Einrichtungen soll es einen Senioren- und Seniorinnenrabatt geben.
- Bewegung ist zu fördern.
- Das Internet ist auszubauen (für Internet muss immer mehr bezahlt werden).
- Die ärztliche Versorgung vor Ort muss erhalten bleiben.
- Die Kommunen werden demenzfreundlich.
- In der Leistungsgesellschaft herrscht ein defizitäres Selbstbild von alten Menschen vor (kostenverursachend).
- Vorhaben sind zeitlich begrenzt.

- Koordination von Politik, privaten Initiativen, Kirchen, Liga etc.
- Mobilität zu Fuß, mit Rad, mit Auto.
- Die Versorgungsstrukturen für Menschen mit Demenz sind auszubauen. Dabei ist Kreativität gefragt.
- Beim Übergang in den Ruhestand sind Teilhabemöglichkeiten aufzuzeigen.
- Das Altersbild 50+ ist kritisch zu hinterfragen: Habe noch 17 Jahre Erwerbsleben vor mir. Nicht Ausstieg ist die Frage, sondern wie drin bleiben.
- Wie kann Wertschätzung vermittelt werden?
- Bewegung fördern durch Parcours.
- Die elektronische Dokumentation in Pflegeeinrichtungen ist zu fördern.
- Der Transfer vom Wissen zum Handeln ist zu verbessern.
- Glücks-Schulen für die Altenhilfe (Innehalten) für Pflege, Hauswirtschaft, Angehörige, Planerinnen und Planer sollten eingerichtet werden.
- Studiengänge sind um Pflichtvorlesungen zur „Demografie“ zu ergänzen.
- Bildung ist die Grundlage für ein gelingendes Altern.
- Die politische Partizipation älterer Frauen ist zu stärken (Wahlbeteiligung, Kandidatur).
- Es sollte eine Netzleitstelle für Ideen im Land geben.
- Es muss auch ein Recht auf Muße und Müßiggang auch vor dem Ende der Erwerbsphase geben als Teil des selbstbestimmten Alterns.
- Die Pflegeausbildung ist um mehr pädagogische Ausbildung zu ergänzen.
- Externe Heimbeiräte sollten zur Pflicht gemacht und geschult werden.
- Es sollten Studiengänge für Geriatrie und Gerontologie geschaffen werden.
- Es sollte eine Verbindung zwischen Alter und Technik hergestellt werden.
- Pflegestützpunkte sollten von nutzlosen Regularien befreit werden (Qualitätsdebatte).
- Ältere Menschen sind zur Vorsorge zu sensibilisieren (Patientenverfügung, Generalvollmacht).
- Es sollte ein lustvoller Projekte-Transfer stattfinden.
- Wie könnten Auszubildende und Studenten in Wohnungen mit Seniorinnen und Senioren einziehen, diesen helfen und dafür evtl. freies Wohnen haben?
- „Lehre uns bedenken, dass wir alt werden, auf dass wir klug werden“.

1.2 Themen der Teilnehmenden

Im offenen Teil des Werkstattgesprächs konnten die teilnehmenden Personen Themen ihrer Wahl vertiefen. Diese wurden gesammelt und gewichtet. Einige Themen konnten gebündelt werden. Folgende Themen wurden bearbeitet:

1.2.1 Thema: Demenz als Hausforderung und der pastoralen Betreuung Raum geben

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Die Bedeutung nimmt zu; es gibt jedoch wenige Behandlungsmöglichkeiten.
- Alleinstehende ältere Frauen vereinsamen, Männer sind suizidgefährdet.
- Klären, was man in der Familie abdecken kann.
- Klären, wann jemand ins Heim verlegt werden muss.
- Pastorale (seelsorgerische) Angebote als „normale“ Angebote betrachten (Fürsorge, frühzeitige Hilfestellung).

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Selbsthilfe und Demenz klären.
- Teilhabe ermöglichen trotz Demenz.
- Demenzfreundliche Kommune initiieren.
- Geschützte Räume schaffen (Beziehungscafé, Trauercafé).
- Information und Aufklärung geben.
- Unterstützung nach der Diagnose gewähren.
- Andere Fürsorgestellung ermöglichen.
- Ehrenamtliche schulen.
- Individuelle Unterstützung ermöglichen.
- Bildung von Netzwerken fördern.

1.2.2 Thema: Gesundheitsprävention und geriatrische Rehabilitation

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Prävention beugt Krankheiten vor und entlastet Staat.
- Lebensqualität erhalten.
- Hinauszögerung von Pflegebedürftigkeit.
- Erhalt der „Bürgerarbeit“.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Treffpunkte schaffen.
- Populärmedizinische Kampagnen durchführen.
- Informationen niederschwellig anlegen.
- Gesundheitstage veranstalten.
- Erweiterung des Arbeitsbegriffs.

1.2.3 Thema: Förderung von Eigeninitiativen

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Funktioniert im ländlichen Bereich besser.
- Ressourcen bündeln.
- Vorruhestand, Auffangstufe für Ruhestand schaffen.
- Neue Akteure spielen mit (bspw. russ. Migranten).
- Künftig brauchen Seniorinnen und Senioren keine Verbände mehr, machen es selbstorganisiert.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Rahmenbedingungen für das Ehrenamt verbessern (Verbesserung der Landesengagementstrategie).
- Integrationsbeiräte nutzen.
- Engagement in Qualifikationspass aufnehmen.
- Netzwerke auf Metaebene fördern.
- Monetarisierung des Ehrenamts einführen.
- Finanzierung sichern.
- Verpflichtenden Bundesfreiwilligendienst einführen.
- Betriebliche Freistellungen herbeiführen (über Tarifvertrag).
- Schule / Praxis; Engagement Schüler / Lehrer verbessern.

1.2.4 Thema: Gesund älter werden

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Kostensenkung.
- Erhöhte Lebensqualität.
- Prävention.
- Aktivitäten, sowohl geistig als auch körperlich.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Bewusstseinsbildung in der Stadtgesellschaft betreiben.
- Finanzielle Zugänge erhalten.

1.2.5 Thema: Weiterbildung im Bürgerengagement

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Erleben von Selbstwirksamkeit und Sinnhaftigkeit.
- Erfolgsfaktor.
- Ist ressourcenunterstützend.
- Passgenauer Einsatz – Kenntnis der Angebote.
- Förderung von Vorbildern.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Strukturen für Bürgerengagement schaffen.
- Schulung von Selbstreflexion fördern.
- Wissen über Demenz verbreiten.
- Interkulturelle Kompetenz schulen.
- Kommunikation mit alten Menschen fördern.
- Wertschätzung erhalten.
- Aktives Zuhören trainieren.
- Konflikte bewältigen.

1.2.6 Thema: Vernetzung, Beteiligung, Kommunikation

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Unterschiedliche Interessen und Gruppen sind zusammenzuführen.
- Es bedarf einer Institutionalisierung von Runden, um Rede- und Stimmrecht zu haben.
- Es müssen Formen der direkten Beteiligung geschaffen werden.
- Man braucht „Macht“, um in Gremien Rede- und Stimmrecht zu haben.
- Vor Ort ist ein Interessenausgleich herzustellen.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Die Gemeindeordnung ist anzupassen.
- In Kommunen sind Seniorenräte zu wählen.
- Landräte und Oberbürgermeister sind zu sensibilisieren.

1.2.7 Thema: Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Ist kaum zu schaffen für die, die es übernehmen.
- Familien sind zu stärken, dass sie es schaffen.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Vertragliche Arbeitszeitregelungen sind einzuführen.
- Offenheit der Arbeitgeber, Anreize zu schaffen.
- Unterstützungsstrukturen sind aufrechtzuerhalten.
- Care: Freistellungsregelungen, Absicherung durch Rentenregelung, Überarbeitung des Familienzeitgesetzes.

1.2.8 Thema: Volunteers, Engagement beim bisherigen Arbeitgeber

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Erhaltung des Knowhows.
- Unterstützung der Rollenfindung (Übergang von Arbeit in Rente) nach Angestelltenverhältnis.
- Soziales Plus für Firma.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Informationstransfer in Unternehmen und Wirtschaft.
- Kein Ersatz billiger Arbeitskräfte.
- Darstellung von Praxisbeispielen.

1.2.9 Thema: Mehrgenerationendialog

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Erweiterung des Generationsdialogs auf 40- bis 90-jährige.
- Wecken von Verständnis.
- Schutz vor Vereinsamung.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Potenziale nutzen.
- Sprachlosigkeit überwinden.
- Bund, Länder und EU müssen ihre Förderprojekte (Leuchttürme) verstetigen.
- Vorhandene Strukturen müssen genutzt und Bedarfe angepasst werden.
- Keine ESF-Mittel mit hohem Verwaltungsaufwand⁵.

1.2.10 Thema: Generationengerechtigkeit

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Alle sitzen in einem Boot, Win-Win.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Ressorts müssen zusammenarbeiten.
- Bildungsaufträge sind umzusetzen.
- Bewusstsein ist zu schaffen.
- Was können Ältere den Jüngeren anbieten?
- Wahrheiten sind zu kommunizieren.
- Multiplikatoren und positive Vorbilder sind herauszustellen.
- Kommunikation und Aufklärung ist zu betreiben.

⁵ Anmerkung: ESF-Mittel = Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, einem Förderprogramm der Europäischen Union

1.2.11 Thema: Vereinsamung begegnen

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Gesundheit und Ressourcen erhalten.
- Potenziale ausschöpfen.
- Eigeninitiative fördern.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Aufgaben finden, Sinn stiften.
- Aufsuchende Sozialarbeit betreiben.
- Neue Kommunikationsformen nutzen.
- Mietertreffs (Tante Emma-Laden, Vitalisierung des Quartiers).
- Begegnungen und Aktivitäten fördern.

1.2.12 Thema: Intergeneratives Arbeiten

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Verbesserung der Lebensqualität.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Ehrenamt braucht Hauptamt.
- Verstetigung von Moderation.
- Befähigung (Moderation lernen).
- Quartiersmanagement finanzieren.
- Eigenverantwortung fördern und fordern.
- Fähigkeiten erfassen und nutzen.
- Strukturen für Initiativen schaffen.
- Raum geben für jedes Lebensalter.

1.2.13 Thema: Wandel des Bilds vom Altern

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Zu allen Themen sind Analysen, Strategien, Maßnahmen etc. zu entwickeln.
- Zusammenführung von Kinder-, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe.
- Gender Mainstreaming ist zu beachten: Seniorenpolitik ist sonst gender-blind.

1.3 Auswertung

Das Werkstattgespräch in Stuttgart zeichnet sich durch eine thematisch vielfältige Diskussion aus. Die Auswertung wird daher nicht nur durch den vorgegebenen thematischen Rahmen bestimmt, sondern in gleicher Weise auch durch die intensiven Erörterungen im offenen Teil.

1.3.1 Wohnen und Teilhabe

Wohnen und Teilhabe sind aus Sicht der Teilnehmenden eng miteinander verknüpft. Soziale Kontakte, aber auch eine funktionierende Versorgung im Wohnumfeld sowie altersgerechte Wohnmöglichkeiten im vertrauten Umfeld werden als wichtig betrachtet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wünschen sich insbesondere ein Wohnumfeld, das soziale Kontakte fördert („Wohnen und soziale Konzepte bilden eine Einheit“; „begleitetes Generationenwohnen“). Dabei können Veranstaltungen („gemeinsame generationsübergreifende Veranstaltungen“), Initiativen wie z.B. „Urban Gardening“, aber auch institutionalisierte Beteiligungsnetzwerke und die Einrichtung Runder Tische unterstützend wirken.

Soziale Teilhabe ist jedem zu ermöglichen. Sie beugt Vereinsamung vor. Soziale Teilhabe im Quartier soll daher auch bei Pflegebedürftigkeit gegeben sein. Soziale Teilhabe erfordert soziale Nähe, Öffnung und Offenheit. Infolge eines „gegenseitigen Kennenlernens“ könne die „Toleranz zwischen den Generationen gesteigert“ werden. Ist diese Voraussetzung gegeben, kann man „lernen, Hilfen anzunehmen“ und „auf Nachbarn zuzugehen“, da infolge dieser Kenntnis „Schwäche nicht mehr schambesetzt ist“ („die Leistungsgesellschaft sanktioniert Schwäche“), so die Einschätzung vieler Diskutanten. Teilhabe erfordert ermöglichende Bedingungen. Daher ist es erforderlich, dass dort die Dienstleistungen und Servicestrukturen erhalten bleiben bzw. verbessert werden. Gerade Bäckereien oder „Tante-Emma-Läden“ haben sich auch als nützliche Treffpunkte im öffentlichen Raum erwiesen. Diese eher öffentlichen Räume könnten um geschützte Räume wie „Beziehungscafés oder Trauercafés“ ergänzt werden. Angeregt wurde auch, „ein Sorgentelefon“ einzurichten.

Um diese Bedingungen zu schaffen, bedarf es einer aktiven Quartiersarbeit „durch die Kommune“ und der „Entwicklung von Beratungskonzepten“, „dass eine aufsuchende soziale Arbeit stattfinden kann“. Es sollen auch Begegnungsstätten geschaffen werden. Erwartet wird, dass infolge solcher oder ähnlicher förderlicher Strukturen Orte der Vertrauensbildung und der Solidarisierung entstehen („es haben sich Genossenschaften für das 3. und 4. Alter gebildet und der Bau weiterer Pflegeheime wurde gestoppt“). Gefordert wurde auch bei der „Vergabe von Grundstücken“ gemeinschaftsfördernde Zwecke zu bevorzugen (als Form der indirekten Förderung gemeinschaftsorientierten und altersgerechten Bauens). In der Diskussion wurde auch befürchtet, dass „diese Vorschläge ggf. sehr teuer werden können“ und daher ihre Umsetzung trotz des Eigenanteils der Zivilgesellschaft mit einem Risiko verbunden ist.

Mehrere Äußerungen wiesen auf die Notwendigkeit hin, mehr altersgerechte Wohnungen zu schaffen („alle Neubauwohnungen sollen barrierefrei sein; dazu soll die Landesbauordnung geändert werden“; „es sollen

Mindestanforderungen an altengerechte Wohnungen definiert werden“). Bei der Bauplanung sollen auch die Sicherheitsbedürfnisse der älteren Menschen berücksichtigt werden.

1.3.2 Engagement und Beteiligung

Die Stichworte „Engagement“ und „Beteiligung“ ziehen sich als „roter Faden“ durch fast alle Themen des Stuttgarter Werkstattgesprächs. Ältere Menschen wollen bei der Gestaltung und Veränderung ihrer Umwelt beteiligt werden. Die „Beteiligung der Betroffenen“ soll in allen Verfahren der Verwaltung zur Regel gemacht werden. Bürgerbeteiligung wird als wesentliche Voraussetzung für eine gute Akzeptanz von Veränderungen betrachtet. Bürgerschaftliches Engagement und Selbstverantwortung sind der Diskussion zufolge wichtige Pfeiler für die Gewährleistung einer altersgerechten Pflege und sozialen Teilhabe. So soll das bürgerschaftliche Engagement insbesondere dadurch gestärkt werden, dass die Übernahme von Ehrenämtern steuerlich begünstigt wird, diese finanziell besser ausgestattet werden, das Ehrenamt professionell beraten wird („Ehrenamt braucht auch ein Hauptamt“). Dazu gehören auch gute Informationen über die Möglichkeiten, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Vereinzelt wurde auch der Wunsch geäußert, einen zeitlich begrenzten Dienst für das Gemeinwohl zur Pflicht zu machen („Bundesfreiwilligendienst verpflichtend einführen“).

Die Seniorinnen und Senioren wollen auch selbst in die Pflicht genommen werden („die Betroffenen werden selbst mobilisiert“). Sie wünschen sich dazu eine intensivere Befähigung („Empowerment der Betroffenen“). So ist es wichtig, dass sich die Älteren beispielsweise an der Entwicklung von Wohnkonzepten beteiligen und sich stärker in die politischen Beteiligungsprozesse einbringen („Seniorenräte“). Auch soll es überall „Seniorenbeauftragte und andere Strukturen geben, an die man sich wenden kann“, die Engagement und Initiativen fördern. Dieser Weg der Förderung, Sensibilisierung („auch selbst Vorsorge zu treffen“) und Aktivierung ist jedoch nicht frei von Risiken. Als zentrales Umsetzungshindernis wird hierbei das mangelnde Interesse gesehen. Daher sind sowohl „Information, Aufklärung und Überzeugung“ als auch entsprechende „Anreize“ notwendig.

1.3.3 Pflege und Versorgung

Nach Auffassung der Teilnehmenden dominieren insbesondere folgende vier Themen die Diskussion im Bereich der Pflege und Versorgung: Die Anforderungen an die Pflege, die Entlastung pflegender Familienangehöriger, die Verbesserung des Images der pflegenden Berufe und der Umgang mit demenzkranken Menschen.

Den Äußerungen zufolge sollen Pflege und Versorgung eine „individuelle Versorgung“ ermöglichen („die persönlichen Bedürfnisse des Pflegebedürftigen stehen im Mittelpunkt“), die „große Bandbreite an Pflege- und Lebensphasen“ abdecken, „selbstbestimmt zusammensetzbare Pflege-Arrangements“ enthalten und kultursensibel sein. Die Menschen wollen frei wählen können, ob sie zuhause, in einer Wohngemeinschaft oder in einer stationären Einrichtung gepflegt werden. Die Sicherung der Qualität in der Pflege wird als staatliche

Aufgabe betrachtet. Mehrere Beiträge gingen auch auf die Verbindung von Gesundheitsvorsorge und Pflege ein. Gesundheitsvorsorge kann zu einer Reduzierung des Pflegebedarfs führen.

Pflegende Familienangehörige werden als besonders belastet angesehen („es ist kaum zu schaffen für die, die es übernehmen“). Diese sollen daher vielfach unterstützt und die Familien gestärkt werden. Dabei sind auch die Arbeitgeber gefordert, indem sie pflegende Beschäftigte freistellen. Der Einsatz intelligenter Technik kann Familien bei der Pflege entlasten. In dem Zusammenhang wurde auf die „zwei Gesichter“ der Technik hingewiesen: Technik ist zwar objektiv hilfreich; sie wird aber dort, wo sie menschlichen Kontakt ersetzt, leicht abgelehnt und negativ empfunden. Mehreren Äußerungen kann der Wunsch entnommen werden, die Technik „intelligent“ zu nutzen („altersgerecht anzubieten“; „anwenderfreundlich zu nutzen“).

Probleme bei der Bedienung des Pflege- und Versorgungsbedarfs werden auch deshalb gesehen, weil das Image der Pflegeberufe als erheblich verbesserungsbedürftig eingeschätzt wird „Junge Menschen sollen in die Pflegeberufe drängen und darauf stolz sein“, so der Wunsch eines Teilnehmenden. Dazu müssen die „Wertschätzung und die finanzielle Ausstattung verbessert“ werden. Die Rahmenbedingungen für die Pflege müssen sich insgesamt gesehen verbessern. Es sollen „Studiengänge für Geriatrie und Gerontologie geschaffen“ werden. In den Heimen sollen Fachkräfte mit einer palliativen Zusatzausbildung zur Verfügung stehen.

Ein besonderes Anliegen der Teilnehmenden dieses Werkstattgesprächs war die Versorgung demenzkranker Menschen. Auch diesen soll die Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht werden („Menschen mit Demenz leben unter uns und nicht in Einrichtungen“). Beim Ausbau entsprechender Versorgungsstrukturen ist daher viel Kreativität gefragt. Weiter ist es wichtig, das „Wissen über Demenz zu verbreiten“. Auch sollten Kommunen bei ihrer strategischen Ausrichtung die zunehmende Zahl von Demenzerkrankungen berücksichtigen. So wurde in mehreren unabhängig voneinander verlaufenden Diskussionsrunden das Leitbild einer demenzfreundlichen Kommune angesprochen. Dabei wurde stets darauf hingewiesen, dass Menschen mit Demenz nicht ausgegrenzt werden dürfen.

1.3.4 Arbeit, finanzielle Absicherung im Alter und Wirtschaft

Im Themenfeld Arbeit und Wirtschaft spielten insbesondere Vorschläge zu besseren Arbeitsbedingungen, zur flexiblen Gestaltung des Übergangs in die Rente und zur finanziellen Absicherung im Alter eine wichtige Rolle.

Die Teilnehmenden wünschen sich eine stärkere Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse bereits im Erwerbsleben („es sollen altersgerechte Arbeitsbedingungen geschaffen werden“). Dazu sollen insbesondere die Arbeitsgebiete und Arbeitszeiten den veränderten gesellschaftlichen und demografischen Bedürfnissen angepasst werden können („es sollten Teilzeitmodelle im ganzen Lebenslauf angeboten werden“; „die Arbeitszeit soll vertraglich besser geregelt werden können“; „flexible Arbeitsstrukturen sollen geschaffen werden“). Vorge-

schlagen wurde die generelle Einführung der Lebensarbeitszeit, um flexibler auf die Wechselfälle des Lebens reagieren zu können (z.B. „Pflege der Angehörigen“).

Um die Fähigkeiten der älteren Arbeitnehmer sowohl während der Erwerbsphase als auch in der Nacherwerbsphase besser nutzen zu können, sollen diese in den Unternehmen und Betrieben besser erfasst und dort ein Kompetenzmanagement aufgebaut werden. So wurde in mehreren Äußerungen darauf hingewiesen, dass die Unternehmen das Potenzial älterer Menschen erkennen müssen, um es besser nutzen zu können („Knowhow erhalten“; „Erfahrungen nutzen“; „die Ressourcen älterer Menschen sollen entdeckt werden“). Außerdem sollen „faire und gerechte Löhne bezahlt werden“. Deutlich wurde aus unterschiedlichen Äußerungen, dass Arbeit in der Nacherwerbsphase für ältere Menschen nicht der Erzielung von Einkommen dient, sondern der Selbstverwirklichung und dem Erleben von Wertschätzung. Der Ausstieg aus dem Beruf muss nach Auffassung der Diskutanten rechtzeitig geplant werden („ein sofortiges Ende soll unterbleiben“; „der Berufsausstieg soll vorbereitet werden“; der „Wechsel ist bereits vor der Rente zu gestalten“). Dazu soll es „Regelungen für ein Berufsausgleiten“ geben. Die Arbeitgeber sollen dabei die künftigen Rentnerinnen und Rentner in ihrer Rollenfindung unterstützen.

Das Thema finanzielle Absicherung im Alter wurde unter mehreren Gesichtspunkten diskutiert. So wurden Verbesserungen für Bevölkerungsgruppen für notwendig gehalten, die von der Problematik überdurchschnittlich betroffen sind: „Gleichbehandlung der Geschlechter bei Einkommen“, „Frauen sollen im Entgelt angeglichen werden“, „Menschen mit Migrationshintergrund verfügen über eine gute Ausbildung“. Mögliche finanzielle Engpässe im Alter sollen zum einen durch Begrenzung der Ausgaben z.B. für Mieten („der Prozentsatz an Sozialwohnungen wurde erhöht“), Energiekosten oder Gesundheitskosten vermieden werden („die Energiekosten sind gesenkt“, „die Gesundheitsversorgung im Alter wird günstiger“). So werden günstige Tarife im öffentlichen Personennahverkehr und die kostengünstige Nutzung von staatlichen Einrichtungen („Seniorenrabatt“) gefordert. Zum anderen sollen Rentner die Möglichkeit haben, durch „Nebenbeschäftigungsangebote für ältere Menschen“ sowie die „Staffelung und deutliche Anhebung der Hinzuverdienstgrenze“ zur Rente hinzuverdienen. Zur Absicherung soll auch eine „stabile Rente“ beitragen, in die alle einbezogen werden („Einführung einer Rentenversicherung für jeden“), zudem soll die „Herbeiführung einer positiven Rentenentwicklung“ einer Verarmung entgegenwirken. Die Einführung einer Mindestrente soll „eine Absicherung über Minimalstandards“ hinaus bewirken.

1.3.5 Weitere Auswertungen

Im Stuttgarter Werkstattgespräch wurden neben den oben genannten Themen auch Fragen und Anregungen zur Information und Kommunikation diskutiert, um die Verbreitung von Wissen über gute Ideen zu verbessern.

Die Teilnehmenden sehen in vielen Themenbereichen Informationsbedarfe. Information und Austausch kann Anregungen und neue Ideen geben („Bewusstsein schaffen durch Transport von Informationen und Fragen, gute Ideen transferieren, Wege aufzeigen“, „aktiver Dialog der Frauengenerationen mit Ideentransfer“). Daher

wird auch immer wieder die Bedeutung von Netzwerken auf lokaler Ebene betont. Auch zu Einzelthemen wie z.B. „Demenz“ oder „Prävention“ (im Sinne von gesundheitlicher Vorsorge) besteht aus Sicht der Teilnehmenden Informationsbedarf. Der Austausch kann durch das Internet gefördert werden. Dieses soll daher verstärkt genutzt werden.

2. Werkstattgespräch am 30. April 2014 in Freiburg

Impressionen



2.1 Vorgeschlagene Themen

In Freiburg wurden dieselben Schwerpunkte wie in Stuttgart zur Bearbeitung angeboten. Themen waren daher auch die „Teilhabe an der Gesellschaft, Generationen übergreifende Verantwortung“, die „Finanzielle Absicherung im Alter“ und die „Unterstützung und Beratung älterer Menschen, insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege“.

Aus dem Schwerpunkt „Teilhabe an der Gesellschaft, Generationen übergreifende Verantwortung“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Politische Rahmenbedingungen zur Befähigung der Älteren schaffen (7 Punkte).
2. Niederschwelligkeit und Barrierefreiheit steigern (5 Punkte).
3. Interessenvertretung älterer Menschen in Politik und Gesellschaft (2 Punkte).
4. Verstärkung von geschlechtsspezifischer Forschung im Alter (1 Punkt).
5. Wechselseitige Unterstützung von Generationen (7 Punkte).
6. Lebenslanges Lernen (1 Punkt).
7. Nutzung von Internet durch Seniorinnen und Senioren (0 Punkte).
8. Spiritualität und religiöse, weltanschauliche Teilhabe (1 Punkt).
9. Soziale Armut und Vereinsamung im Alter (10 Punkte).
10. Nutzung von Weiterbildungsangeboten durch Seniorinnen und Senioren (2 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 9 und 5 in der Arbeitsgruppe vertieft. Zwischen den punktemäßig gleichrangigen Themen 5 und 1 fiel die Auswahl auf 5.

Aus dem Schwerpunkt „Finanzielle Absicherung im Alter“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Erwerbstätigkeit neben der Rente (1 Punkt).
2. Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere (8 Punkte).
3. Gestaltung des Wechsels aus der Berufstätigkeit in die Nacherwerbstätigkeit (5 Punkte).
4. Wie begegnen wir der Altersarmut? (5 Punkte).
5. Unternehmertum im Alter fördern und fordern (2 Punkte).
6. Finanzielle Absicherung älterer Menschen (7 Punkte).
7. Berücksichtigung der Stärken und Schwächen älterer Menschen bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen (2 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 2 und 6 in der Arbeitsgruppe vertieft.

Aus dem Schwerpunkt „Unterstützung und Beratung älterer Menschen, insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Menschenwürdige, bedarfs- und wunschgemäße Pflege (10 Punkte).
2. Regelungen für den Betreuungsfall (0 Punkte).
3. Nachbarschaftliche Unterstützung älterer Menschen (8 Punkte).
4. Unterstützung bei der persönlichen Neuorientierung im Alter (2 Punkte).
5. Gestaltung von kommunalen Verantwortungnetzwerken - Quartiere in der Community (5 Punkte).
6. Würdevolle Sterbebegleitung (1 Punkt).
7. Bedarfsgerechter Verbraucherschutz älterer Menschen (0 Punkte).
8. Unterstützung von Familien bei der Betreuung und Pflege älterer Menschen (5 Punkte).
9. Bedarfsgerechte Beratung sucht- und psychisch kranker älterer Menschen (2 Punkte).
10. Begleitung, Beratung bei der Selbsthilfe im Alltag (3 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 1 und 3 in der Arbeitsgruppe vertieft.

2.1.1 Thema: Soziale Armut und Vereinsamung im Alter

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Die Eheschließungen (Partnerschaften) ab 70 haben zugenommen.
- Eine inklusive Gesellschaft existiert.
- Angebote werden wahrgenommen.
- Eine Unterstützung durch Politik und Gesellschaft erfolgt.
- Neue Wohnformen sind vorhanden.
- Treffpunkte sind entstanden.
- Treffpunkte wurden geschaffen.
- Ein vielfältiger Arbeitsmarkt (nach Renteneintritt) ist entstanden.
- Weniger akute Notfälle werden registriert.
- Eine Einbeziehung in das soziale Leben (Teilhabe) erfolgt.
- Jede zweite Kommune startete Projekte im Bereich der Sozialraumaktivierung im Alter.
- Treffpunkte treten öffentlich sichtbar in Erscheinung.
- Aktive Gemeinschaften und Nachbarschaftshilfen funktionieren.
- Der Anteil aktiver Nachbarschaften hat um 50 % zugenommen.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Gesetze wurden verändert (Renten, Krankenkassen, DIN-Normen, Landesbauordnung).

- Es erfolgte ein starke Vernetzung.
- Die Quartiersentwicklung wurde finanziell gefördert.
- Niederschwellige Beratungsangebote (Kommunen) wurden angeboten.
- Ein gemeinschaftliches Denken hat sich entwickelt.
- Finanzielle Hilfen wurden bereitgestellt.
- Flexible Wohnformen wurden gefördert.
- Die Bevölkerung wurde zur Offenheit befähigt.
- Projekte wurden mit Hilfe von Zukunftswerkstätten entwickelt.
- Ein planvolles Vorgehen hat stattgefunden.
- Selbstorganisierte Hilfen wurden gefördert.
- Die Menschen sind wirtschaftlich abgesichert (Rente).
- Es wurde informiert.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Die Wissenschaft in Form von Studien.
- Die Seniorinnen und Senioren, indem sie sich aktiv einmischen.
- Die politischen Gremien und Vertretungen.
- Das Land, der Staat, indem die richtigen Rahmenbedingungen (Leitbild) gesetzt wurden.
- Die Wirtschaft als Unterstützer und Ermöglicher von Übergangsangeboten.
- Die Wohlfahrtsverbände als Lobbyisten und Angebotsentwickler.
- Die Gesellschaft, indem diese umgedacht hat.
- Die Verbraucherberatung, die mit ihren Informationen Sicherheit vermittelt hat.
- Die Medien, die entsprechendes öffentliches Bewusstsein gestaltet haben.
- Die Schulen, die diese Themen im Unterricht behandelt und Praktika ermöglicht haben.

Welche Risiken sehen Sie?

- Ein privatwirtschaftliches Denken.
- Die Leute trauen sich nicht.
- Fehlendes Knowhow.
- Eine „Projektitis“ und fehlende Nachhaltigkeit.
- Das Durchsetzen gegen eine stärkere Lobby.
- Nicht alle Milieus werden bedacht (Arme).
- Unzureichende Zugangsmöglichkeiten.
- Ein fehlendes Ineinandergreifen von Angeboten und Zugangsmöglichkeiten.
- Fehlende Informationen (Projekte werden nicht zugänglich gemacht).
- Die falschen Methoden werden gewählt.
- Gesellschaftliche Gruppen konkurrieren.
- Die Ziele werden abgelehnt.

2.1.2 Thema: Wechselseitige Unterstützung von Generationen

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Alte Menschen helfen jungen Menschen (Engagement in Kita, Schule, Beruf).
- Junge Menschen helfen alten Menschen (Taschengeldbörse).
- Generationengerechtigkeit besteht, indem die künftige Generation in politische Pläne eingebunden wird.
- Vielfältige Patenmodelle funktionieren.
- Einrichtungen (Kommunen, Verbände etc.) sind selbstorganisiert aktiv.
- 30% der Wohnprojekte sind generationsübergreifend.
- Es gibt eine Betriebstagespflege.
- Das die Generationen übergreifende Bewusstsein wird als Entscheidungsgrundlage berücksichtigt.
- Die Inklusion wird aktiv gefördert.
- Alter ist nicht mehr ein Ab- und Ausgrenzungsmerkmal (Migration).
- Wohnräume werden gemeinsam genutzt.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Betriebe und Wirtschaft haben umgedacht.
- Flexible Beschäftigungen wurden ermöglicht.
- Das Knowhow der Alten wird wertgeschätzt.
- Immigranten sind besser integriert.
- Organisationen sind für ihre Eigenentwicklung beraten worden.
- Statt einer Grundsteuer wird eine Wohnraumnutzungssteuer erhoben.
- Seniorinnen und Senioren haben gelernt, Hilfen einzufordern und anzunehmen.
- Die Wege zwischen Angeboten (Beschäftigung) und Nutzung haben sich verkürzt.
- Das selbstorganisierte Engagement wurde anerkannt.
- Wirtschaft und soziale Bereiche kooperieren gut.
- Kampagnen für Modelle neuer Verantwortungsgemeinschaften wurden gestartet.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Die Politik, indem Grundlagen für Anerkennungsformen geschaffen wurden.
- Die Seniorinnen und Senioren, indem diese sich selber einbringen.
- Organisationen, die entsprechende Angebote entwickelt und in den Blick genommen haben.
- Das Land, das eine Kampagne für eine inklusive Gesellschaft durchgeführt hat.
- Haus- und Grundbesitzerverein, indem die Vermieter informiert werden.
- Stadtplanung und Architekten, die DIN-Normen umgesetzt haben.
- Die Medien, indem das Alter realistisch dargestellt wird.

Welche Risiken sehen Sie?

Folgende Risiken werden gesehen:

- Der erforderliche emotionale Zuwendungsbereich ist nicht dokumentiert und damit auch nicht messbar.
- Projekte und Modelle sind zu kurzlebig.
- Das Ehrenamt gefährdet entsprechende Berufe („zerstört Profis“).
- Entwicklung unkontrollierter Bereiche.
- Die Solidarität mit kommenden Generationen geht verloren.

2.1.3 Thema: Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Alterswohngemeinschaften und Seniorenhausgemeinschaften sind entstanden.
- Verstärkt werden Aufzüge eingebaut.
- Gegenseitige nachbarschaftliche Hilfe wird gewährt (Einkaufen).
- Kleine Pflegeeinrichtungen im Viertel sind entstanden.
- Bezahlbare Pflegeplätze sind vorhanden (evtl. Umzug in Pflegeheim).
- Passende Wohngemeinschaften existieren.
- Bäder sind umgestaltet.
- Wohnungen sind barrierefrei verfügbar.
- Die Mieten machen maximal 25 % der Renteneinkünfte aus.
- Mitglieder von Bauvereinen bekommen preiswerten, altersgerechten Wohnraum.
- Kommunen stellen günstige Bauplätze für Wohngemeinschaften zur Verfügung.
- Städte und Kommunen werden finanziell entlastet.
- Kulturangepasste Heimplätze sind vorhanden.
- Wohnraum ist bezahlbar.
- Seniorengerechte Wohneinheiten werden gebaut.
- Eine fußläufige Versorgung ist gewährleistet.
- Alters- und behindertengerechte Wohnungen werden gebaut.
- Mehrgenerationenhäuser im Quartier werden geschaffen.
- Die pflegenden Angehörigen werden gefördert.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Für alternative Wohnformen wurden rechtliche Regelungen geschaffen (realistisch ermittelter Mietspiegel).

- Für Umbaumaßnahmen wird Aufklärung und Beratung angeboten: die Fördersätze wurden angepasst.
- Zwischen Kommunen und Besitzern wurden Absprachen getroffen: günstige Miete gegen Mietgarantie.
- Kommunen haben ein Überprüfungsrecht (bei Mietzuschüssen).
- Bürgerbusse, genossenschaftliche Versorgung u.a. erfolgen bürgerschaftlich engagiert.
- Es existiert eine „Satellitenstadt“ für Demenzkranke.
- Die Technik unterstützt im Haushalt (Überwachung der ärztlichen Versorgung, Konferenzschaltung zum Arzt).

Wer hat was dazu beigetragen?

- Die Gemeinden, die Ehrenamt, Professionelle und Wirtschaft vernetzt haben.
- Der Staat, indem der rechtliche Rahmen für bürgerschaftliches Engagement für die Pflege (Stiftungen, Sponsoren, Zeitkonten, steuerrechtliche Regelungen) geschaffen wurde.
- Der Staat, der Regelungen zum Ehrenamt getroffen hat.
- Die erfolgte zunehmende Anerkennung und Wertschätzung Ehrenamtlicher.
- Das Engagement „Wir für uns“ (Kampagne).
- Die Wirtschaft, die günstige Produkte entwickelt und Charity-Abende veranstaltet sowie betriebliche Vereinbarungen zur Rente ohne Pflegebeitrag getroffen hat.
- Alle, in deren Folge sich eine Wertschätzungskultur entwickelt hat.
- Die Medien über die Form der Berichterstattung und der Öffentlichkeitsarbeit.

Welche Risiken sehen Sie?

- Ausfall der Ehrenamtlichen durch fehlende Motivation
- Finanzielle Ausfälle
- Wegfall der Privatsphäre
- Demografischer Wandel

2.1.4 Thema: Finanzielle Absicherung im Alter

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Das Rentensystem wurde überarbeitet.
- Es gibt keine Altersarmut mehr.
- Kostenlose und gute Pflegeplätze stehen zur Verfügung.
- Mehr Kinder werden geboren.
- Es erfolgte eine generationenverträgliche Anpassung der Renten.

- Eine Mindestrente wurde eingeführt.
- Es gibt keine versteckte Altersarmut.
- Höhere Löhne werden bezahlt und damit auch bessere Renten gewährt.
- Rentengerechtigkeit wird praktiziert.
- Die Renten- und Krankenversicherung gilt für alle.
- Es gibt weniger finanzielle Probleme.
- Rücklagen fürs Alter werden besser verzinst.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Die Kinderbetreuung potenziell Berufstätiger wurde attraktiver.
- Es wurden mehr familienfreundliche Arbeitsplätze geschaffen.
- Es gab weder eine Wirtschaftskrise noch einen Krieg.
- Für wirtschaftliche Stabilität war gesorgt.
- Die heimische Wirtschaft ist stark.
- Die Arbeitgeber haben die Betriebsrente finanziert.
- Unternehmen haben sich am „Sozialen“ beteiligt.
- „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“.
- Zwischen den Generationen besteht Solidarität.
- Beschäftigungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren bestehen.
- Die Eingliederungen nach der Elternzeit waren erfolgreich.
- Eine Willkommenskultur für Migranten existiert.
- Eine ausreichende ärztliche Versorgung ist gewährleistet.
- Eine „Reichensteuer“ wird erhoben.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Ein seniorenpolitisches Konzept und ein Konzept für den demografischen Wandel wurden erarbeitet.
- Alle praktizieren: „buy local“.
- Gemeinden geben Gutscheine für den öffentlichen Handel aus.
- Alle: Junge und Alte (gemeinsam).
- Familien kooperieren (Kinderbetreuung gegen Unterstützung).

Welche Risiken sehen Sie?

- Überbelastung von Staat und Wirtschaft (Gefahr der Abwanderung).
- Rebellion der Jungen.

2.1.5 Thema: Menschenwürdige, bedarfs- und wunschgemäße Pflege

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Das Angebot entspricht der Nachfrage.
- Die Pflegenden fühlen sich in ihrer Rolle gesellschaftlich anerkannt und wertgeschätzt.
- Es findet keine Gewalt in der Pflege statt.
- Alternative Wohnformen sind vorhanden (z.B. Gastfamilien).
- Die Versorgung ist auch in ambulanten Wohnformen gewährleistet.
- Die Pflege und Betreuung orientieren sich sozialräumlich.
- Kein Hilfebedürftiger fällt durch das Netz.
- Es besteht ein Rechtsanspruch auf neutrale Beratung.
- Die Finanzierung und Refinanzierung ist gewährleistet (Kombinierbarkeit der Angebote).
- Eine bezahlbare Pflege zuhause ist mit technischer Unterstützung möglich.
- Fachpflege und bürgerschaftlich Engagierte kooperieren auf Augenhöhe.
- Die Heime öffnen sich den Sozialräumen.
- Zeitressourcen stehen zur Verfügung.
- Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Gesellschaft in allen Bereichen der Pflege finanziell investiert.
- Es ist üblich, dass jeder einen Teil seiner Zeit für Pflege und Unterstützung aufwendet.
- Parameter für die Personal- und Sachausstattung wurden geschaffen.
- Menschen werden nicht nur unter dem Aspekt der Pflegebedürftigkeit gesehen.
- Pflegerische Berufe erfahren eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und gerechte Entlohnung.
- Pflege wird wertgeschätzt.
- Jeder Einzelne erhält seine optimale ambulante und stationäre Versorgung.
- Die Möglichkeit der Wunschpflege besteht.
- Menschen, die Hilfe brauchen, können sich diese einkaufen und auch leisten.
- Es gibt viele Menschen, die in diesem Bereich arbeiten möchten.
- Es gibt trotz des Pflegebedarfs Teilhabe an bzw. Inklusion in die Gesellschaft.
- Die in der Pflege Tätigen und ihre Angehörigen sind hoch zufrieden.
- Die personelle Ausstattung in den Pflegeheimen hat sich erheblich verbessert.
- Die Beratung ist eine Pflichtaufgabe des Staates geworden.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Eine Neufokussierung aller Systemteilnehmer in Bezug auf die Hilfebedürftigen ist erfolgt.
- Pflege wird gelebt.
- Schule – Ausbildung – Bezahlung wirken zusammen.
- Eine Bewusstseinsveränderung in Staat und Gesellschaft hat stattgefunden.
- Runde Pflegetische wurden eingerichtet.
- Schulen wurden einbezogen (Umgang mit Alter).

- Für jede Bürgerin und für jeden Bürger werden „Soziale Tage“ veranstaltet.
- Das Image wurde verbessert.
- Die Ausbildung wurde flexibilisiert.
- Die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels wurden erkannt.
- Der Personalschlüssel (Pflegeheim) wurde angepasst: Pflege 1:1,5; Hauswirtschaft 1: 3.
- Die Pflege wurde entbürokratisiert (Dokumentation).
- Neue Wohnformen wurden realisiert.
- Gelungene Praxisbeispiele wurden veröffentlicht.
- Pflichttage (4) pro Bürgerin bzw. Bürger in der Altenhilfe wurden eingeführt.
- Altenhilfe wird wie „Bildungsurlaub“ gewährt.
- Helfende und Pflegenden werden gut vorbereitet.
- Angehörige wurden geschult.
- Es werden vermehrt Pflegefachkräfte ausgebildet.
- Offene, barrierefreie Angebote können selbstbestimmt ausgewählt und angenommen werden.
- Volksvertreter verspürten Rückenwind.
- Die Entprofessionalisierung ist akzeptiert worden.

Wer hat was dazu beigetragen?

Alle: Politik, Bürgerschaft, Kindergärten, Schulen, Arbeitgeber.

Welche Risiken sehen Sie?

- Finanzierbarkeit.
- Gesellschaftliches Desinteresse.

2.1.6 Thema: Nachbarschaftliche Unterstützung älterer Menschen

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Es wird auch akzeptiert, wenn sich jemand nicht beteiligt.
- Jeder ist sich darüber im Klaren, ob und wie er von Nachbarn Unterstützung haben möchte.
- Nachbarschaftliche Hilfe wird anerkannt und abgerechnet.
- Nachbarn tauschen sich aus.
- Jeder kennt seine nächsten Nachbarn sowie Mitbewohnerinnen und Mitbewohner und spricht mit ihnen.
- Es gibt Netzwerke.
- Es finden sich Menschen in Nachbarschaftsgruppen zusammen, die auch ansprechbar sind.
- Es findet ein Geben und Nehmen statt.

- Einsamkeit ist ein Fremdwort.
- Die Bereitschaft, fremde Hilfe anzunehmen, ist normal.
- Blumen gießen, einkaufen, Hund ausführen ist wieder selbstverständlicher geworden.
- Es gibt ein Bürgermanagement.
- Gemeinsame Wohnformen von Alt und Jung sind vorhanden.
- Es besteht ein größerer Respekt zwischen den Generationen.
- Kompetenzen werden angeboten.
- Eine flächendeckende Unterstützung hat sich etabliert.
- Die professionelle Unterstützung setzt viel später ein.
- Der tägliche Bedarf im sozialen Nahraum kann gedeckt werden.
- Im Umkreis von 300 Metern kennt man seine Nachbarn mit Namen.
- Jeder hat genügend Zeit für ein „Schwätzchen“.

Was könnte auf diesem Weg zwischen der Gegenwart und der Zukunft passiert sein?

- Engagierte wurden beraten.
- Nachbarschaftliche Events wurden veranstaltet.
- Ein Schulterschluss mit der Gemeinde erfolgte.
- Hilfen auf der Helferebene wurden gewährt (für diese).
- Es besteht ein Hilfemix (Nachbarschaftshilfe und Professionelle).
- Öffentliche Räume für nachbarschaftliche Treffen wurden geschaffen.
- Netzwerke wurden aufgebaut.
- Lokale Initiativen wurden gegründet.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Die Gemeinde gewährt Unterstützung.
- Bürgerinnen und Bürger handeln selbstbestimmt.
- Netzwerkbegleiter betreuen.
- Wohnbaugesellschaften bauen altengerecht.
- Das Land fördert Netzwerke.
- Lokale Unternehmen decken den Bedarf.
- Vereine öffnen sich Seniorinnen und Senioren.

Welche Risiken sehen Sie?

- Die Nachbarschaften werden flexibler (im Sinne von anonymer).
- Der Mobilitätsanspruch steigt.
- Unterstützung mit dem richtigen Maß.
- Nachbarschaften dürfen nicht überfordert werden.

2.1.7 Weitere Themen und Anregungen

In einem Themenspeicher konnten weitere Thesen, Fragen, Ideen und Anregungen, die im Laufe des Vormittags entstanden sind, gesammelt werden, auch wenn sie im Werkstattgespräch nicht weiter bearbeitet werden konnten.

Themenspeicher: Gemeinschaft und Pflege

- Zeitgerechte und personengerechte Versorgung.
- Jeder hat begriffen, dass er selbst alt wird.
- Pluralisierung, Entsäulung (im Sinne einer Überwindung der staatlich funktionalen Ausdifferenzierung), Angebotsräume schaffen.
- Faire Bezahlung des Personals.
- Es gibt eine Vielfalt an Hilfsangeboten und Pflegeangeboten.
- Jeder Mensch erhält ein individuelles, auf ihn abgestimmtes Unterstützungs- und Pflegeangebot.
- Bewohnerinnen und Bewohner nehmen am Leben im Quartier teil.
- Die notwendigen Hilfen passen sich der Lebensweise und dem Alltag des Einzelnen an
- Pflegeheime sind offener Bestandteil des Quartiers.
- Männer im sozialen bürgerschaftlichen Engagement.
- Pflege- und Unterstützungsmix.
- Unterstützungsangebote für Angehörige.
- Schutz älterer Menschen.
- Neue Berufsbilder.
- Bildung im Alter fürs Alter.
- Verwaltungsvereinfachung vor Überreglementierung.
- Machbarkeitsprüfung und Finanzierungsmodelle.
- Systemwechsel hin zur „Dezentralisierung“.

Themenspeicher: Soziale Armut und Vereinsamung

- Bewusstsein der Bevölkerung.
- Verbesserte Kommunikation, vermehrte Information.
- Erweiterung des Bundesfreiwilligendienstes.
- Erhaltung der Lebensqualität.
- Generationen-Wohngemeinschaften.
- Finanzielle Gleichstellung.
- Entstehen von Nachbarschaftsprojekten.
- Aufsuchende Arbeit (Seniorinnen und Senioren).
- Runde Tische zur Lösung von Alltagsproblemen.
- Einbeziehung in die Kommunen.
- Teilnahme an Veranstaltungen.

- Aktive Beteiligungsmöglichkeiten (Vereine, Ehrenämter).
- Gestalten von Aktionsgemeinschaften.
- Lebendige Begegnungsstätten.
- Zunahme generationsübergreifender Wohngebiete (30 %).
- Niemand ist ausgegrenzt.
- Seniorentreffs im Quartier.
- Wohngruppen entstehen.
- Zentrale Familiencenter (Familien leben sich auseinander).
- Die Gesellschaft wird egoistischer, die Seniorinnen und Senioren werden selbständiger.
- Wohnquartiere leben.
- Leihoma und Leihopa florieren.
- Vielfältige Patenmodelle existieren.
- Adoptionsstellen für Seniorinnen und Senioren sind entstanden.
- Gegenseitiges Kümmern und Besuche.
- Kontaktbörse für Seniorinnen und Senioren florieren.
- Achtsamkeit.
- Menschen am Rande in die Mitte holen.
- Fremde werden Freunde.
- Türen öffnen in der Nachbarschaft.
- Lebenserfahrungen würdigen.
- Alte bewirken was.
- Vielfalt der Menschen genießen.
- Außerfamiliäre Beziehungen knüpfen.

Themenspeicher: Wechselseitige Unterstützung der Generationen

- Wohnquartiere funktionieren.
- Es gibt mehr Fahrgemeinschaften, Einkaufsmöglichkeiten, nachbarschaftliche Hilfen.
- Talenttauschbörsen boomen.
- Vielfältige Patenmodelle.
- Respektvolle Akzeptanz.
- Betriebskindergärten und Tagespflege für Seniorinnen und Senioren in Behörden.
- Zahl der Einliegerwohnungen hat zugenommen.
- Ehrenamtliches Engagement ist selbstverständlich.
- Alt hilft Jung.
- Jung hilft Alt.
- Seniorinnen und Senioren arbeiten in Kitas mit.
- Kinderbetreuungsmöglichkeiten nach franz. Modell.
- Seniorinnen und Senioren unterstützen Lehrkräfte an Schulen.
- Schulprojekte mit Seniorinnen und Senioren.
- Generationenwohnprojekte.

- Seniorenpatenschaften für Auszubildende in Betrieben.
- Verantwortung für alle in der Gemeinschaft tragen.
- Gegenseitige Hilfestellungen gewähren.
- Die Anzahl der Selbstständigen ab 60 hat zugenommen.
- Gemeinschaftliches Denken.
- Jüngere interessieren sich für Lebensgeschichten Älterer und umgekehrt (Erzählräume).
- Integrierte Quartiere haben Nachbarschaftskultur.
- Kindern wurde die Achtung vor der älteren Generation vermittelt.
- Gemeinschaftliche Wohnformen wurden stabilisiert.
- Generationenbewusstes Handeln.
- Jugendzentren, Seniorenbegegnungsstätten werden zu gemeinsamen Bürgerzentren mit differenzierten Räumen.
- Kleine Kinder sind willkommen und dürfen stören, genau wie Menschen mit Demenz.
- Weniger einsame Ältere.
- Weniger Probleme bei der Kinderbetreuung.
- Schulen machen dieses Handeln bewusster.
- Nachbarschaftliche Hilfen werden gepflegt.
- Kitas sind auch Senioreneinrichtungen.
- Ältere als Paten für sprachlernende Migrantinnen und Migranten.
- Kontakt zwischen den Generationen (Oma-Kind-Beziehung).
- Verständnis füreinander in der Begegnung.
- Ältere helfen Älteren.
- Studenten wohnen bei Seniorinnen und Senioren (Wohnung gegen Unterstützung).
- Schulen und Pflegeeinrichtungen kooperieren mit VHS.
- Stadthallen haben eine Mobilitätszentrale (Mitfahrmöglichkeit).

2.2 Themen der Teilnehmenden

Im offenen Teil des Werkstattgesprächs konnten die teilnehmenden Personen Themen ihrer Wahl vertiefen. Diese wurden gesammelt und bei Bedarf gebündelt. Auf diese Weise wurden in Freiburg folgende Themen bearbeitet:

2.2.1 Thema: Generationen übergreifend denken

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Brücke zwischen Jung und Alt schließen.
- Dient der Nachwuchsförderung für Seniorenarbeit.

- Dient der gegenseitigen Bereicherung.
- Dient dem Abbau von Vorurteilen.
- Dient der Weitergabe von Wissen und Erfahrungen.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Schulden abbauen.
- Mehr Frauen in die Politik bringen.
- Kinder- und Seniorenerheblichkeitsprüfung bei allen Maßnahmen durchführen.
- Kooperation mit Schulen betreiben.

2.2.2 Thema: Wegweiser für bürgerschaftliches Engagement

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Wachsender Bedarf infolge des demografischen Wandel.
- Überforderung der Hauptamtlichen.
- Dient der Interessenvertretung für Seniorinnen und Senioren.
- Ehrenamt erhebt die Seele.
- Anerkennungskultur und gesteigertes Selbstwertgefühl.
- Ersetzt familiäre Strukturen.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Möglichkeiten aufzeigen.
- Persönliche Betroffenheit und Fähigkeiten herausfinden und schulen (Biografiearbeit).
- Schulung für Ehrenamtliche fördern.
- Auf allen Verwaltungsebenen wird bürgerschaftliches Engagement zur Chefsache.
- Büros in jeder Kommune: Alle Generationen vernetzen.
- Imagekampagne für Bürgerschaftliches Engagement durchführen.
- Niederschwelliger Zugang zum Ehrenamt schaffen.
- Förderrichtlinie überarbeiten.
- Werkstattgespräche auf kommunaler Ebene fördern.
- Personale Ressourcen z.B. für die Netzwerkarbeit freisetzen.

2.2.3 Thema: Bezahlbarer Wohnraum

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Niedrige Renten vieler Seniorinnen und Senioren.
- Hoher Anteil an Gesamtausgaben.
- Nicht bezahlbare Wohnraumanpassungen.
- Grundsicherungssätze großzügig auslegen.
- Neuen bezahlbaren und barrierefreien Mietraum schaffen.
- Teilhabemöglichkeiten durch finanzielle Mittel.
- Erzwungener Umzug kann krank machen.
- Würde des Menschen.
- Kleiner Wohnraum im Nahumfeld.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Kümmert Euch: Grundsicherung.

2.2.4 Thema: Migranten als Senioren

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Gesellschaftlichen Beitrag erbracht.
- Verpflichtung dem Mensch gegenüber als Mensch.
- Tauchen nicht in unserem Hilfesystem auf.
- Wertschätzung kultureller Beiträge.
- Schwere Erreichbarkeit, Sprachbarrieren, vor allem bei Frauen.
- Angst vor deutschen Hilfen in Pflegeheimen.
- Isolation im deutschen Hilfesystem.
- Verlust kulturellen Wissens befürchtet.
- Sprach- und Kulturbarriere vorhanden.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Klärung dieser Fragen durch Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund

2.2.5 Thema: Senioren sollen ihren Sozialraum wählen können

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Dort kann die meiste Unterstützung erwartet werden.
- Es ist das gewünschte soziale Umfeld.
- Dient der Selbstbestimmung.
- Kompetenz und Engagement bleiben erhalten.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Sozialraumorientierte Beratung und Entwicklung fördern.
- Bedürftige Gruppen identifizieren und priorisieren.
- Sozialraumorientierte Altenhilfe betreiben.

2.2.6 Thema: Osteuropäische Pflegekräfte

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Vermeidung von Rechtskonflikten.
- Intransparente Situation, Legalisierung.
- Bedarf ist vorhanden, der nicht gedeckt werden kann.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Legalisierung und dazu die gesetzlichen Grundlagen schaffen.
- Informationen für Nutzer zur Verfügung stellen.

2.2.7 Thema: Wohnen im Alter

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Wohnungsbauförderung ist eingestellt (fehlende Anreize für die Wirtschaft).
- Es fehlt eine neutrale und niederschwellige Wohnungsanpassungsberatung, auch hinsichtlich technischer Hilfsmittel.
- Wohnen kann entscheidend für den Hilfebedarf sein.
- Finanzielle Förderung zur Herstellung der Barrierefreiheit.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Altbauten mit öffentlichen Mitteln altersgerecht umbauen.
- Aktionstage durchführen.
- Bessere Informationen über technische Hilfen anbieten (Wohnraumanpassung).

2.3 Auswertung

Im Werkstattgespräch in Freiburg konnten aus den Äußerungen folgende Themenschwerpunkte in folgender Rangfolge identifiziert werden: Teilhabe und Wohnen, Pflege und Versorgung sowie Engagement und Beteiligung.

2.3.1 Teilhabe und Wohnen

Ideen, Anregungen und Anmerkungen, die sich dem Thema Teilhabe zurechnen lassen, überragten die anderen Themen des Freiburger Werkstattgesprächs deutlich. Ältere Menschen wollen am sozialen Leben teilhaben und teilnehmen: „Einsamkeit ist ein Fremdwort“ ist die Vision. Einzelne Stimmen befürchten die Schwächung familiärer Bindungen („Familien leben sich auseinander“). Soziale Beziehungen, insbesondere nachbarschaftliche Beziehungen werden als entscheidend für Wohlbefinden und Selbständigkeit betrachtet. Allein schon aus der Häufung der Begriffe „Nachbarschaft“, „Quartier“, „Netzwerke“, „Patenmodelle“ und „Sozialraum“ kann deren Wichtigkeit für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens entnommen werden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn sich die Vorschläge – in diesem Werkstattgespräch – besonders intensiv auf Vorstellungen zur Gestaltung dieser Sozialräume beziehen. Das durch sie geschaffene Umfeld soll das selbstbestimmte Leben älterer Menschen ermöglichen. Lebendige Nachbarschaften, so die Erwartung vieler Teilnehmender, können Vereinsamung und sozialer Isolation entgegenwirken und so auch soziale Not lindern. Ein solches Umfeld wird sich nur entwickeln, wenn ein gegenseitiges „Geben und Nehmen“ stattfindet. Eine Kultur des gemeinschaftlichen Miteinanders aller Generationen bedarf einer besonderen Haltung, gemeinsamer Aktionen und Erlebnisse, eines förderlichen Umfelds und einer unterstützenden Steuerung („Öffentliche Räume für nachbarschaftliche Treffen wurden geschaffen“). Dazu gehört auch, dass sich die älteren Menschen an der Belebung des Nahraums selbst aktiv beteiligen: Äußerungen wie „man kennt im Umkreis von 300 Metern seinen Nachbarn mit Namen“; „man findet sich in Nachbarschaftsgruppen zusammen“; „man kümmert sich gegenseitig und besucht sich“; „Ältere helfen Älteren“; „integrierte Quartiere haben eine Nachbarschaftskultur“ verdeutlichen diese Erwartung. Dies wird unterstützt durch eine „aufsuchende Arbeit“. Die Seniorinnen und Senioren wollen in einem so gestalteten Nahraum ihre Hilfebedarfe offen ansprechen und einfordern können.

Auch ältere Menschen mit Migrationshintergrund sollen im Alter die Möglichkeit haben, an der Gesellschaft teilzuhaben und die notwendige Unterstützung zu finden. Dann kann „eine inklusive Gesellschaft funktionieren“. Festgestellt wurde, dass diese Gruppe schwer erreichbar ist und Unterstützungsleistungen bisher wenig in Anspruch nimmt. Es wird vermutet, dass Sprachbarrieren und kulturelle Barrieren die Ursache sein könnten.

Ein wichtiges Anliegen war den Teilnehmenden, dass sich ein „Generationen übergreifendes Bewusstsein“ entwickelt, damit „zwischen den Menschen Solidarität entstehen“ kann und ein „wechselseitiger Respekt zwischen den Generationen“ besteht. Diese Bewusstseinsbildung können gemeinsame Aktionen befördern. Als Beispiele wurden genannt: Die „Bildung von Aktionsgemeinschaften“, um gemeinsame Aktionen zu ge-

stalten, die Schaffung „lebendiger Begegnungsstätten“, „Adoptionsstellen für Senioren“, die „Leih-Oma“ oder der „Leih-Opa“, die Einrichtung von Kontaktbörsen für ältere Menschen, das Eingehen von Patenschaften für Menschen mit Migrationshintergrund oder die Gründung von Nachbarschaftshilfen wie Fahr- oder Einkaufsgemeinschaften. Lebendige Begegnungsstätten sollen Orte (Räume) sein, in denen Lebensgeschichten erzählt werden und Begegnungen stattfinden können („Jüngere interessieren sich für die Lebensgeschichten Älterer und umgekehrt“; „Vorurteile werden abgebaut“; „Brücken zwischen Jung und Alt werden geschlossen“; „Wissen wird weitergegeben“; „Jugendzentren und Seniorenbegegnungsstätten könnten zu gemeinsamen Bürgerzentren zusammengeführt werden“; „Kitas könnten auch als Senioreneinrichtung genutzt werden“, „Oma-Kind-Beziehung“). Es wurden auch Kooperationen von Schulen und Pflegeheimen zur Entwicklung und Durchführung von Schulprojekten vorgeschlagen sowie Seniorinnen und Senioren selbst in Schulprojekte einzubinden.

Eine solche zivilgesellschaftlich initiierte und getragene Teilhabe entsteht nicht von selbst. So müssen die oben genannten Möglichkeiten zur Begegnung geschaffen, Runde Tische eingerichtet und Engagierte qualifiziert und unterstützt werden („Hilfen für die Helfer“, „Engagierte werden beraten“). In erster Verantwortung werden hierbei die Kommunen gesehen, die entsprechende Beratungen („niederschwellig“) anbieten sollen, um mit unterstützenden Leistungen „Selbstorganisation“ zu ermöglichen. Aber auch das Land wird in der Pflicht gesehen, Netzwerke zu fördern. Als besonders wichtig wird die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements und der nachbarschaftlichen Hilfe angesehen. Angeregt wurde, nachbarschaftliche Hilfe abrechnen zu können und dazu sowie für die Quartiersentwicklung finanzielle Mittel bereit zu stellen. Wie wichtig ein ausgewogenes Umfeld für eine gute soziale Entwicklung ist, belegt die Forderung, dass „30% der Wohnprojekte generationsübergreifend sein sollen“ („Wohnräume werden gemeinsam genutzt“; „passende Wohngemeinschaften sind entstanden“).

Besonders wichtig war den Diskutierenden im Freiburger Werkstattgespräch die Schaffung geeigneten Wohnraums. Altersgerechter Wohnraum dient der „Würde des Menschen“, so die Äußerung eines Diskutanten, ein „erzwungener Umzug könne auch krank machen“. Der Wohnraum soll jedoch nicht nur altersgerecht und barrierefrei, sondern auch bezahlbar und flexibel gestaltbar sein und möglichst im vertrauten Umfeld liegen („die Miete soll maximal 25% der Renteneinkünfte ausmachen“). Gewünscht wird ein vielfältiges Angebot von unterschiedlichen Wohnformen. Um soziale Kontakte von Pflegebedürftigen zu erhalten, ist es wichtig, auch Pflegeangebote kleinräumig und wohnortnah zu gestalten („es sollen kleine Pflegeeinrichtungen im Viertel entstehen“).

Gesteuert werden soll der altersgerechte Wohnungsbau durch eine Anpassung der Fördersätze. Zudem sollen die Kommunen die Angemessenheit der Miete überprüfen können, wenn sie Mietzuschüsse gewähren. Diese so erwünschte Entwicklung ist nicht frei von Risiken. Sie werden insbesondere in der Verteilung der Lastentragung und der sich daraus ergebenden finanziellen Folgen gesehen. In der Konkurrenz mit anderen politischen Zielen („Abbau von Schulden“) könnten sich andere Schwerpunkte durchsetzen. Es wird die Gefahr gesehen, dass die vielbeschworene Solidarität nicht trägt, weil „die Gesellschaft egoistischer geworden ist“ und wegen der „Überbelastung von Staat und Wirtschaft eine Abwanderung droht“. Hingewiesen wurde auch darauf, dass Nachbarschaften auch brüchig sein können und daher „nicht überfordert werden dürfen“

und allzu extensiv praktizierte Ehrenämter professionelle Berufe gefährden können („Ehrenamt zerstört Profis“). Erforderlich ist daher wohl die „Unterstützung mit dem richtigen Maß“, so die Anmerkung eines Teilnehmers. Als besondere Risiken, altersangemessenen Wohnraum zu schaffen bzw. anzumieten wurden die teuren Anpassungsmaßnahmen, die eingestellte Wohnraumförderung und die niedrige Rente vieler Seniorinnen und Senioren bezeichnet.

2.3.2 Pflege und Versorgung

Die Arbeitsgruppe betrachtete es als entscheidend, dass Pflege als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird. Pflege braucht das Engagement aller („Jeder hat begriffen, dass er selbst alt wird“, „Es ist üblich, dass jeder einen Teil seiner Zeit für Pflege und Unterstützung aufwendet“). Weitere wichtige Fragen waren die Anerkennung der Pflegearbeit, die Gestaltung von Unterstützungsangeboten sowie die Qualität und Bezahlbarkeit der Pflege.

Die Unterstützungsangebote sollen vielfältig sein und individuell ausgewählt werden können. Die Bedürftigen sollen die Leistungen, die sie brauchen, auch einkaufen und bezahlen können. Es soll die Möglichkeit bestehen, die eigene „Wunschkpflege“ zusammenstellen zu können, so dass jeder sein „individuelles und auf ihn abgestimmtes Unterstützungs- und Pflegeangebot“ erhalten kann („die Hilfen passen sich der Lebensweise des Einzelnen an“). Leitbild der Pflege ist der Wunsch, eine bezahlbare Pflege möglichst zuhause zu erhalten und dabei auch technische Unterstützung zu nutzen.

Wichtig war den Diskutierenden, dass die pflegerischen Berufe eine „hohe gesellschaftliche Anerkennung erhalten“, was eine „gerechte Entlohnung“ einschließt. Auch die Notwendigkeit, die Arbeit der pflegenden Kräfte stärker wertzuschätzen, wurde in mehreren Äußerungen betont. Das Image des Berufs könnte dadurch verbessert werden, indem die Ausbildung flexibilisiert, die Bezahlung angehoben („fair“) und die personelle Ausstattung in den Heimen verbessert wird. Ebenso sollen auch die pflegenden Angehörigen in ihrer Arbeit wertgeschätzt und unterstützt werden. Wenn „Helfende und Pflegende gut vorbereitet werden“, dann wird es auch „keine Gewalt in der Pflege geben“. Dazu gehört auch, dass „Fachpflege und bürgerschaftlich Engagierte auf Augenhöhe kooperieren“ und Engagement in der Pflege allgemein selbstverständlich wird.

Ein spezielles Anliegen war die Klärung der Situation von ausländischen Betreuungs- und Pflegekräften in Privathaushalten. Die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe hielten außerdem eine bessere Information der Angehörigen und Pflegebedürftigen für dringend notwendig.

2.3.3 Engagement und Beteiligung

Das bürgerschaftliche Engagement durchzieht als Schlüsselbegriff nahezu alle Themen der Freiburger Werkstattgespräche. Es wird als eine tragende Säule einer sozialen und aktiven Seniorenpolitik gesehen.

Der Veränderung des Altersbildes entspricht es, dass die Seniorinnen und Senioren sich nicht mehr nur als Hilfeempfänger, sondern auch als Hilfegeber sehen. Es entspricht ihrem Selbstbild, sich „selbst aktiv einzumischen“, sich auch „selber einzubringen“, ihre „Kompetenzen anzubieten“, „selbstbestimmt“ und eigenverantwortlich zu handeln und demzufolge Subsidiarität zu praktizieren.

Sie erwarten dafür im Gegenzug günstige Rahmenbedingungen. Dazu gehört, den Stellenwert der Freiwilligenarbeit generell in der Gesellschaft durch Anerkennung und Wertschätzung zu heben. Gewünscht wird beispielsweise, dass die Attraktivität des bürgerschaftlichen Engagements verbessert wird („Imagekampagne für Bürgerschaftliches Engagement durchführen“), Schulungen angeboten werden („Schulungen für Ehrenamtliche fördern“), „Projekte im Bereich der Sozialraumaktivierung gestartet werden“, Ressourcen für die Netzwerkarbeit zur Verfügung gestellt und lokale Initiativen unterstützt werden („Büros in jeder Kommune“). Ältere Menschen möchten beteiligt werden. Es wird daher vorgeschlagen, „Werkstattgespräche auf kommunaler Ebene (zu) fördern“.

Auf diesem Weg gibt es Äußerungen zufolge schon gute Erfahrungen; als mögliche Risiken werden „fehlende Nachhaltigkeit“ und „Projektitis“ genannt.

2.3.4 Weitere Auswertungen

Im Freiburger Werkstattgespräch wurden neben den oben genannten Themen auch Anregungen zu den Themen „Arbeit“ sowie zu „Information und Kommunikation“ abgegeben.

Im Themenfeld „Arbeit“ liegt der Schwerpunkt bei Vorschlägen zur Gestaltung seniorengerechter Arbeitsbedingungen. Vorgeschlagen wird beispielsweise eine weitere Flexibilisierung der Beschäftigung, die Ausweitung des Anteils familienfreundlicher Arbeitsplätze, die Einrichtung einer Talentbörse sowie Seniorinnen und Senioren zur Unterstützung in Kitas und in Schulen einzusetzen und Seniorenpatenschaften für Auszubildende zu fördern.

Quer durch alle Themen wird immer wieder der Bedarf nach mehr Information und Kommunikation festgestellt („Informationen für Nutzer zur Verfügung stellen“, „Bessere Informationen über technische Hilfen anbieten“, „Sozialraumorientierte Beratung und Entwicklung fördern“, „Alle Generationen vernetzen“). Dabei wird auch immer wieder auf die Rolle der Medien hingewiesen.

3. Werkstattgespräch am 12. Mai 2014 in Bruchsal

Impressionen



3.1 Vorgeschlagene Themen

In Bruchsal wurden folgende neue Schwerpunkte zur Bearbeitung angeboten: „Altersbilder, Generationen übergreifende Verantwortung“, „Selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter“ und „Mobilität“.

Aus dem Schwerpunkt „Altersbilder, Generationen übergreifende Verantwortung“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Kultursensibilität (5 Punkte).
2. Vielfalt von Altersbildern (3 Punkte).
3. Wechselseitige Unterstützung von Generationen (12 Punkte).
4. Chancen und Potenziale einer älter werdenden Generation nutzen (10 Punkte).
5. Weitergabe der Erfahrungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Jüngere (1 Punkt).
6. Keine Diskriminierung älterer Menschen auf Grund ihres Alters (0 Punkte).
7. Gestaltung von kommunalen Verantwortungnetzwerken; Quartiere, Community (11 Punkte).
8. Generationengerechtigkeit (2 Punkte).
9. Positive Besetzung von Altersbildern (1 Punkt).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 3 und 7 in der Arbeitsgruppe vertieft.

Aus dem Schwerpunkt „Selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Sicherheitsempfinden und Schutz älterer Menschen (3 Punkte).
2. Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere (10 Punkte).
3. Berücksichtigung der Stärken und Schwächen älterer Menschen bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen (5 Punkte).
4. Unterstützung bei der persönlichen Neuorientierung im Alter (7 Punkte).
5. Erwerbstätigkeit neben der Rente (2 Punkte).
6. Bedarfsgerechter Verbraucherschutz (3 Punkte).
7. Unternehmertum im Alter fördern und fordern (0 Punkte).
8. Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Generationen bei der Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen (2 Punkte).
9. Gestaltung des Wechsels aus der Berufstätigkeit in die Nacherwerbstätigkeit (0 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 2 und 4 in der Arbeitsgruppe vertieft.

Aus dem Schwerpunkt „Mobilität“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Sport im Alter (3 Punkte).
2. Verkehrssicherheit (0 Punkte).
3. Bewegung hochbetagter Menschen (2 Punkte).
4. Niederschwelligkeit und Barrierefreiheit (2 Punkte).
5. Individuelle Mobilitätsangebote für ältere Menschen, insbesondere im ländlichen Raum (4 Punkte).
6. Verknüpfung von altersgerechten Mobilitätsketten (6 Punkte).
7. Förderung der Mobilität älterer Menschen durch bauliche Gestaltung (1 Punkt).
8. Altersgerechte Verkehrsinfrastruktur (2 Punkte).
9. Bedarfsgerechtes Lebensumfeld (1 Punkt).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 6 und 5 in der Arbeitsgruppe vertieft.

3.1.1 Thema: Wechselseitige Unterstützung von Generationen

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Der Umgang miteinander ist interessiert, offen, locker und positiv geprägt.
- Empathie und Verständnis sind wechselseitig vorhanden.
- Alle Generationen sind vernetzt und unterstützen sich gegenseitig (sozialraumorientiert).
- Generationen übergreifende Projekte finden statt, von denen alle profitieren.
- Vielfältige Generationsprojekte sind vorhanden.
- Ein Zuwachs an Generationen übergreifenden Projekten findet statt, wobei das Wissen der Älteren genutzt wird (Mehrgenerationenhäuser, Technik, EDV).
- Das Themenfeld in Kommunen wird von allen Generationen in wechselseitiger Wertschätzung behandelt.
- Erfahrungen werden geschätzt.
- Man profitiert voneinander.
- Die Bedarfe an Lebens- und Alltagswelten sind bekannt.
- Die Betreuungsgesellschaft entwickelt sich hin zu einer Verantwortungsgesellschaft.
- „Offenheit“ ist als Strukturierungsprinzip eingeführt und intergenerationelle Arbeit als Querschnittsaufgabe implementiert.
- Rathäuser und Verwaltungen erkennen verstärkt die Generationen-Potenziale.
- Senioren und Junge Generationen pflegen übergreifende Offenheit (z.B. Freiwilligenarbeit).

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Generationen wurden moderiert zusammengeführt.
- Man hat eine entsprechende Infrastruktur (wie Partner-, Taschengeldbörse u.a.) entwickelt.
- Die Ressourcen von Kitas werden umfassender genutzt (Familienzentren).
- Zivilgesellschaftliche Akteure haben Pionierarbeit geleistet (Netzwerke, niederschwellige Begegnungen).
- Grundwerte der Nachbarschaftshilfe werden gelebt; auch die Älteren haben sich geöffnet.
- Strukturen haben sich vereinfacht (Versicherungsschutz).
- Anerkennung erfolgt durch den Ehrenamtspass.
- Fachübergreifend wird zusammengearbeitet (Kommune – Ministerium).
- Gemeinsame Sprache wurde gefunden (insbesondere auch über Schule).
- Der demografische Druck hat zugenommen / Frauenpolitik.

Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?

- Unternehmer unterstützten (corporate social responsibility).
- Bürgerinitiativen.
- Bewegung musste von den Bürgern selbst ausgehen.
- Unterstützung durch Kommunen, Kirchen u.a. Organisationen.
- Es fand eine „Entsäulung“ der Strukturen statt.
- Staat hat mehr Demokratie gewagt.
- Bürgerbeteiligungen.
- Kooperationen in den Kommunen mit Bürgern.
- Netzwerker.
- Erfahrungsaustausch.
- Zukunftswerkstätten.

Welche Risiken sehen Sie?

- Bürokratie.
- Überversicherung.
- Erforderlichkeit eines Finanzierungsanschubs.
- Missbrauch durch Überforderung der Zivilgesellschaft.
- Keine Grundsicherung durch Rente (Äquivalent für Ehrenamt).
- Keine Regelung analog Übungsleiterpauschale.
- Keine Qualitätssicherung.
- Konkurrenz der freien Träger ohne Steuerung durch das Land.

3.1.2 Thema: Gestaltung von kommunalen Verantwortungsnetzwerken (Quartiere) i. d. Community

Woran erkennen Sie, dass sich das Handlungsfeld positiv entwickelt hat?

- Die Zahl der „Runden Tische“ in Städten und Gemeinden hat zugenommen.
- Neue Netzwerke sind entstanden.
- In Städten und Gemeinden wurden Koordinierungsstellen geschaffen, etc., z.B. offenes Rathaus.
- Es besteht trägerübergreifend Offenheit und Wertschätzung.
- Regelmäßig werden vorhandene Räumlichkeiten angeboten und ausgetauscht (Synergien).
- Ein Budget für Aktionen, Projekte, Ideen steht unbürokratisch zur Verfügung.
- Bring- und Holschuld funktionieren, werden abgefragt und sind anerkannt (Angebot und Nachfrage).
- Netzwerke für Hilfeleistungen stehen zur Verfügung (Einkauf, Alltagsbewältigung funktionieren).
- Die Infrastruktur funktioniert.
- Das Bewusstsein für „Gemeinschaft“ ist vorhanden ist; wir brauchen einander.
- Anlaufstelle für bürgerschaftliches Engagement ist in jeder Kommune etabliert (z.B. Koordinator)
- „Runde Tische“ in den Stadtteilen werden als Experten für ihr Quartier in der Stadtverwaltung beteiligt.
- Selbstverwaltung von „Zentren“ erfolgt.
- Die Notwendigkeit eines „Quartiersmanagements“ wird grundsätzlich „politisch“ gesehen und gezielt in Basiszentren angebunden.
- In den Kommunen erfolgt Koordinierung und Weiterentwicklung der Vernetzung infolge des demografischen Wandels.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- In jedem Stadtteil gibt es eine Anlaufstelle (Haus).
- Kultur des Miteinanders hat sich verändert.
- Kommune hat Schiffbruch erlitten und dabei gelernt.
- Die Bereitschaft, über Tellerrand zu schauen, hat zugenommen.
- Seniorinnen und Senioren werden in vielfältiger Art beschäftigt.
- Bedarfe werden regelmäßig erhoben.
- Nutzen und Kosten sind analysiert.
- Quartierszentren sind entbürokratisiert (SGB, Absicherung, Versicherung).
- Anerkennungskultur für das „Leben“; als Person erkennbar sein, ortsnaher Rahmen, Öffentlichkeitsarbeit, Qualifizierung.

Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?

- Kommunen, indem die übergreifende Zusammenarbeit gefördert wurde.
- Rechtliche Rahmenbedingungen wurden angepasst (SGB XII).
- Alle Akteure haben dazu beigetragen.

Welche Risiken sehen Sie?

- Kommunen verpassen den Anschluss.
- Lebenswirklichkeit entwickelt sich nicht quartiersbezogen.
- Tatsächlicher Bedarf wird nicht erkannt.
- Wie erhebe ich den Bedarf?
- Keine Finanzierung.
- Fehlsteuerung durch Anreize.
- Bestimmte Gruppen sind nicht mehr vertreten (Jugendliche).

3.1.3 Thema: Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum hat zugenommen.
- Angebote im städtischen und ländlichen Raum sind vorhanden.
- Ein barrierefreier (barrierearmer) Umbau (Modernisierung) ist bezahlbar (Fördermiete).
- Es gibt eine transparente Organisations- und Angebotsstruktur.
- Es gibt keine Isolierung Älterer.
- Es gibt ein thematisch und preislich vielfältiges Angebot.
- Es gibt eine Vielfalt von alternativen Projekten, weil Planer ausreichend qualifiziert sind und es bessere Fördermöglichkeiten gibt.
- Menschen müssen seltener in ein Heim, weil es mehr alternative Wohnmöglichkeiten gibt, auch bei geringem Einkommen.
- Finanzierungssicherheit ist gegeben.
- Eine sichtbare Teilhabe am öffentlichen Leben für Menschen mit kognitiven und körperlichen Einschränkungen (Geschwindigkeit) erfolgt.
- Diese Wohnformen für Ältere wurden im Landeswohnraumförderprogramm berücksichtigt.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

Auf diesem Weg könnte Folgendes passiert sein:

- Schlüsselpersonen wurden qualifiziert.
- Als Anreize wurden Fördermöglichkeiten geschaffen.
- Zentrale Beratungsstellen wurden eingerichtet.
- Eine verstärkte Vernetzung der Qualifikationen, der Beteiligten und der Bereiche erfolgte.
- Einfache Lösungen wurden gefunden.
- Endnutzer konnten gebildet und deren Kompetenz konnte gesteigert werden.

- Ein Generationen übergreifendes Denken hat stattgefunden.
- Eine transparente Bedarfsermittlung erfolgte.
- Es wurde gut informiert.
- Handwerker bieten einen seniorenfreundlichen Service an.
- In Politik und Verwaltung hat sich das Denken verändert.
- Knowhow-Vermittlung und Vernetzung wurden Teil der kommunalen Steuerung.
- Die ganze Gesellschaft fühlt sich betroffen.
- Initiativen vor Ort und Kommunen wurden gestützt.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Jeder, mit einfachen Initiativen und eigenen Beiträgen.
- Kommunen, indem sie Ansprechpartner und Anlaufstellen einrichteten.
- Institutionen, Verbände, Einrichtungen, Wirtschaft, Vereine.
- Ressourcen sind wichtig (Geld, Zeit).

Welche Risiken sehen Sie?

- Es dauert zu lange.
- Der isolierte Blick (einzelne Generation).
- Interessenskollisionen.
- Nur Besserverdiener können sich das leisten.
- Es gibt keinen verlässlichen Planungshorizont.
- Es setzen sich die vermeintlich billigeren Lösungen durch.
- Steuerung durch die Lobbygruppen.
- Blockierung von Möglichkeiten.
- Die vorhandene Versorgungsstruktur.
- Unklarheiten und mangelndes Wissen bei Abstimmungen.
- Überstrukturierung.
- Ehrenamtliches Engagement bei Frauen kann zu Altersarmut führen.

3.1.4 Thema: Unterstützung bei der persönlichen Neuorientierung im Alter

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Attraktive und angenommene Anlaufstellen und Begleitung für ehrenamtliches Engagement sind vorhanden.
- Schon mittelalte Menschen denken an ihr Alter und setzen sich damit auseinander.
- Ältere Menschen werden als gleichwertige Leistungsträger angesehen.
- Es gibt eine große Veränderung bei der Angebotsvielfalt (finanziell, technisch, thematisch).
- Engagementmöglichkeiten bestehen in der Gemeinde (Treffpunkte, Beratung).
- Die Bandbreite des Engagements hat sich vergrößert (Anlaufstelle, Seniorenräte).
- Die Gesundheit im Alter hat sich verbessert (physisch und psychisch).
- Der Pflegebedarf zwischen den Geschlechtern wird aufgeteilt und gleich bezahlt.
- Einfache Informationsstrukturen sind vorhanden (sprachlich, Vielfalt, Plattform, Medien).

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Unternehmen haben die Entwicklung angenommen und gehen mit.
- Es haben Schulungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattgefunden.
- Die Kommunen haben die Prioritäten ihrer Bewohner erhoben.
- Mobile Berater und Anlaufstellen sind vorhanden.
- Das Altersbild hat sich diversifiziert.
- Gesundheitsbewusstsein und Eigenverantwortung haben zugenommen.
- Günstige Arbeitsbedingungen wurden weiter gefördert.
- Volkswirtschaftliches Denken hat sich durchgesetzt.
- Runde Tische wurden eingerichtet.
- Die ganze Lebensspanne eines Menschen wird betrachtet.
- Präventionsmaßnahmen waren wirksam.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Land und Bund mit Lenkung und Stiftungsberatung.
- Land und Bund haben diese Zentralthemen aufgegriffen und spürbar gemacht.
- Kommunen haben entsprechende Aufträge erteilt und Zeitressourcen zur Verfügung gestellt.
- Kranken- und Pflegekassen haben Ressourcen zur Verfügung gestellt.
- Stiftungen mit Aktionen.
- Mehr Männer arbeiten in Pflegeberufen.
- Medien mit einer positiven Aufklärung.
- Jede(r) durch Selbstverantwortung und Vorsorge.
- Schule, mit der Einbindung der Altersbilder in die Bildung (Prävention).

- Kommunale Versorgungsverbände mit Reduzierung der Kluft zwischen den Generationen.
- Wirtschaft und Betriebe haben entsprechende Arbeitsbedingungen geschaffen.

Welche Risiken sehen Sie?

- Moralischer Druck.
- Die negativen Seiten des Alters werden ausgeblendet.
- Eine Hyperaktivität um Anerkennung.
- Viel reden, aber nichts passiert.
- Initiativen werden nicht weitergeführt.
- Reparaturmentalität.

3.1.5 Thema: Individuelle Mobilitätsangebote für ältere Menschen (insbesondere im ländlichen Raum)

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Viele Wege führen nach Rom.
- Der Fußgängerverkehr wurde attraktiver gestaltet.
- Der Fußgängerverkehr wurde sicherer (LSA⁶, Querung, Radfahrer).
- Die Bedürfnisse Älterer werden bei der Planung berücksichtigt.
- Eine bessere Anbindung des ländlichen Raums an den öffentlichen Nahverkehr erfolgt.
- Institutionen wie Seniorenräte betreiben Aufklärungsarbeit (Bewegung im Park).
- Man ist mobil geblieben - trotz individueller Einschränkungen.
- Zu Fuß gehen, Rad fahren, Autos, Bahn, Bus werden seniorengerecht gestaltet.
- Fußgängerwege und Übergänge sind gleichberechtigt.
- Die Entwicklung von AAL-Hilfsmitteln erleichtert die Mobilität.
- Die Sensibilisierung der Kommunen schreitet durch massive Forderungen der Institutionen zusehens voran.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Fahrdienste ab der Haustür wurden angeboten.
- Fußgänger sind wie gleichwertige Verkehrsteilnehmer eingeplant (differenzierte Ampelphasen: ich benötige 3 Sekunden mehr; Übergänge ohne Ampeln).
- Anlaufstellen, die Fahrdienste anbieten, sind geschaffen worden.
- Ehrenamtliche Fahrdienste wurden eingerichtet (von der Kommune organisiert).

⁶ Lichtsignalanlage

- Mitfahrgelegenheiten werden über Schwarzes Brett angeboten.
- Fahrservice zu Veranstaltungen wurden angeboten.
- In akuten Situationen greift die Nachbarschaftshilfe.
- Generationen übergreifend bestehen soziale Kontakte.
- Aktivierende Hausbesuche unterstützen die Teilhabe (DRK).
- Mitfahrzentralen für Senioren wurden eröffnet bzw. geschaffen.
- Soziale Netzwerke werden genutzt.
- Die Nachbarschaft ist als Idee gefördert worden.
- Das Ehrenamt wurde besser entlohnt.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Kommunen und Gemeinden mit Mobilitätsangeboten und Bewegungsparks.
- Landkreise und Land mit der Anpassung der Fußwege.
- Privatwirtschaft mit der Einrichtung von Rufdiensten (Mischfinanzierung).
- Die lokalen Sportvereine mit aktivierenden Hausbesuchen (oder DRK).
- Public Private Partnerships mit Fahrdiensten.
- Bund mit der Einrichtung eines Fahranspruchs bei Vorliegen einer Pflegestufe.
- Ehrenamtliche, Seniorenräte, Nachbarschaft.

Welche Risiken sehen Sie?

- Ehrenamt versus Privatwirtschaft.
- Fehlender Idealismus.
- Landflucht und massive Überalterung.
- Ausnutzung des Ehrenamts.
- Mangelnde Nachhaltigkeit.
- Finanzierung und steigende Kosten.

3.1.6 Thema: Verknüpfung von altersgerechten Mobilitätsketten⁷

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Eine bessere Orientierung ist möglich.
- Die Informationen sind besser gestaltet.
- Der ÖPNV bemüht sich permanent um Verbesserungen.

⁷ Anmerkung: Der Zusammenhang aller Phasen einer Reise von den Vorbereitungen bis hin zum Ziel wird als Mobilitätskette bezeichnet.

- Durch medizinische Maßnahmen werden Verbesserungen erreicht.
- Nachbarschaftsaktivitäten sind vermehrt in Kraft getreten.
- Alle Verkehrsmittel sind vertaktet und barrierefrei.
- Barrierefreiheit besteht.
- Fahrangebote beginnen und enden an der Haustür.
- Es gibt einen übertragbaren Fahrausweis für alle Verkehrsmittel im Großraum.
- Ältere sind mobiler geworden.
- Bedarfsgerechte Mobilitätsketten sind vorhanden.
- Die Verknüpfungsketten sind durchschaubarer geworden.
- Es gibt zentrale Umsteigeplätze.
- Das Umsteigen (Bahn, Bus) ist zeitlich entspannter und die Wegstrecken sind einfach zu bewältigen.
- Menschen mit geringen finanziellen Mitteln sind mobil.
- Es gibt auch in ländlichen Gebieten eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Extrem vereinfachte Bedienung aller Fahrausweisautomaten.
- Der barrierefreie Zugang zu Arztpraxen wurde eingefordert.
- Die Netz- und Fahrpläne wurden verbessert.
- Wegweiser für Menschen mit Handicaps wurden angebracht.
- Informationen über Barrieren werden in Echtzeit übermittelt.
- Die Reiseplaninformationen umfassen die gesamte Mobilitätskette und sind verfügbar (digital / analog).
- Die Anbieter von Veranstaltungen planen die Mobilität mit ein.
- Das Haltestellennetz berücksichtigt Seniorenheim, Einkaufsmarkt, Friedhof.
- Ehrenamtliche Bürgerbusse wurden eingeführt.
- Es gibt Mobilitätstickets, die übertragbar sind.
- Die Ausschilderung ist lückenlos erkennbar.
- Die Barrierefreiheit wurde rechtlich eingefordert.
- Über Befragung der konkret Betroffenen wurden die Bedarfe erfasst.
- Theaterbusse wurden eingerichtet.
- Produkte und Anbieter werden mobil.
- Angebote (Bäcker etc.) konnten in der Fläche gehalten werden.
- Ein Sozialticket wird angeboten.
- Flexible Beförderungen werden angeboten (Ruftaxi, Fahrdienste) mit höherer Frequenz statt Volumen.

Wer hat was dazu beigetragen?

- Die Verkehrsbetriebe, indem sie die existierenden Normen einhalten (DIN 18040-3).
- Landkreise, indem die Bedarfe erhoben werden.

- Land und Kommune, indem die Infrastruktur bereitgestellt wird (Gehwege, Radwege etc.).
- Die Bürger mit einer Bürgerhilfe „Zeitbank 55+“.
- Der Bund mit der Anleitung der Verkehrsbetriebe, eine zentrale Reiseberatung durchzuführen.
- Die Bahn (DB und andere), Kommunen, Ehrenamt, um eine flexible Beförderung zu ermöglichen.
- Die Hersteller von Automaten, um diese alterssensibel zu produzieren und aufzustellen.
- Das bürgerschaftliche Engagement mit Tauschbörsen etc. „Mach-mit-Büro“, Netzwerke.

Welche Risiken sehen Sie?

- Angebot ohne Nachfrage.
- Nachfrage ohne Angebot.
- Die Individualisierung kann teuer werden.
- Mangelnde technische Umsetzbarkeit.

3.1.7 Weitere Themen und Anregungen

In einem Themenspeicher konnten weitere Thesen, Fragen, Ideen und Anregungen, die im Laufe des Vormittags entstanden sind, gesammelt werden, auch wenn sie im Werkstattgespräch nicht weiter bearbeitet werden konnten.

- Nutzung öffentlicher Toiletten.
- Entwicklung der Kommunikation.
- Inklusive Strukturen.
- Gesundheit erhalten durch Prävention.
- Wie ist die Kooperation Ehrenamt – Hauptamt zu erreichen und zu pflegen?
- Wie kann man Menschen mit Migrationshintergrund für die Seniorenarbeit erreichen?
- Sozial gesicherte Teilhabechancen.

3.2 Themen der Teilnehmenden

Auch in Bruchsal konnten im offenen Teil des Werkstattgesprächs die teilnehmenden Personen Themen ihrer Wahl vertiefen. Diese wurden gesammelt und bei Bedarf gebündelt. Auf diese Weise wurden in Bruchsal folgende Themen bearbeitet.

3.2.1 Thema: Finanzierung und Fördermöglichkeiten von Projekten

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Dient der Nachhaltigkeit (keine kurzfristige Projektförderung).
- Es gibt vor Ort viele gute Ideen.
- Rahmenbedingungen setzen (ausreichend, flexibel, bürokratiefest).

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Landesregierung soll viel mehr vor Ort in die Gemeinden gehen und die Projekte kennen lernen, mit den Bürgern vor Ort reden.
- Finanzielle Rahmenbedingungen zur Sicherung von Mütterzentren, Mehrgenerationenhäusern oder Familienzentren schaffen.
- Sicherung der bereits seit Jahrzehnten erfolgreich agierenden NPO⁸.
- Aktionen unterstützen.

3.2.2 Thema: Vom Wandel der Begriffe

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Neudefinition der Lebensphasen (1. Kindheit und Jugend; 2. Familie und Beruf; 3. Rente und Pension; 4. Pflegebedürftigkeit).
- Aktive Beschäftigung der Mitbürger in der 3. Lebensphase.
- Der Wegfall der Großfamilie führt zu einer Änderung der Lebensgestaltung der Seniorinnen und Senioren.
- Zugezogene sind auch eine Chance.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Begriff neu definieren: 3. Beschäftigungsphase.
- Überprüfung der gesetzlichen Regelungen von Jugend- und Gemeinderat sowie von Gemeinderat und Seniorenrat (interfraktionell und thematisch arbeiten).
- Institutionalisierung des Seniorenbeirats (Projekte einbringen, Nachbarschaftshilfen aufleben lassen, Motivierung der Mitbürger).
- Die Aktivierung der Mitbürger als „Geschäftsmodell“ definieren und aufbauen.
- Neue (lockere) Strukturen zwischen Gemeinschaft und Familie sollen geschaffen werden (Aktivierung der menschlichen Ressourcen).

⁸ *Non Profit Organisations* = nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Organisationen

3.2.3 Thema: Entbürokratisierung bei Antragstellung und Versorgung

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Chancengleichheit bei Ausfüllkompetenz.
- Nicht Notfälle schaffen.
- Hohe Hürden für Anträge vermeiden (Ängste bei Bedürftigen).

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Beschleunigung der Verfahren.
- Leichten und schnellen Weg zur Antragstellung schaffen.
- Helfen, aber nicht (nur) prüfen und ablehnen.
- Prävention und nicht Reparatur betreiben.

3.2.4 Thema: Anerkennung von freiwilligen Leistungen

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Unterstützung des Ehrenamts.
- Wird zwar als selbstverständlich erwartet, braucht aber einen Gegenwert.
- Kann zur Altersarmut beitragen.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Übersicht der Unterstützungen (Strukturierung).
- Versicherung der Engagierten.
- Leitungspersonen finden.
- Ehrenamtsurlaub einführen.
- Ehrenamt kann man nicht erwarten.

3.2.5 Thema: Demenz

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Hauptproblem in Altenheimen

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Bevölkerung sensibilisieren.

- Leben mit Demenz muss auch außerhalb von Heimen möglich sein.
- Finanzielle Hilfe für private Pflege und andere Unterstützungen.

3.2.6 Thema: Altersarmut

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Der Zugang zur Gesellschaft kostet Geld (Mobilität, Kleidung, Vereinsbeiträge, VHS-Kurse, Haushaltsmittel, Haushaltstechnik, Prävention).
- Es ist ein wachsendes Thema.
- Es betrifft hauptsächlich alleinstehende Frauen.
- Es erzwingt evtl. einen Wohnungswechsel.
- Einzelhaushalte sind teurer.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Grundversorgung ermöglichen (Idee der Basisrente).
- Bezahlbarkeit muss in jedem Konzept verankert sein.
- Ambulante Pflege spart Geld.

3.2.7 Thema: Teilhabe (Mehrgenerationen)

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Hilfe zur Selbsthilfe wird ermöglicht.
- Es fehlen Treffpunkte.
- Weil generationsübergreifendes Erleben erlebbar werden muss.
- Seniorinnen und Senioren haben die Möglichkeit ihre Ressourcen weiterzugeben.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Von Generationen übergreifenden Sozialkontakten profitieren.
- Gemeinsamkeit gegen das Auseinanderfallen der Gesellschaft organisieren.

3.3 Auswertung

Das Werkstattgespräch in Bruchsal wurde vor allem von Ideen, Anregungen und Fragestellungen der gesellschaftlichen Teilhabe bestimmt, gefolgt von Anregungen zur Mobilität und zum Wohnen.

3.3.1 Teilhabe

Die Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung im Alter wird auch im Bruchsaler Werkstattgespräch als ein elementares Bedürfnis angesehen. Doch der „Zugang in die Gesellschaft kostet Geld“. Ihn - so die Befürchtung - können sich daher diejenigen Personen immer weniger leisten, die von Altersarmut gefährdet sind. Dies betrifft „hauptsächlich alleinstehende Frauen“. Die Teilhabe im gewohnten Umfeld wird auch dadurch beeinträchtigt, dass „die Suche nach günstigem Wohnraum einen Wohnungswechsel erzwingen kann“. Die Finanzierung der Teilhabe - so die Meinungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer - ist ein immer wichtiger werdendes Thema.

Neben der Verbesserung der Finanzlage werden Lösungen insbesondere in nachbarschaftlichen Strukturen und gelebten Beziehungen, in generationenübergreifenden Projekten, in Netzwerken und in einer aktiven Quartiersarbeit gesehen. „Grundwerte der Nachbarschaftshilfe werden gelebt“; „generationenübergreifende Projekte haben stattgefunden“; „zivilgesellschaftliche Akteure haben beim Aufbau niederschwelliger Begegnungsstätten Pionierarbeit geleistet“ sind einzelne Beispiele für solche Überlegungen.

Dieser Prozess der gesellschaftlichen Öffnung und der Teilhabe entwickelt sich nach Einschätzung der Teilnehmenden nicht von selbst, sondern bedarf des Anstoßes und der Steuerung, vorrangig der Kommunen und anderer örtlicher Einrichtungen („Unterstützung durch Kommunen, Kirchen und andere Organisationen“; „Runde Tische in Städten und Gemeinden“). Diese sollen Anlaufstellen und Treffpunkte schaffen und mobile (aufsuchende) Beratungsangebote aufbauen, die das Zusammenführen der Generationen fördern, den Erfahrungsaustausch befördern und ein wechselseitiges Verstehen ermöglichen („generationenübergreifende soziale Kontakte sollen bestehen“; „Reduzierung der Kluft zwischen den Generationen“; „Generationen übergreifendes Erleben erlebbar machen“). Erwartet wird, dass sich infolge solcher Maßnahmen „die Generationen besser vernetzen und sich gegenseitig unterstützen“. So können beispielsweise Partner- und Taschengeldbörsen entstehen, Kitas auch als Familienzentren genutzt werden und Hilfen im Alltag wie z.B. Einkaufen angeboten werden. Diese Maßnahmen – so die Erwartung – werden dazu führen, dass das Bewusstsein für die Gemeinschaft steigt und die Solidarität untereinander wächst.

Erforderlich ist dazu auch eine verstärkte „Kooperation der Kommunen mit den Bürgern“ („Kommunen fördern die übergreifende Zusammenarbeit“) und die Bereitschaft „in den Rathäusern und in den Verwaltungen das Generationenpotenzial zu erkennen“. Des Weiteren sollen die Gemeinden „Koordinierungsstellen für Engagierte schaffen“ und „Budgets für Aktionen und Projekte zur Verfügung stellen“. „In jedem Stadtteil soll es eine Anlaufstelle geben“. Werden diese Anlaufstellen angenommen, wird erwartet, dass sich infolge der dort stattfindenden Beratung die Bereitschaft zum Engagement vergrößert und die oben angesprochenen

Formen der Selbstorganisation und der Selbsthilfe entstehen. In diese Entwicklung sind die „Menschen mit Migrationshintergrund“ und die „Menschen mit Behinderungen“ einzubinden.

Risiken auf diesem Weg werden insbesondere in den „bürokratischen“ Absicherungsbedürfnissen gesehen, dem Fehlen von erforderlichen Anschub- und sonstigen Finanzierungen und in der „Konkurrenz der freien Träger“ statt der notwendigen Kooperation.

3.3.2 Mobilität

Mobilität wird im Bruchsaler Werkstattgespräch umfassend betrachtet: So werden nicht nur Verbesserungen für einzelne Verkehrsmittel vorgeschlagen, sondern immer wieder der Wunsch nach bedarfsgerechten Mobilitätsketten geäußert. Als Beispiele werden genannt: Es soll „zentrale Umsteigeplätze geben“, das Umsteigen soll „besser aufeinander abgestimmt“ sein, dass „der Umstieg entspannter“ erfolgt und die „Wegstrecke einfach zu bewältigen“ ist. Wichtig ist auch, dass die „Fahrausweisautomaten einfach zu bedienen“ sind, die „Netz- und Fahrpläne verbessert werden“, „Wegweiser für Menschen mit Handicaps angebracht sind“ und Hinweise auf „Barrieren in Echtzeit abgerufen werden können“.

Wünschenswert wäre es auch, wenn die „Fahrangebote an der Haustür beginnen und enden“ könnten. Das gesamte Haltestellennetz soll stärker die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigen („Seniorenheim, Einkaufen, Friedhof, Arzt, Krankenhaus“). Diese Bedürfnisse sollen bereits bei der Planung berücksichtigt werden. Dazu sollten ältere Menschen auch in die Planungen eingebunden werden („über Befragungen können die Bedürfnisse der konkret Betroffenen erfasst werden“; „die Landkreise sollen diese Bedarfe erheben“).

Mehrfachen Äußerungen zufolge ist den Senioren auch die Verbesserung der Attraktivität des Fußgängerverkehrs ein wichtiges Anliegen. So soll die „Querung mit dem Radverkehr sicherer“ gemacht werden und Fußgänger als gleichwertige Verkehrsteilnehmer anerkannt und deren Bedürfnisse berücksichtigt werden („differenzierte Ampelphasen, ältere Menschen benötigen drei Sekunden mehr“). Aus der Sicht älterer Menschen ist Mobilität ein Zweck, um Bedürfnisse insbesondere des täglichen Lebens zu befriedigen. Mobilität, insbesondere die fußläufige, nutzt daher wenig, wenn das Dienstleistungsangebot nicht mehr zu Fuß erreichbar ist („Bäcker u.a. sollen in der Fläche gehalten werden“). Hierfür ist es auch wichtig, dass Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und Apotheken barrierefrei erreichbar sind („der barrierefreie Zugang zu Arztpraxen wird eingefordert“; die „Barrierefreiheit soll (generell) rechtlich eingeführt werden“). Einzelschlüsse bezogen sich u.a. auf die Einführung eines Sozialtickets oder die Einrichtung von Mitfahrzentralen.

Um diese Bedürfnisse kostengünstig und flexibel bedienen zu können, wird auch auf bürgerschaftliches Engagement gesetzt. Die Vorschläge reichen von der Einführung „ehrenamtlich betriebener Bürgerbusse und Fahrdienste“, über „aktivierende Hausbesuche durch Sportvereine“, „Bewegungsparks“ bis hin zur Bürgerhilfe: „Zeitbank 55+“. Mit diesem Begriff wird eine besondere Tauschbörse bezeichnet, über die sich ältere Menschen zur Bedienung unterschiedlicher Bedürfnisse wechselseitig unterstützen. Vorgeschlagen wird

auch, Fahrdienste als Public Private Partnership zu betreiben. Bei Vorliegen einer Pflegestufe soll ein Beförderungsanspruch gewährt werden.

Dass die Umsetzung der Vorschläge nicht frei von Risiken ist, wurde auch von den Teilnehmenden gesehen. Sie sehen durchaus, dass die Vorschläge, die zur Verbesserung der Mobilität Älterer gemacht werden, verstärkt auf bürgerschaftlich initiierte Freiwilligendienste setzen und daher mit den Rechten privat betriebener Transportunternehmen konkurrieren. Als ein weiteres Risiko sehen sie den fehlenden Idealismus. Möglicherweise gibt es die erforderlichen „Freiwilligen“ nicht in dem erhofften Maße. Dieser Mangel wird durch „die Landflucht und die massive Überalterung“ verstärkt. Eine weitere Gefahr wird auch darin gesehen, dass ein erweitertes Mobilitätsangebots gar nicht angenommen wird und daher die „Individualisierung recht teuer werden kann“.

3.3.3 Wohnen

Die Vorschläge zum Themenfeld Wohnen bezogen sich insbesondere auf Anregungen zur Wohnbedarfsdeckung, Vorstellungen zu Wohnformen und Anforderungen an die Steuerung. So soll das Wohnraumangebot sowohl preislich günstig als auch vielfältig und transparent sein („es dürfen sich nicht nur Besserverdienende leisten können“; das „Angebot an bezahlbarem Wohnraum soll zunehmen“). Die Bedeutung des bezahlbaren Wohnraums wurde in mehreren Äußerungen angesprochen. Die Bedienung des Wohnbedarfs soll jedoch nicht nur die Seniorinnen und Senioren im Blick haben, sondern alle Generationen („ein Generationen übergreifendes Denken soll stattgefunden haben“; „es soll keine Isolierung im Alter geben“). Außerdem sollen Handwerker einen „seniorenfreundlichen Service anbieten“.

Als Anforderungen an das Wohnen werden neben der Bezahlbarkeit vor allem die Barrierefreiheit und die Vermeidung von Isolation genannt. Dass es möglicherweise zu wenige alternative Wohnformen gibt, kann - so eine Einschätzung - auch auf die mangelnde Qualifizierung der Planer zurückgeführt werden.

3.3.4 Weitere Auswertungen

Im Bruchsaler Werkstattgespräch wurden neben den oben genannten Themen auch Anregungen zum Themenfeld Engagement und Beteiligung und – nachgeordnet – auch zu allgemeinen Finanzierungsfragen, zur Projektförderung und zur rechtlichen Verankerung von Mitwirkungsmöglichkeiten entwickelt.

Wie in den anderen Werkstattgesprächen, wurde auch hier hinsichtlich des Engagements ein verstärktes Bedürfnis nach Anerkennung, Wertschätzung, einschließlich einer besseren Entlohnung und Versicherung der Engagierten gesehen. Stichworte in dem Zusammenhang waren: „Gesundheitsbewusstsein und Eigenverantwortung“ sowie „Selbstverantwortung und Vorsorge“.

In einzelnen Anmerkungen wurde die Landesregierung gebeten, den Seniorenrat in der Gemeindeordnung zu institutionalisieren. Er soll insbesondere die Möglichkeit erhalten, Projekte einbringen und solche Maß-

nahmen treffen zu können, die geeignet sind, eine gute Nachbarschaft zu befördern. Bei der Vergabe von Fördermitteln soll stärker auf Nachhaltigkeit geachtet werden. Projekte sollen eine Perspektive haben. Zudem soll verstärkt in Strukturen investiert werden („Finanzielle Rahmenbedingungen zur Sicherung von Mütterzentren, Mehrgenerationenhäusern oder Familienzentren schaffen“, „Sicherung der bereits seit Jahrzehnten erfolgreich agierenden Non Profit Organisationen“).

4. Werkstattgespräch am 4. Juni 2014 in Biberach

Impressionen



4.1 Vorgeschlagene Themen

Die in Bruchsal angebotenen Schwerpunkte wurden auch in Biberach zur Bearbeitung angeboten: „Altersbilder, Generationen übergreifende Verantwortung“, „Selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter“ und „Mobilität“.

Aus dem Schwerpunkt „Altersbilder, Generationen übergreifende Verantwortung“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Kultursensibilität (4 Punkte).
2. Vielfalt von Altersbildern (0 Punkte).
3. Wechselseitige Unterstützung von Generationen (7 Punkte).
4. Chancen und Potenziale einer älter werdenden Generation nutzen (8 Punkte).
5. Weitergabe der Erfahrungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Jüngere (3 Punkte).
6. Keine Diskriminierung älterer Menschen auf Grund ihres Alters (1 Punkt).
7. Gestaltung von kommunalen Verantwortungsnetzwerken; Quartiere, Community (8 Punkte).
8. Generationengerechtigkeit (2 Punkte).
9. Positive Besetzung von Altersbildern (0 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 4 und 7 in der Arbeitsgruppe vertieft.

Aus dem Schwerpunkt „Selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Sicherheitsempfinden und Schutz älterer Menschen (1 Punkt).
2. Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere (11 Punkte).
3. Berücksichtigung der Stärken und Schwächen älterer Menschen bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen (2 Punkte).
4. Unterstützung bei der persönlichen Neuorientierung im Alter (6 Punkte).
5. Erwerbstätigkeit neben der Rente (0 Punkte).
6. Bedarfsgerechter Verbraucherschutz (1 Punkt).
7. Unternehmertum im Alter fördern und fordern (1 Punkt).
8. Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Generationen bei der Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen (7 Punkte).
9. Gestaltung des Wechsels aus der Berufstätigkeit in die Nacherwerbstätigkeit (6 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 2 und 8 in der Arbeitsgruppe vertieft.

Aus dem Schwerpunkt „Mobilität“ wurden folgende Themen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt:

1. Sport im Alter (3 Punkte).
2. Verkehrssicherheit (1 Punkt).
3. Bewegung hochbetagter Menschen (0 Punkte).
4. Niederschwelligkeit und Barrierefreiheit (2 Punkte).
5. Individuelle Mobilitätsangebote für ältere Menschen (insbesondere im ländlichen Raum) (7 Punkte).
6. Förderung der Mobilität älterer Menschen durch bauliche Gestaltung (4 Punkte).
7. Altersgerechte Verkehrsinfrastruktur (4 Punkte).
8. Bedarfsgerechtes Lebensumfeld (4 Punkte).
9. Verknüpfung von altersgerechten Mobilitätsketten (4 Punkte).

Entsprechend der Höchstplatzierung wurden bei diesem Schwerpunkt die Themen 5 und 8 in der Arbeitsgruppe vertieft.

4.1.1 Thema: Chancen und Potenziale einer älter werdenden Generation nutzen

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Es gibt Angebote für das persönliche Potenzialscreening.
- Es bestehen flächendeckende Beteiligungsstrukturen.
- Die Anzahl der bürgerschaftlich Engagierten aus den verschiedenen Milieus hat zugenommen.
- Es findet eine aktive Mitarbeit in Seniorenvertretungen statt.
- Es gibt flexible Modelle des bürgerschaftlichen Engagements.
- Es findet ein Wissensmanagement in Betrieben statt.
- Es gibt Anlaufstellen und Orte sowie Anreizsysteme, damit Senioren ihre Kompetenz einsetzen können.
- Eine Kultur der Gelassenheit ist vorhanden (Zeit, Leistung, Hierarchie).
- Berufliches Knowhow wird weitergegeben und das Potenzial der Ausbildung genutzt.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Die Kompetenz von Seniorinnen und Senioren wird wertgeschätzt (von den Jungen).
- Informations- und Beratungsstellen sind entstanden (Ehrenamtsberatung schaffen).
- Vermittlungsbörsen wurden eingerichtet.
- In Unternehmen und Betrieben wurde ein gutes Übergangsmanagement eingerichtet.
- Der Ausstieg aus der Berufswelt wurde flexibler gestaltet.
- Die Beratung für die Nacherwerbsphase wurde als Aufgabe der Personalverwaltungen angenommen.

- Die Rentenversicherung wurde reformiert.
- Die Generationengerechtigkeit wurde reflektiert.
- Spezielle Freiwilligendienste für Senioren und Seniorinnen wurden eingerichtet.
- Projekte mit Generationen übergreifender Unterstützung wurden initiiert.

Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?

- Das Bildungssystem mit Angeboten zum „lebenslangen Altern“, um bestehende Altersbilder in Frage zu stellen.
- Die Medien mit einer differenzierten Berichterstattung.
- Gesetzgeber mit einer flexibleren Gestaltung der Übergänge (Rente).
- Die Werbung mit einer Sichtbarmachung der Potenziale.
- Die Kirchen mit einer Veränderung ihrer Altersbilder und der Ermutigung zum Engagement.
- Kommunen und Landkreise, indem Strukturen z.B. für Agenturen des bürgerschaftlichen Engagements geschaffen werden.
- Die gelebte Nachbarschaft.
- Die Arbeitgeber um das Know how systematisch zu nutzen.

Welche Risiken sehen Sie?

- Die Wechselseitigkeit aus dem Blick zu verlieren.
- Die Übermacht der Senioren.
- Die Blockierung von Innovationen seitens der Älteren.
- Der defizitorientierte Blick.
- Das Verlorengehen von Erfahrungswissen.
- Die unterschiedlichen Kommunikationswege zwischen den Generationen.
- Andere Wissensinteressen (Jung und Alt).
- Kluft zwischen wohlhabenden und bedürftigen Senioren (inkl. Auswirkung auf Engagement).
- Die zunehmende Isolation und der Rückzug der Alten.
- Die Politik denkt zu kurzfristig.
- Es besteht kein gesellschaftlicher Konsens.

4.1.2 Thema: Gestaltung von kommunalen Verantwortungsnetzwerken (Quartiere) i.d. Community

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Eine sichtbare, aktive Gestaltung des öffentlichen Raums hat stattgefunden.
- Kulturelle und soziale Milieus mischen in Netzwerken mit.
- Es gibt weniger Anfragen für die kommunale Daseinsfürsorge.

- Eine Identifikation mit dem Quartier findet statt.
- Aktivitäten und Beteiligung haben zugenommen.
- Es gibt ein Quartierszentrum.
- Beratungen und Begegnungen finden statt.
- Für jede/n steht eine frei gewählte Wohnmöglichkeit mit funktionierender Infrastruktur zur Verfügung.
- Es erfolgt eine aktive Gestaltung des Umfeldes und der Umgebung.
- Wohnungen werden wechselseitig vergeben.
- Die Quartiersarbeit wird begrüßt.
- Gemeinden auf dem Land haben ein Versorgungsnetzwerk.
- In jeder Gemeinde gibt es ein Leitbild für Senioren in der 3. und 4. Lebensphase.
- In jeder Gemeinde gibt es einen Runden Tisch (Versorgungs- und Bedarfsfeststellung).
- Es gibt Vorstellungen, was die Senioren in eigener Verantwortung gestalten können.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Die Akteure im Quartier haben sich vernetzt (Institutionen und Persönlichkeiten).
- Analysen der Sozialräume wurden durchgeführt (Knowhow sichern und weitergeben).
- Rahmenwerke mit Anreizen zur aktiven Gestaltung wurden geschaffen.
- Kümmerer (Gruppen) sind entstanden (Einzelninitiativen, Selbstverantwortung).
- Es wurde für professionelle Unterstützung bei Interessensausgleichen im Quartier gesorgt.
- Fortbildungen für Ehrenamtliche (Nacherwerbsphase) wurden angeboten.
- Eine Bereitschaft für unkonventionelle Lösungen entstand.
- Meilensteine und Zwischenergebnisse zeigten sichtbare Erfolge und praktischen Nutzen.

Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?

- Die Gesetzgebung mit der Erlaubnis von Nachbarschaftsfahrdiensten (rechtliche Sicherheit und Haftungsschutz).
- Die Kommune mit Wohlwollen und Unterstützung (Gemeinderat und Verwaltung); transparente Konzepte für die Beteiligung an der Stadtplanung.
- Wirtschaftsunternehmen mit Sponsoring, Mitgestaltung des Quartiers, Vernetzung bei Pflegeplätzen.
- Senioren mit nachbarschaftlichen Hilfen.
- Dienstleister wie Wohlfahrtsverbände müssen einbezogen werden und ihr Knowhow einbringen.
- Die politischen Meinungsbildner müssen das Thema aufgreifen.
- Die Nachbarschaft muss sich einbringen.
- Alle müssen zur Netzwerkarbeit bereit sein.
- Kommunen mit Anlaufstellen, die informieren, was angeboten wird.
- Das Land muss die Tagespflege finanzierbar machen (Einbeziehung der Alten- und Seniorentreffs).

Welche Risiken sehen Sie?

- Eine negative soziale Kontrolle (kein Blockwart).
- Herrschaftswissen wird nicht geteilt.
- Konkurrenz der Akteure.
- Die Gefährdung der Wahlfreiheit.
- Einen „Kümmerer“ überhaupt zu finden.
- Die Kultur der Beteiligung muss erst noch wachsen.
- Der Aufwand für Infrastruktur ist im ländlichen Bereich ungleich höher.
- Die Bescheidenheit der älteren Generation.
- Das Nichtwissen, wie fange ich was an.
- Das Ausschlussdenken (Schere im Kopf), nicht nur auf Finanzierbarkeit schauen.
- Einbindung aller Generationen (darf nicht fehlen).
- Kommunenübergreifende Quartiere.

4.1.3 Thema: Altersgerechte, bezahlbare, alternative Wohnformen für Ältere

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Eine Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger hat stattgefunden.
- Finanzierungsmodelle für neue Wohnformen sind entstanden.
- Neue Wohnformen wurden umgesetzt.
- Eine barrierefreie Infrastruktur wurde erreicht (Ärzte, Apotheken, Lebensmittel).
- Der soziale Wohnungsbau ermöglichte kreative Wohnkonzepte und soziale Dienstleistungen.
- Eine Moderation für Begleitung und Anleitung findet statt.
- In Wohnblocks gestalten „Paten“ mit.
- Der soziale Wohnungsbau sorgt für eine gezielte Belegung und eine gute soziale Durchmischung.
- Selbstorganisiertes Bauen und Wohnen wird politisch unterstützt.
- Barrierearmes Wohnen und Bauen ist für alle Generationen selbstverständlich.
- Eine tatsächliche Auswahlmöglichkeit (Wohnen) ist unabhängig von finanziellen Mitteln möglich.
- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen lassen eine hohe Flexibilität und Individualität zu.
- Es existiert ein lebenswertes und vernetztes Umfeld.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Das Bewusstsein der Betroffenen ist geschärft.
- Der Gemeinderat wurde sensibilisiert.
- Eine Umsetzung in Leitbildern und in der Bauleitplanung hat stattgefunden.

- Das Bewusstsein der kommunal Verantwortlichen, finanzielle Mittel bereitzustellen, wurde erhöht.
- Ansprechpartner (Betroffene) wurden beteiligt.
- Teilhabepflege und Finanzierung wurden gekoppelt.
- Die kommunale Daseinsvorsorge (gesetzliche Vorgabe) wurde als Querschnittsthema etabliert.
- Das Land hat die Kommunen besser unterstützt.
- Mehr Offenheit wurde praktiziert (weniger gesetzliche Regularien).
- Es besteht Klarheit bei der Handlungsverantwortung.
- Konkrete Ansprechpartner in ausreichender Anzahl sind vorhanden.
- Ganz neue Finanzierungsmodelle wurden entwickelt (offenes Töpfesystem).
- Es wurde mehr Geld für Kreativität ausgegeben.
- Planungen erfolgen bedarfsgerecht.
- Das Versorgungssystem wird über Steuern geregelt.
- Die vorhandenen Zuständigkeiten wurden überprüft.
- Bei den Kassen wurden Gesamtbudgets eingeführt.
- „Menschenwohl statt Kassenprofit“.
- Kleinräumige Aktivitäten dienen als Vorbild.
- Warum mit „55“ schon Senior?
- Dezentrale Entscheidungsträger wurden geschult.
- Der Weg ging von Mikro (Nachbarschaft) zu Makro (Kommunen).
- Werte wurden gelebt, Betroffene mobilisiert.

Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?

- Vernetzung aller (einschließlich Kassen) und Quartiersarbeit vor Ort.
- Staat mit Änderung der Zuständigkeiten und einer Verschiebung der Töpfe (Veränderung des gesellschaftlichen Systems).
- Alle reden mit, auch diejenigen, die unter wirtschaftlich schlechten Bedingungen leben.
- Medien mit einer objektiven und sensiblen Berichterstattung auch über soziale Entwicklungen.

Welche Risiken sehen Sie?

- Trotz der Suche nach alternativen Wohnformen wollen viele zuhause bleiben.
- Keine große Idee, sondern nur vereinzelte zufällige Aktivitäten.
- Wenn es Mittelschichtsmodelle bleiben.
- Wenn Aktivitäten nur auf eine Zielgruppe ausgerichtet sind (Stigma, Akzeptanz).
- Wenn am Bedarf vorbeigorganisiert wird.
- Wenn zu wenig kompetente Personen vorhanden sind.
- Finanzierung und Priorisierung anderer Themen (Straßenbau).
- Wenn die Wertigkeit nicht gesehen wird.
- Wenn Infrastrukturen aufgelöst werden „wir haben ja schon was gemacht“.
- Wenn viel geplant und wenig umgesetzt wird.

- Wenn es an juristischen Risiken scheitert.

4.1.4 Thema: Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Generationen bei der Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Die verschiedenen Generationen werden selbst aktiv und mit einbezogen (definieren ihre Bedürfnisse selbst).
- Produkte und Dienstleistungen werden immer vom Nutzer her gedacht.
- Senioren werden als kaufkräftige Zielgruppe wahrgenommen.
- Produkte und Dienstleistungen sind leicht verständlich und einfach nutzbar.
- Eine einfache funktionale Handhabung ist gegeben.
- Es werden keine irreführenden Angebote gemacht (Verbraucherschutz).
- Es gibt nur Angebote, die Menschen auch wirklich brauchen.
- Überall und immer ist eine leichte Sprache vorhanden.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Das Käuferbewusstsein hat sich verändert.
- Die Hersteller kennen die Bedürfnisse der Nutzer und berücksichtigen diese.
- Das Personal stellt sich auf Menschen mit Handicaps ein.
- Die Wirtschaft ist für die Kaufkraft der Senioren sensibilisiert.
- Die Vielfalt der Produkte bleibt erhalten.
- Es ist klar, was es braucht (Kenntnis der Zielgruppe)
- Einkaufsmöglichkeiten sind fußläufig erreichbar.
- Es gibt an die jeweilige Lebenssituation angepasste Ladenkonzepte.

Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?

- Wirtschaft mit der Entwicklung zielgruppengerechter Produkte.
- Staat mit Bildung, um Bedürfnisse formulieren zu können.
- Verbraucher, der bewusst auswählt.
- Generationenvertreter, die Verantwortliche ansprechen.
- Nachbarschaft (Tauschbörsen).
- Gesetzgeber durch Vorgaben.

Welche Risiken sehen Sie?

- Überwachung analog NSA⁹.
- Verzettelung, da nicht alle Generationen unter einen Hut passen (Gruppenbedürfnisse).
- Verlust von Vielfalt.
- Bevormundung.
- Regulierungswut.
- Keiner fühlt sich angesprochen.

4.1.5 Thema: Individuelle Mobilitätsangebote für ältere Menschen

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Hilfsmittel wie Rollator, Elektrorollstuhl werden genutzt.
- E-Bikes werden genutzt.
- Bürgerschaftliche Fahrdienste existieren.
- Ein Bürgerbus fährt.
- Mobile Läden sind vorhanden.
- Hol- und Bringdienste sind entstanden.
- Selbststeuernde Fahrzeuge verkehren.
- Das Ruftaxi-System ist ausgebaut.
- Ein Fahrzeug-Sharing¹⁰ wird praktiziert (Auto, E-Bike, Kleinbus, Bus mit einem Ticket).
- Der Schulbus wurde zum Seniorenbus weiterentwickelt.
- Regionale und örtliche Chatrooms¹¹ werden genutzt.
- Ein Mehr an Fahrplan (statt Sparplan) wird angeboten.
- Die Fahrradwege wurden ausgebaut.
- Radabstellplätze inkl. Ladestellen sind entstanden.
- Der ÖPNV bietet ergänzende Angebote zu Fahrhilfen, Bürgerbussen u.a. an (flexible Haltestellen, ehrenamtliche Fahrer, Senior-Tramper).
- Einkaufsgemeinschaften und Hauslieferungen werden praktiziert.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Untersuchungen zur Mobilität haben stattgefunden.
- Das Beförderungsrecht wurde geändert (Kosten, Führerschein, Anzahl Personen, Busgröße).
- Das vorhandene System (Beförderung) wurde durch bürgerschaftliche Fahrdienste ergänzt (Bezahlbarkeit).

⁹ NSA = National Security Agency (Auslandsgeheimdienst der USA)

¹⁰ Sharing = geteilte Nutzung

¹¹ Chatroom = Austauschplattform im Internet

- Ein Gesamtkonzept Mobilität wurde entwickelt (Bus, Taxi, Fahrdienste, Car-Sharing¹², Steuervorteile für...).
- Für Lebensmitteltransporte werden finanzielle Anreize gewährt (ländlicher Raum).
- Die Bedürftigen sind Teilhaber an der Entwicklung.
- Chatrooms, Schulungen zum Internet und benutzerfreundliche Oberflächen wurden entwickelt (barrierefrei).
- Die Öffentlichkeit wurde sensibilisiert (z.B. Portalbereitstellung, Navi...).
- Steuerliche Regelungen bezüglich der Fahrkostenpauschale wurden überdacht.
- Die Arbeitszeit wurde auch als „Seniorenversorgungszeit“ angenommen.

Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?

- Staat mit Steuern und Subventionen sowie mit der Überarbeitung des Beförderungsrechts.
- Gemeinde mit Fahrradwegen und Verkehrsinfrastruktur.
- Bürgerschaftliches Engagement mit Fahr- und Bringdiensten.
- Wirtschaft mit Techniken und der Entwicklung von Hilfsmitteln.
- Die Betroffenen und ihre Neuorientierung („Senioren für Senioren“).

Welche Risiken sehen Sie?

- Die Finanzierbarkeit.
- Das knappe Zeitbudget der Jüngeren.
- Das Beharrungsvermögen am Bestehenden.
- Die fehlende Lobby für Senioren in der Politik.
- Die Sicherheitsbedürfnisse.

4.1.6 Thema: Bedarfsgerechtes Lebensumfeld in Stadt und Land

Woran erkennen Sie, dass sich das Thema positiv entwickelt hat?

- Es stehen bezahlbare, behindertengerechte Wohnungen zur Verfügung.
- Eine barrierefreie Stadt- und Ortsgestaltung hat stattgefunden.
- Der Bedarf wird erhoben und diskutiert.
- Alle Generationen im Ort sind präsent und werden beteiligt.
- Es gibt eine Selbstverständlichkeit der „kleinen Handgriffe“.
- Angebote wurden bedarfsgerecht entwickelt.
- Der Aktionsradius ist selbstbestimmt (nicht fremdbestimmt).
- Es gibt einen Toilettenfinder.

¹² Carsharing = gemeinsame PKW-Nutzung

- Nachbarschaftshilfe existiert.

Was könnte auf dem Weg zwischen der Gegenwart und der erwünschten Zukunft passiert sein?

- Kommunen haben Seniorenbeauftragte und Kreis-/Stadt-Seniorenrat.
- Die Kommunalplanung folgt einem systematischen Vorgehen.
- Bauliche Vorgaben und finanzielle Förderungen wurden gekoppelt (Wohnungsbaugestaltung).
- Kommunaler sozialer Wohnraum muss verfügbar sein.
- Betreute Wohnungen stehen zur Verfügung.
- Mehrgenerationenhäuser und Dorfgemeinschaften existieren.
- In Familie, Kindergarten und Schule wurde zur Hilfsbereitschaft erzogen.
- Senioren haben die Toleranzbereitschaft gefördert.

Wer (Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Familie, Nachbarschaft, Senioren u.a.) hat was dazu beigetragen?

- Die Gesetzgeber mit Änderung der Landesbauordnung und der Bereitstellung von Fördermitteln.
- Die Gemeinde mit der barrierefreien Ortsgestaltung, gemeinsam mit Bürgerschaft.
- Verbände: kassenärztliche Vereinigung, Angebot, Umsetzung der „Vorgaben“, Impulse an Gesetzgeber.
- Senioren und Bürgerschaft mit Vertretung und Selbsthilfe.
- Wirtschaft mit Investitionen, angepasstem Produktdesign, bedarfsgerechten Gütern (Möbel).
- Gesundheitswirtschaft als Standortfaktor.

Welche Risiken sehen Sie?

- Egoismus.
- Ärztemangel in der Fläche.
- Versorgungsmangel.

4.1.7 Weitere Themen und Anregungen

In einem Themenspeicher konnten weitere Thesen, Fragen, Ideen und Anregungen, die im Laufe des Vormittags entstanden sind, gesammelt werden, auch wenn sie im Werkstattgespräch nicht weiter bearbeitet werden konnten.

- Demenzkranke im Akutkrankenhaus.
- Qualifizierung des Pflegepersonals bei Demenz.
- Versorgungsangebot für Demenzkranke.
- Dienstleistungen aus einer Hand – Modell für die Zukunft auch für Senioren?

- Wie können die bestehenden Hilfen besser vernetzt werden?
- Geschlechtsspezifische Aspekte des Älterwerdens.
- Ältere Menschen mit Behinderung.
- Wie kann die Altersspanne zwischen 60 und 90 Jahren bei Planungen berücksichtigt werden?
- Osteuropäische Hilfskräfte und deren katastrophale Rechtssituation.
- Die rechtliche Betreuung als Vorstufe für das Engagement.
- Gewalt in der Pflege – Überforderung?
- Hausärzteversorgung.
- Entlassmanagement des Krankenhauses.
- Heimplätze-Datenbank auf Landesebene.

4.2 Themen der Teilnehmenden

Auch in Biberach konnten im offenen Teil des Werkstattgesprächs die teilnehmenden Personen Themen ihrer Wahl vertiefen. Diese wurden gesammelt und bei Bedarf gebündelt. Auf diese Weise wurden in Biberach folgende Themen bearbeitet:

4.2.1 Thema: Versorgungsangebot für Demenzkranke und deren Angehörige

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Zunahme von Demenzkranken.
- Gesellschaftliche Akzeptanz und Rücksichtnahme.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Isolation von Betroffenen und Angehörigen vermeiden.
- Verbleibende Fähigkeiten erhalten.
- Spezielle Ausbildung des Pflegepersonals.
- Finanzielle Mittel für qualifizierte Betreuung bereitstellen.
- Modellprojekte entwickeln für Umgang mit Demenzkranken im Akutkrankenhaus.
- Finanzierung von bürgerschaftlicher Arbeit im Demenzbereich.
- Ausreichende Entlastungsangebote für pflegende Angehörige schaffen.

4.2.2 Thema: Menschen mit Migrationshintergrund in Führungsfunktionen des Engagements

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Förderung der Verantwortung, des Zutrauens und Vertrauens; „Sport vor Religion“.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Werbespot: Ein Verein - viele Nationalitäten.
- Botschaft: Gemeinsam sind wir nicht einsam (Migration beginnt im Stadion und endet im Vorstand; unser Vorstand ist aus China).

4.2.3 Thema: Umgang mit sozial schwachen Menschen

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Können notwendige Versorgung nicht in Anspruch nehmen.
- Landen in wesentlich teureren Systemen.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Abgestuftes Leistungssystem für dringend notwendigen Bedarf für Personen außerhalb der klassischen Sozialsysteme schaffen.
- Entwicklung von Einstufungskriterien.
- Treffen von Finanzierungsregelungen.

4.2.4 Thema: Altersperspektive für Menschen mit Migrationshintergrund

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Fehlende Forschung (Kenntnis der Bedarfe, „was wollen sie?“).
- Familien und Kinder leben in Deutschland.
- Versorgung in Deutschland ist besser, sind fremd im Herkunftsland.
- Wie kann eine Versorgung bei fehlender deutscher Sprache aussehen?
- Sind Hilfsmittel interkulturell? Rollator!

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Gewinnung von muttersprachlichen Fachkräften.
- Vergabe von Forschungsaufträgen (Was wollen Menschen mit Migrationshintergrund im Alter? Welcher Bedarf besteht? Was sind Erwartungen?)
- Begegnungsmöglichkeiten schaffen (unter sich und mit anderen).

4.2.5 Thema: Krankenhaus und danach Kurzzeitpflege

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Nicht sichere Nachsorge.
- Gefährdung der Personen.
- Zunahme der Singlehaushalte.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Keine zu frühe Entlassung.
- Ausreichend finanzierte Kurzzeitpflegeplätze anbieten.
- Demenzfreundliches Krankenhaus mit Kurzzeitpflege, Personal, Begleitung, Standards.
- Seniorenfreundliches Krankenhaus.

4.2.6 Thema: Vereinsamung

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Soziale Kontakte sind ein zu befriedigendes Grundbedürfnis.
- Fördert die Lebensqualität.
- Hilfe zur Bewältigung des Alltags.
- Ohne Hilfe gibt es kein Zurück mit der Folge psychischer Probleme.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Mit präventiven Maßnahmen der Vereinsamung vorbeugen.
- Fokus nicht nur auf Angebote zur Versorgung richten, sondern auch auf soziale, kommunikative Aspekte (Qualität).

4.2.7 Thema: Übergang Beruf - Ruhestand

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Drohende Altersarmut, weil Job-Möglichkeiten fehlen
- Fehlende Unterstützung bei der Vermittlung von Jobs.
- Entlastung der Sozialkassen.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Kompetenzen, die erworben wurden, sind zu nutzen und wertzuschätzen.
- Entwicklung von 60+ Vermittlungsprogrammen initiieren und fördern.
- Den demografischen Wandel (Fachkräftemangel) konkret machen.
- Wachrütteln der Öffentlichkeit, vor allem der Wirtschaft.

4.2.8 Thema: Alternative Wohnformen oder zuhause bleiben

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Zuhause bleiben ist Realität und Wunsch der Mehrheit mangels gedanklicher Alternativen.
- Gefühlssicherheit, Vertrautheit, Bekanntenkreis vorhanden.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Nicht das Besondere auf Kosten des Normalen vernachlässigen. Auch das Normale unterliegt Wandlungen.

4.2.9 Thema: Finanzierung von Krankheits- und Pflegefall

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Erfordert eine Systemänderung.
- Verhindert Pflegebedürftigkeit.
- Verschiebung der Kosten auf Grund unterschiedlicher Zuständigkeiten.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Finanzierung aus einem Budget.

4.2.10 Thema: Ältere Menschen mit Migrationshintergrund

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Thema nimmt an Bedeutung zu.
- Familienstrukturen werden brüchiger.
- Traditionelle Orientierung führt zur Überforderung in der Pflege.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Erfordernis einer kultursensiblen Pflege.
- Interkulturelle Ausrichtung der Pflege.
- Förderung interkultureller Arbeitsansätze.
- Beteiligung von Migranten im Planungsprozess.
- Förderung der Aus- und Weiterbildung zu kultursensibler Pflege.
- Umgang mit ausländischen Rentenansprüchen.

4.2.11 Thema: Pflegende Angehörige

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Steigender Bedarf.
- Hohe Belastung.
- Überforderung.
- Geringe Wertschätzung.
- Volkswirtschaftlicher Faktor.
- Wunsch, zuhause zu bleiben.

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Pflegende Ehepartner besonders in den Blick nehmen (aufsuchende Unterstützung)
- Gesetzlich verankerte finanzierte Förderstruktur (im Vorfeld der professionellen Pflege).
- Vereinbarung von Beruf und Familie (Haltung; nicht nur Kinder).

4.2.12 Thema: Großeltern

Zur Wichtigkeit des Themas:

- Ohne Großeltern würde vieles nicht laufen.
- Großeltern sind unentbehrlich.
- Das gegenseitige Kennenlernen der Generationen anliegen fördert den familiären Zusammenhalt.
- Es findet ein Transfer von Geld und Zeit statt.
- Großeltern als wichtiger familiärer Akteur (Großelternschaft als längste Lebensphase kommt in der politischen Diskussion nicht vor).

Anregungen, Empfehlungen, Botschaften:

- Stärkung der familiären Beziehungen.
- Bedeutung der Großeltern deutlich machen.
- Politische Anerkennung schaffen.

4.3 Auswertung

In Biberach wurden in den Diskussionen und Beiträgen die Themen sehr breit angesprochen. Mit über 20% ragten Hinweise zur Gemeinschaftsbildung heraus. Die Beiträge zu den Themen Bauen und Wohnen, Arbeit und Wirtschaft, Pflege und Versorgung sowie Mobilität lagen zwischen 10 und 20 % der Nennungen. Daher zeigen die Ergebnisse des Werkstattgesprächs in Biberach die Breite der seniorenpolitischen Themenstellungen besonders deutlich auf.

4.3.1 Teilhabe

Die Nachbarschaft, das Quartier, das Netzwerk, der Nahbereich oder der Sozialraum übernehmen dem Biberacher Werkstattgespräch zufolge für ältere Menschen eine wichtige, das Zusammenleben bestimmende Rolle. Vielen Äußerungen zufolge wird ein intensiver Wunsch nach lebendigen Gemeinschaften deutlich. Diese sollen vor Vereinsamung schützen („Mit präventiven Maßnahmen der Vereinsamung vorbeugen“; „Risiko des zunehmenden Rückzugs und der Isolation der Alten“) und eine Wertschätzung der Älteren ermöglichen („Knowhow sichern und weitergeben“; „verloren gehen von Erfahrungswissen“).

Bezogen auf den Schlüsselbegriff „Gemeinschaftsbildung“ wurde die Einrichtung Runder Tische in Gemeinden gewünscht, in denen die lokalen Bedarfe und Maßnahmen jeweils festgestellt und abgestimmt werden. In mehreren Äußerungen wurde darauf hingewiesen, dass der Bedarf älterer Menschen nicht nur materielle Zuweisungen betrifft, sondern in starkem Maße auch kommunikative und soziale Kontakte umfasst („soziale Kontakte sind ein zu befriedigendes Grundbedürfnis“).

Insbesondere den Gemeinden wird eine wichtige, mittelbar und unmittelbar steuernde Rolle zugewiesen. Diese sollen dafür sorgen, dass Anlaufstellen (Informationsangebote) eingerichtet werden und die Versorgung mit Mitteln des täglichen Bedarfs einschließlich einer ärztlichen Versorgung, insbesondere im ländlichen Bereich, erhalten bleibt. So deutlich die Formen der Selbstorganisation auch in den Vordergrund gerückt wurden, so deutlich wurde auch darauf hingewiesen, dass sich diese nicht von selbst einstellen, sondern dieser Prozess kommunal bzw. lokal gesteuert werden muss („Begegnungsmöglichkeiten sind zu schaffen“, „generationsübergreifende Projekte sind zu initiieren“, „der öffentlichen Raum ist sichtbar zu gestalten“, „ein Quartierszentrum ist einzurichten“, „professionelle Unterstützung ist zu gewähren“).

Die starke Betonung des „Selbst“ in einer Vielzahl von Äußerungen legt den Schluss nahe, dass im Rahmen einer so entstandenen seniorengerechten Gemeinschaftskultur, diese auch selbst bereit ist, sich mit Selbsthilfeformen an der Erbringung der erforderlichen Hilfen zu beteiligen („Kümmerer sind entstanden“; „Senioren mit nachbarschaftlichen Hilfen“; „es gibt eine Selbstverständlichkeit der kleinen Handgriffe“; „es gibt weniger Anfragen an die kommunale Daseinsfürsorge“). Eingestanden wird aber auch, dass diese Kultur der Beteiligung und Einmischung erst noch wachsen muss. Gerade deshalb bedarf sie der Unterstützung. Gefahren für diesen Entwicklungsweg sehen die Seniorinnen und Senioren insbesondere dann, wenn nicht die Interessen aller Generationen berücksichtigt werden und es deshalb zu Interessenskonflikten kommt

(„Egoismus“; „die Wechselseitigkeit nicht aus dem Blick verlieren“; „die Übermacht der Senioren“; „das Blockieren von Innovationen“; „es besteht kein gesellschaftlicher Konsens“). Befürchtet wird aber auch, dass angesichts der gegenwärtigen (finanziellen) Möglichkeiten das Nachdenken und Anstoßen neuer Ideen für die Modernisierung der Versorgung und Pflege im Alter blockiert und die ältere Generation mit eher symbolischen Maßnahmen zufrieden gestellt wird („Bescheidenheit der älteren Generation“). Die „Schere im Kopf“ ist noch vorhanden und damit auch das gängige defizitorientierte auf Selbstbescheidung gerichtete Altersbild („defizitorientierter Blick“; „bestehende Altersbilder in Frage stellen“). Ob der Aufbau seniorenfreundlicher Gemeinschaften gelingt, hängt nach Ansicht der Teilnehmenden daher nicht nur vom Verhalten und der Einstellung der Älteren ab, sondern auch vom Unterstützungswillen von Verwaltung und Politik.

4.3.2 Wohnen

Beim Thema Bauen und Wohnen standen der Wohnraumbedarf im Mittelpunkt der abgegebenen Anregungen und Hinweise. Der Bedarf solle mit den Betroffenen erhoben werden. Nur so wird erwartet, zu einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung zu kommen („die Altersspanne zwischen 60 und 90 Jahren soll bei der Planung berücksichtigt werden“; „Migranten sind am Planungsprozess zu beteiligen“, „nicht am Bedarf vorbei organisiert wird“, „kein Versorgungsmangel entsteht“).

Gebaut werden soll barrierefrei bzw. barrierearm. Barrierefrei soll auch der Zugang zu Arztpraxen und Apotheken sein. Vielfach wurde der Wunsch nach neuen Wohnformen geäußert. Als Beispiele wurden genannt: Betreutes Wohnen, Mehrgenerationenhäuser und Dorfgemeinschaften. An deren Entwicklung sollen „alle am Ort präsenten Generationen“ beteiligt werden.

Gesteuert werden sollen entsprechende Nutzungen und Errichtungen über Leitbilder, eine angepasste entsprechende Bauleitplanung („die Kommunalplanung folgt einem systematischen Vorgehen“) und über Beratung. Dies erfordere eine „Sensibilisierung des Gemeinderats“. Eine solche zukunftsweisende kommunale Planung soll durch geeignete Regelungen und Förderungen des Landes unterstützt werden.

Selbstkritisch wird befürchtet, dass die Angebote zu seniorenfreundlichem Wohnraum nicht angenommen werden, bestimmte Gruppen davon ausgeschlossen werden oder sich selbst ausschließen („trotz der Suche nach alternativen Wohnformen wollen viele zuhause bleiben“, „es bleiben Mittelschichtsmodelle“). Auch wird befürchtet, dass die Politik die Wichtigkeit nicht sieht und daher solche Projekte auf der Prioritätenliste nach unten rutschen.

4.3.3 Arbeit und Wirtschaft

Deutlich wird hier in vielen Äußerungen, dass den älteren Menschen sehr daran gelegen ist, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten weiterzugeben („Kompetenzen, die erworben wurden, sind zu nutzen und wertzuschätzen“; „die Kompetenz von Senioren wird wertgeschätzt“). Dazu sollen Vermittlungsbörsen und Beratungseinrichtungen aufgebaut werden („Anlaufstellen und Orte, damit Senioren ihre Kompetenzen einsetzen können“; „Vermittlungsbörsen werden eingerichtet“; „Informations- und Beratungsstellen entstehen“). Zur Vorbereitung auf die Nacherwerbsphase sollen bereits die Betriebe beratend tätig und der Ausstieg aus der Berufswelt flexibler gestaltet werden („es wird ein gutes Übergangsmanagement eingerichtet“).

Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere werden aber auch deshalb für notwendig gehalten, um einer „drohenden Altersarmut“ zu entgehen. Dabei wird vor allem Beratung und Unterstützung gewünscht („Unterstützung bei der Vermittlung von Jobs“), aber auch ein „Aufwachen der Wirtschaft“ gefordert, die das Potenzial älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer noch unterschätzt.

Gewünscht wird ferner, dass die Wirtschaft ihre Kunden- und Nutzungsorientierung in Richtung Seniorenbedarfe verstärkt und die Senioren als kaufkräftige Zielgruppe wahrnimmt („angepasstes Produktdesign“). Mehrfach genannt wird der Wunsch, dass „Produkte und Dienstleistungen leicht verständlich und einfach nutzbar sind“. Auch die Sorge vor Übervorteilung ist präsent („es werden keine irreführenden Angebote gemacht“).

Die Dienstleister müssen sich verstärkt auf „Menschen mit Handicaps einstellen“. Einkaufsmöglichkeiten sollen auch fußläufig erreichbar sein. Erwartet wird auch, dass infolge der demografischen Entwicklung Hol- und Bringdienste mit neuen Dienstleistungen entstehen werden (Hauslieferungen, mobile Läden). Von Wirtschaftsunternehmen wird erwartet, dass sie auch Seniorenaktivitäten sponsern.

4.3.4 Pflege und Versorgung

Zur Verbesserung der Pflege und Versorgung werden Vorschläge gemacht, die sich sowohl auf Strukturen als auch auf konkrete Maßnahmen beziehen. Zu den strukturellen Vorschlägen gehören insbesondere der „Aufbau eines Versorgungsnetzwerkes insbesondere in Gemeinden auf dem Land“ und die „Einrichtung eines Runden Tisches zu Versorgungsfragen“. Etliche Vorschläge zu Einzelmaßnahmen beziehen sich auf die Nachsorge nach Krankenhausaufenthalten („keine zu frühe Entlassung“; „sichere Nachsorge“; „ausreichend finanzierte Kurzzeitpflegeplätze“; „Entlassungsmanagement des Krankenhauses“).

Als eine große Herausforderung im Bereich der Pflege und Versorgung wird der Umgang mit demenzkranken Menschen gesehen. Hier reichen die Vorschläge von der Einrichtung demenzfreundlicher Krankenhäuser über die besondere Qualifizierung des Pflegepersonals bis hin zur Betreuung und Begleitung Demenzkranker in Akutkrankenhäusern und der Bereitstellung von finanziellen Mitteln hierfür.

Um ältere Menschen adäquat zu versorgen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und aus einem anderen Kulturraum stammen, wird vorgeschlagen „muttersprachliche Fachkräfte“ zu gewinnen und „die Aus- und Fortbildung in kultursensibler Pflege“ zu fördern.

Als ein weiteres bislang ungelöstes Problem werden auch „osteuropäische Hilfskräfte und deren katastrophale Rechtssituation“ bezeichnet.

4.3.5 Mobilität

Vorgeschlagen wird hier der Aufbau integrierter Mobilitätsangebote bestehend aus dem ÖPNV und ergänzenden Angeboten wie Fahrhilfen, Ruftaxi, Bürgerbussen, der Weiterentwicklung des Schulbusses zum Seniorenbus, Car-Sharing, E-Bikes, flexible Haltestellen, ehrenamtliche Fahrer, die „Senior-Tramper“ bedienen („das vorhandene System der Beförderung wurde durch bürgerschaftliche Fahrdienste ergänzt“, „ein Gesamtkonzept Mobilität wurde entwickelt“). Dazu muss die juristische Seite dieser mehrfach genannten Nachbarschaftsfahrdienste geklärt werden („rechtliche Sicherheit und Haftungsschutz“, „Änderung des Beförderungsrechts“) und auch die Straßeninfrastruktur angepasst werden („E-Bikes werden genutzt“, „Fahrradwege werden ausgebaut“, „Radabstellplätze inklusive Ladestellen sind entstanden“). Mit der Vorstellung von „selbststeuernden Fahrzeugen“ wagten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Blick in die technische Zukunft. Als praktische Anregung zu einem Problem, das die Mobilität einschränken kann, wird ein über Smartphone zugänglicher „Toilettenfinder“ gewünscht.

Befürchtet wird, dass die angesprochenen Möglichkeiten an der „Finanzierbarkeit“, dem „Beharrungsvermögen“, „den Sicherheitsbedürfnissen“ und an „der fehlenden Lobby der Senioren in der Politik“ scheitert.

4.3.6 Weitere Auswertungen

Im Biberacher Werkstattgespräch wurden neben den oben genannten Themen auch Anregungen zum Themenfeld Engagement und Beteiligung abgegeben. In diesem Themenfeld spielten insbesondere strukturelle Anforderungen wie der Aufbau von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen eine wichtige Rolle („Informations- und Beratungsstellen“, „spezielle Freiwilligendienste für Seniorinnen und Senioren“, „Seniorenvertretungen“).

Anhang

Verbände, die am Beratungskreis teilgenommen haben:

Landkreistag Baden-Württemberg

Städtetag Baden-Württemberg

Gemeindetag Baden-Württemberg

Landessenorenrat Baden-Württemberg

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

Landesfamilienrat Baden-Württemberg

Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Bischöfliches Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Evangelische Landeskirche in Baden

Evangelische Landeskirche in Württemberg/Landesarbeitsgemeinschaft Evangelische Senioren

Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg

Ministerien:

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg

Justizministerium Baden-Württemberg

Ministerium für Integration Baden-Württemberg

Teilnehmende der Werkstattgespräche:

Werkstattgespräch in Stuttgart

Bähr, Prof. Uwe, Göppingen, Forum Katholische Seniorenarbeit – Diözese Rottenburg-Stuttgart
Ballandies, Katrin, Ludwigsburg, Landesarbeitsgemeinschaft Mehrgenerationenhaus Baden-Württemberg
Dierbach, Heike, Ludwigsburg, Landratsamt Ludwigsburg
Doğhan, Nesrin, Stuttgart, Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart
Friedmann, Ina, Stuttgart, Stadt Stuttgart
Günther, Jörg, Stuttgart, Stadt Stuttgart
Hafner, Inge, Filderstadt, Landratsamt Esslingen
Helbich, Rosmarie, Heidenheim, Kreissenorenrat Heidenheim
Hermens, Ingrid, Ludwigsburg, Stadt Ludwigsburg
Huber, Jörg, Stuttgart, Landesarbeitsgemeinschaft Evangelische Senioren
Koczy, Dr. Petra, Stuttgart, Universität Stuttgart
Kraus, Harald, Göppingen, Arbeiterwohlfahrt Eislingen
Krausnick-Horst, Renate, Stuttgart, Stadtseniorenrat Stuttgart
Laux, Andrea, Stuttgart, Eltern-Kind-Zentrum Stuttgart-West
Lehmann, Dieter, Schwäbisch Gmünd, Stadt Schwäbisch Gmünd
Leipersberger, Ulrike, Stuttgart, Evangelische Akademie Bad Boll
Meyer, Eleonore, Esslingen, Kreissenorenrat Esslingen
Petri, Ulrich, Stuttgart, IG Metall
Reich, Manfred, Schwäbisch Hall, Kreissenorenrat Schwäbisch Hall
Riethmüller, Barbara, Ludwigsburg, Kreissenorenrat Ludwigsburg
Roitsch, Dieter, Göppingen, Landessenorenrat
Schäfer, Alexandra, Stuttgart, Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Schaumburg, Renate, Esslingen, Stadt Esslingen
Scherzer, Dr. Ulrike, Stuttgart, Selbstständige Architektin
Schork, Carolin, Stuttgart, Weeber & Partner
Schottmüller-Reinle, Katja, Ludwigsburg, Katholischer Altenhilfeverbund
Schüle, Werner, Stuttgart, Landessenorenrat
Schulmeyer, Werner, Esslingen, Kreissenorenrat Esslingen
Schwandt, Friedrich, Heilbronn, Kreissenorenrat Heilbronn
Siemiatkowski-Werner, Richard, Heilbronn, Diakonie Heilbronn
Ugursal, Ersin, Stuttgart, Stadtseniorenrat Stuttgart
Vogel, Josef, Stuttgart, Hochschule für Wirtschaft und Umwelt
Wahl, Bettina, Stuttgart, Arbeiterwohlfahrt, Begegnungszentrum Stuttgart Hallschlag
Weber, Heinz, Rems-Murr-Kreis, Kreissenorenrat
Wiese, Anita, Stuttgart, Landesfrauenrat

Für die Ministerien:

Diop, Maria; Müller-Nensel, Renate; Hoffmann, Peggy; Hohl, Ursula, Sozialministerium;

Werkstattgespräch in Freiburg

Baldus, Stephanie, Breisach, Arbeiterwohlfahrt, mobiler Dienst
Basler, Helga, Offenburg, Stadt Offenburg
Bonde, Uto R., Freiburg, Deutscher Familienverband
Eberwein, Dr. Bernd, Konstanz, Kreissenorenrat Konstanz
Eichhorn-Kösler, Elfi, Freiburg, Seniorenreferat, Erzdiözese Freiburg
Falk, Silvia, Offenburg, Stadt Offenburg
Federer, Pia Maria, Freiburg, Der Paritätische
Fuchs, Johannes, Konstanz, Landratsamt Konstanz
Gehrke, Werner, Waldkirch, Stadtseniorenrat Waldkirch
Hail, Anskar, Offenburg, Ortenaukreis
Hünninger, Michael, Freiburg, Gevita Residenzen
Kraus, Bernhard, Freiburg, Altenwerk, Erzdiözese Freiburg
Langenbacher, Dorothea, Waldshut, Pflegestützpunkt Waldshut
Lebherz, Gabi, Freiburg, Stadt Freiburg
Lösch, Dieter, Hartheim, Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Mros, Michael, Breisach am Rhein, Seniorenbeirat Breisach
Müller, Robert, Lörrach, Landratsamt Lörrach
Racki-Flieger, Martina, Freiburg, Heiliggeistspitalstiftung Freiburg
Richter, Claudia, Konstanz, Stadt Konstanz
Röther, Rolf, Freiburg, Stadtseniorenrat Freiburg
Schäfer, Peter, Offenburg, Seniorenbüro Offenburg
Schauer, Elisabeth, Freiburg, Caritas Freiburg
Schiemann, Helmut, Freiburg, IG Metall
Schmidt, Jaqueline, Ettenheim, Ortsseniorenrat Ettenheim
Schmidt, Mareike, Umkirch, Stadt Umkirch
Schneider, Isabell, Villingen-Schwenningen, Landratsamt Schwarzwald-Baar
Steimer, Regina, Rottweil, Landratsamt Rottweil
Stocker, Werner, Stuttgart, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
Stöffelmaier, Michael, Villingen-Schwenningen, Caritas Schwarzwald-Baar
Storch, Friederike-Alice, Freiburg, Universität Freiburg
Vieten, Egon, Singen, Stadtseniorenrat Singen
von Ascheraden, Wilhelm, Ortenberg, Soziales Netzwerk Ortenberg e.V.
Wirth, Claudia, Offenburg, Arbeiterwohlfahrt Ortenaukreis
Würthenberger, Uwe, Freiburg, Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Zedler, Reinhard, Singen, Arbeiterwohlfahrt Konstanz

Für die Ministerien:

Diop, Maria; Müller-Nensel, Renate; Hoffmann, Peggy; Hohl, Ursula, Sozialministerium;

Werkstattgespräch in Bruchsal

Antoni, Hannelore, Wiesloch, Stadtseniorenrat Wiesloch, Kreissenjorenrat Rhein-Neckar-Kreis
Becker, Dr. Simone, Mannheim, Stadt Mannheim
Blem, Nicole, Schwetzingen, Stadt Schwetzingen
Bley, Paul, Mosbach, Stadtseniorenrat Mosbach
Blume-Kullmann, Karola, Ettlingen, Stadt Ettlingen
Bouveret, Ingrid, Walzbachtal, Seniorenbeirat Walzbachtal
Dernbach-Henkel, Maria, Pforzheim, Diakonie Pforzheim
Eberle, Irmtraud, Eggenstein-Leopoldshafen, Kreissenjorenrat Karlsruhe
Ebert, Bernd, Ravenstein, Kreissenjorenrat Neckar-Odenwald
Ebert, Doris, Lobbach-Lobenfeld
Fabig, Bärbel, Heidelberg, Sozialamt Heidelberg
Falkenstein, Volker, Bruchsal, Stadt Bruchsal
Freitag, Rolf, Bruchsal, Kreissenjorenrat Karlsruhe
Hauns, Patrik A., Ettlingen, Stadt Ettlingen
Heck-Fütterer, Ingrid, Bietigheim, Seniorenbüro Bietigheim
Höhn, Valentin, Mannheim, Stadt Mannheim
Johmann, Leo Richard, Mosbach, Duale Hochschule Baden-Württemberg
Krämer, Elke, Bruchsal, Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe
Lemme, Roswitha, Heidelberg, Caritas Heidelberg
Loeschcke, Prof. Dr. Gerhard, Karlsruhe, Hochschule Karlsruhe
Marquard, Markus, Ulm, Zentrum für allgemeine wissenschaftliche Weiterbildung, Universität Ulm
Mazur, Hans, Weinheim, Stadtseniorenrat Weinheim
Morgenthaler, Dr. Erwin, Karlsbad, Seniorenbeirat Karlsbad
Reißing, Marianne, Freudenstadt, Mehrgenerationenhaus Freudenstadt
Runde, Jana, Pfinztal, Gemeinde Pfinztal
Schmahl, Anke, Mannheim, Kommunale Wohnungsbaugesellschaft
Schmude, Doris, Edingen-Neckarhausen, Gemeinde Edingen
Schnepf, Rolf, Rastatt, Landratsamt Rastatt
Sinner, Ulrike, Karlsruhe, Der Paritätische
Will, Erika, Karlsruhe, Evangelische Erwachsenenbildung Karlsruhe
Wirth, Kristina, Karlsruhe, Landratsamt Karlsruhe

Für die Ministerien:

Diop, Maria; Müller-Nensel, Renate; Hoffmann, Peggy; Hohl, Ursula, Sozialministerium;
Gramm, Rolf, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg

Werkstattgespräch in Biberach

Böhm-Neuhäuser, Waltraud, Isny, Stadtseniorenrat Isny
Bruker, Karin, Ravensburg, Mehrgenerationenhaus Ravensburg
Burghart, Evi, Family-Net BW, Villingen-Schwenningen
Faul, Claudius, Ulm, Stadt Ulm
Gils, Karl-Heinrich, Biberach, Diakonie Biberach
Goeth, Marlene, Biberach, Stadtseniorenrat Biberach
Goller-Martin, Stefan, Ravensburg, Stadt Ravensburg
Grösser, Monika, Isny, Stadtseniorenrat Isny
Grundler, Peter, Biberach, Caritas Biberach
Höf, Sybille, Reutlingen, Stadt Reutlingen
Hohloch, Frederike, Reutlingen, Stadt Reutlingen
Jacobi, Hans F., Stuttgart, Graduate School of Excellence advanced Manufacturing Engineering, Universität Stuttgart
Kübler, Karl, Stuttgart, TTI GmbH
Martin, Josef, Riedlingen, Seniorengenossenschaft Riedlingen
Metzler, Renate, Isny, Stadtseniorenrat Isny
Müller, Andrea, Ravensburg, Landratsamt Ravensburg
Müller, Harald, Bad Buchau, Kreisseniorenrat Biberach
Müller, Josef, Aichstetten, Seniorengenossenschaft Aichstetten
Phillipp, Elisabeth, Friedrichshafen, Stadtseniorenrat Friedrichshafen
Reize, Ilka, Unlingen, Gemeinde Unlingen
Sannwald, Oliver, Tübingen, Landratsamt Tübingen
Schmauder, Hermann, Reutlingen, Duale Hochschule Baden-Württemberg
Stiller, Hansjürgen, Tübingen, Kreisseniorenrat Tübingen
Stoffner, Arnfried, Biberach, Landratsamt Biberach
Walz, Christian, Biberach, Seniorenbüro Biberach
Winckler, Christa, Friedrichshafen, Stadtseniorenrat Friedrichshafen
Winter, Dorothee, Backnang, Stadtrat Backnang, Aspacher Kreis
Winter, Dr. phil. Ilse, Ulm, Der Paritätische
Wittmann, Peter, Ulm, Kepler Stiftung
Wölke-Brändlin, Elisabeth, Sigmaringen, Landratsamt Sigmaringen
Zeising, Eva, Biberach, Mehrgenerationenhaus Stadtteilhaus Gaisental
Zimmer-Meyer, Sieglinde, Weingarten, Caritas Bodensee-Oberschwaben

Für die Ministerien:

Diop, Maria; Müller-Nensel, Renate; Hoffmann, Peggy; Hohl, Ursula, Sozialministerium;
Gramm, Rolf, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg

Moderatorenteam

Mauch, Dr. Siegfried, Führungsakademie Baden-Württemberg

Demmelhuber, Helmut, Führungsakademie Baden-Württemberg

Haßmann, Daniel, Führungsakademie Baden-Württemberg

Maier, Martin, Training & Beratung

Schwarz, Katja, Führungsakademie Baden-Württemberg

Schweizer, Dr. Daniela, Führungsakademie Baden-Württemberg

Waldeck, Jutta, Führungsakademie Baden-Württemberg

Referat Grundsatzfragen, Seniorenpolitik im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Diop, Maria

Hohl, Ursula

Hoffmann, Peggy

Müller-Nensel, Renate



Kompass Seniorenpolitik
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN